Poet oder Verbrecher? S. 10

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 3 – 22. Januar 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Deutschland ächzt unter ihrer Erstarrung: Kanzlerin Angela Merkel

Bild: pa

Merkel sitzt fest

Asylkrise: Die Kanzlerin hat sich rettungslos verheddert

Alles, was Merkel verspricht, hat sich längst als unrealisierbar erwiesen. Dennoch bleibt sie starr bei ihrem Kurs.

Sollten die Umfragewerte der Union unter 30 Prozent fallen, gingen für Angela Merkel die Lichter aus, munkelten CDU-Chargen der mittleren Ebene schon im Herbst. Laut der jüngsten Umfrage von INSA/YouGov sind die Christdemokraten in einer Woche von 35 auf 32,5 Prozent abgestürzt. Die Schreckschwelle von 30 kommt rasant näher.

Die Unruhe in der Union wächst ebenso schnell. Der Versuch der CDU-Vize-Chefin Julia Klöckner, die parteiinternen Kritiker von Merkels Asylpolitik zum Schweigen zu bringen („Klappe halten“), ist gescheitert. Mit Alexander Dobrindt (CSU) ging der erste Bundesminister auf Konfrontationskurs zur Kanzlerin, und Wolfgang Schäuble ergeht sich in absichtlich provokanten Vorschlägen: den einer Benzinsteuer für „Flüchtlinge“ oder des Einsatzes der Bundeswehr im Innern.

Schäuble weiß, dass beides unrealistisch ist. Die Bundeswehr ist hoffungslos überlastet, eine weitere Benzinsteuer wäre im Autofahrerland Deutschland politischer Selbstmord. Man frage die Grünen, die sich damit schon einmal eine Wahl vermasselt haben.

> Hat sie einen Plan? Wenn ja, kann es nur ein teuflischer sein

Schäubles Absicht ist es, deutlich zu machen, in welche Notlage das Land schlittert wegen Merkels Unbelehrbarkeit. Doch die Kanzlerin hält verbissen an ihrem Kurs in den Abgrund fest. Dies ist umso verwunderlicher, als dass sie selbst Zeugnis davon ablegt, wie hilflos sie sich verheddert hat in ihrem Gewirr aus hohlem Pathos und bodenlosen Versprechungen: „Ich habe einen Plan“ – den hat sie nämlich nicht. Wenn doch, kann es nur ein teuflischer sein.

Die „europäische Lösung“ ist längst gescheitert. Der Versuch, mit Hilfe von Gestalten wie Erdogan zu einer Entlastung Deutschlands zu kommen, ist unübersehbar lächerlich. Und die „Beseitigung der Fluchtursachen“ in absehbarer Zeit herbeiführen zu wollen, ist größenwahnsinnig.

Merkel sitzt fest. Ihr – eben noch undenkbarer – Sturz rückt in den Bereich des Möglichen. Was wird sie Deutschland hinterlassen? Merkels Kanzlerschaft war gekennzeichnet von drei großen Entscheidungen: der Rettung des gesamten Euro-Systems um jeden Preis, dem abrupten Atomausstieg nach Fukushima und der Öffnung der Grenzen für Millionen Asylbewerber.

In allen drei Fällen hat Angela Merkel einen Kurs gewählt, der Deutschland auf Jahrzehnte belasten wird. Die „Euro-Rettung“ hat den Deutschen gigantische Garantie-Verpflichtungen aufgebürdet, welche die finanzielle Solidität des Landes untergraben. Der abrupte Atomausstieg macht Energie in unserem Industrieland unsicher und teuer. Und nun strömen Menschenmassen herein, deren Integration kaum zu meistern ist. Die Rückschau künftiger Historiker könnte lauten: Zehn Jahre Merkel markierten den Beginn des selbst verschuldeten Abstiegs einer einst beneideten Nation. *Hans Heckel*

Zensur per Ministererlass

Maulkorb für Polizei in Sachen Ausländerkriminalität bewiesen

Selbstverständlich gäbe es keine ministeriellen Anweisungen an die Polizei, die Herkunft oder den Status von Tatverdächtigen zu verschweigen, werden die Innenminister und Polizeipräsidenten nicht müde zu betonen. Allen voran der erheblich ins Zwielicht geratene nordrhein-westfälische Ressortchef Ralf Jäger (SPD). Zumindest was sein Land angeht, ist diese Aussage als Lüge entlarvt. Denn seit Dezember 2008 existiert ein von seinem Ministerium herausgegebener Runderlass mit dem Titel „Leitlinien für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schutz nationaler Minderheiten vor Diskriminierungen“. Darin heißt es unter Bezug nahme auf Konsultationen der Innenministerkonferenz unter anderem: „Auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit wird in der internen und externen Berichterstattung nur hingewiesen, wenn sie für das Verständnis eines Sachverhaltes oder für die Herstellung eines sachlichen Bezuges zwingend erforderlich ist.“

Weiter heißt es: „Medienauskünfte enthalten nur dann Hinweise auf eine Beteiligung nationaler Minderheiten, wenn im Einzelfall ein überwiegendes Informationsinteresse oder ein Fahndungsinteresse dazu besteht.“ Denn die Polizei richte „ihr Handeln und Auftreten entsprechend eines angemessenen Minderheitenschutzes“ aus. Unbeschadet ihrer „rechtlichen Verpflichtung zur authentischen Dokumentation von Angaben Dritter bei Anzeigen, Vernehmungen oder Berichten“ verwende sie „keine Stigmatisierungen, Kategorisierungen oder pauschalen Bezeichnungen für Menschen oder dafür gewählte Ersatzbezeichnungen“. Der Erlass ist im Internet auf dem Rechtsportal des NRW-Innenministeriums unter www.recht.nrw.de im Volltext einsehbar.

Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU), derzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz, hat unterdessen eine ähnliche Vorschrift aus dem Erlass über die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei des Saarlandes streichen lassen. *J.H.*

Uno will unser Geld

Kommission fordert »Solidaritätsabgabe«

Während Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nur die Einführung einer EU-weiten „Flüchtlingsabgabe“ als Zuschlag auf den Treibstoffpreis erwägt, denkt die Uno in dieser Hinsicht nicht nur weiter, sondern auch gleich global. Eine Kommission aus neun Experten unter Leitung der bulgarischen EU-Haushaltskommissarin Kristalina Georgieva und des malaysischen Sultans Nasrin Schah kommt in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass zur Bewältigung der „steigenden Bedürfnisse der humanitären Hilfseinsätze rund um die Welt“ eine „Solidaritätsabgabe für humanitäre Hilfe“ erhoben werden müsse.

Dies könne durch Aufschläge auf Eintrittskarten für Fußballspiele und Konzerte, Abgaben auf Flugreisen oder Treibstoff sowie einen Zugriff auf Einnahmen aus der verpflichtenden muslimischen Almosen-Abgabe Zakat erfolgen. Diese Maßnahme sei „moralisch richtig und zugleich in unserem eigenen Interesse“, meint Georgieva. Über ihre Forderung soll beim Weltgipfel für Humanitäre Hilfe beraten werden, der auf Einladung der Uno im Mai in Istanbul stattfindet.

Der Studie zufolge ist der Bedarf an humanitären Hilfeleistungen von zwei Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 24,5 Milliarden Dollar (rund 22,5 Milliarden Euro) im vergangenen Jahr gestiegen, wovon die Uno nur noch die Hälfte hat zusammenbekommen können. *U.M.*

Jan Heitmann:

Auf ein Wort

Plötzlich war es weg, das „Ostpreußenblatt“. Nicht physisch und auch nicht als Medium mit Alleinstellungsmerkmal auf dem deutschen Zeitungsmarkt, sondern als Teil des Titels dieser Zeitung in der letzten Ausgabe. Ob es der nervöse Finger eines Redakteurs oder ein technisches Problem war, lässt sich nicht mehr feststellen, das Verschwinden des „Ostpreußenblattes“ war jedenfalls nicht beabsichtigt und es wurde leider erst nach dem Druck bemerkt. Allen, die möglicherweise beunruhigt sein könnten, sei versichert, dass das „Ostpreußenblatt“ selbstverständlich im Titel erhalten bleibt.

Andernfalls wären unsere alten Stammleser sicherlich sehr enttäuscht. Sie halten ihrer „Heimatzeitung“, die für sie ein Stück Ostpreußen und geistiger Orientierungspunkt ist, teilweise schon seit Jahrzehnten die Treue. Daneben gibt es die ständig wachsende Zahl von Lesern ohne Bezug zu den Themen Vertreibung und Ostpreußen. Sie haben erst in den letzten Jahren auf der Suche nach einer Zeitung zu uns gefunden, die nicht an

> Die *PAZ* wächst und wächst

das Bulletin der Bundesregierung, das Zentralorgan der Zeitgeist-Apologeten oder ein Wörterbuch der „politischen Korrektheit“ erinnert. Beiden Lesergruppen ein ausgewogenes und ihnen gleichermaßen gerecht werdendes Themenspektrum zu bieten, ist für uns eine stete Herausforderung. Dabei ist Herausforderung im ursprünglichen Wortsinn gemeint und dient nicht, wie mittlerweile üblich geworden, der Verschleierung von Problemen.

Dass wir diese Herausforderung mit Erfolg meistern, beweist die positive Entwicklung unserer Zeitung: Entgegen dem allgemeinen Trend auf dem Zeitungsmarkt steigt die Zahl der Neuleser kontinuierlich. Insbesondere am Kiosk legt die *PAZ* Woche für Woche zu. Sie steht auf einer soliden wirtschaftlichen Basis. Diese Entwicklung bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass das, womit wir bei unseren Lesern im Wort stehen, der richtige und zukunftweisende Weg ist: Klartext für Deutschland, hart in der Sache und verbindlich im Ton, dabei politisch und ökonomisch in jeder Hinsicht unabhängig und niemandem außer der Wahrheit verpflichtet.

Am 1. April kann die *PAZ* ihren 66. Geburtstag feiern. In Rente geht sie deshalb aber noch lange nicht. Ob es weitere 66 Jahre werden, kann niemand wissen. Aber eines ist sicher: Es wird die *Preußische Allgemeine Zeitung* noch viele Jahre geben.

MELDUNGEN

Tat wohl nur vorgetäuscht

Wismar – Julian Kinzel, 18-jähriges Mitglied der Partei „Die Linke" aus Wismar, behauptet, am 4. Januar Opfer von rechtsextremen Messerstechern geworden zu sein. Seine Partei versuchte, daraus politisches Kapital zu schlagen. So meinte deren Vorsitzende, Katja Kipping: „Der Messerangriff ist abscheulich und auch ein Angriff auf die Demokratie." Inzwischen interessiert sich die Staatsanwaltschaft allerdings weniger für die Täter als für deren angebliches Opfer. Die Polizei hat den Studenten gerichtsmedizinisch untersuchen lassen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Kinzel den Überfall erfunden hat. Laut der Polizei in Rostock ist es „hinreichend wahrscheinlich", dass Kinzel sich die Wunden selbst beigefügt habe. Kinzel hatte angegeben, 17-mal mit dem Messer verletzt und als „schwule Kommunistensau" tituliert worden zu sein. *H.L.*

Immigranten unerwünscht

Bornheim – Die Bereitschaft, sich von Zuwanderern auf der Nase herumtanzen zu lassen, schwindet. So verwehrt die nordrhein-westfälische Stadt Bornheim männlichen Asylbewerbern vorübergehend den Zugang zum Hallenbad, nachdem sich immer mehr Besucherinnen und Angestellte über sexuelle Belästigungen durch Männer aus einer nahen Asylbewerberunterkunft beschwerten. Im niedersächsischen Bramsche hat der Betreiber eines Supermarktes am Eingang ein Schild angebracht, das in verschiedenen Sprachen darüber informiert, dass nur noch EU-Bürger willkommen seien. Grund dafür seien laufende Diebstähle. Nachdem ein Ausländer in seiner Praxis andere Patienten angegriffen hat, will ein Wiener Allgemeinmediziner keine Asylbewerber mehr behandeln. Bei diesen wisse er nicht einmal, wie sie hießen oder woher sie kämen. Er hätte keine Garantie, ob er nicht mit einem Massenmörder an einem Tisch sitze. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Viele »Syrer« sind Nordafrikaner

Was den Asylbetrug in Deutschland Maghrebinern so attraktiv erscheinen lässt

Köln und Paris machen deutlich, dass viele der angeblich syrischen Asylbewerber in Wirklichkeit aus sicheren Herkunftsländern in Nordafrika stammen und nur aus kriminellen oder islamischen Gründen nach Deutschland gekommen sind.

Die massenhaften Sex-Attacken muslimischer Männer Silvester am Kölner Bahnhof und anderswo, bei denen offenbar Nordafrikaner eine maßgebende Rolle gespielt haben, und der gescheiterte Beilattentatsversuch eines in Deutschland als Asylbewerber geführten Nordafrikaners in Paris zum Jahrestag des Charlie-Hebdo-Massakers haben deutlich gemacht, dass es immer mehr Araber aus den Maghrebstaaten in Nordafrika als Asylbewerber nach Deutschland zieht. Der Grund dafür sind nicht die politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern. So gelten die drei Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien zurzeit als die stabilsten in der gesamten arabischen Welt. Tunesien ist zudem das einzige demokratische Land der gesamten arabischen Welt. Der Grund beziehungsweise die Gründe für diese Massenzuwanderung aus der islamischen Welt nach Deutschland sind vielmehr der Willkommensruf von Bundeskanzlerin Angela Merkel im letzten Sommer und die zusammengebrochene Sicherung der EU-Außengrenze in Griechenland. Dies hat sich auch in den Maghreb-Staaten herumgesprochen. Einwohner der Maghreb-Staaten brauchen für die Türkei kein Visum, der Sog in die Türkei und dann nach Deutschland ist so groß geworden, dass laut Deutschlandfunk in den letzten Monaten sogar eigens Billigfluglinien in den Maghreb-Staaten entstanden sind, welche die Asylkandidaten – darunter nicht wenige gewaltbereite Islamisten – für wenig Geld in die Türkei bringen. Von dort geht es über ein nur kurzes Stück östliches Mittelmeer von sechs bis zwölf Kilometern nach Griechenland und dann über die immer noch offene Balkanroute nach Deutschland. Den kürzeren, aber gefährlicheren Weg über die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Mellila in Marokko, die mit meterhohen Schutzmauern besser geschützt sind als weiland die innerdeutsche Grenze, und die ebenfalls gefährliche Bootsfahrt über das westliche Mittelmeer überlassen die Maghrebbewohner mittlerweile lieber den weitaus ärmeren Westafrikanern. Viele von diesen sammeln sich weiterhin in ihren Ländern, um zumeist von der libyschen Küste aus per Gummiboot oder abgewracktem Fischkutter nach Italien zu kommen.

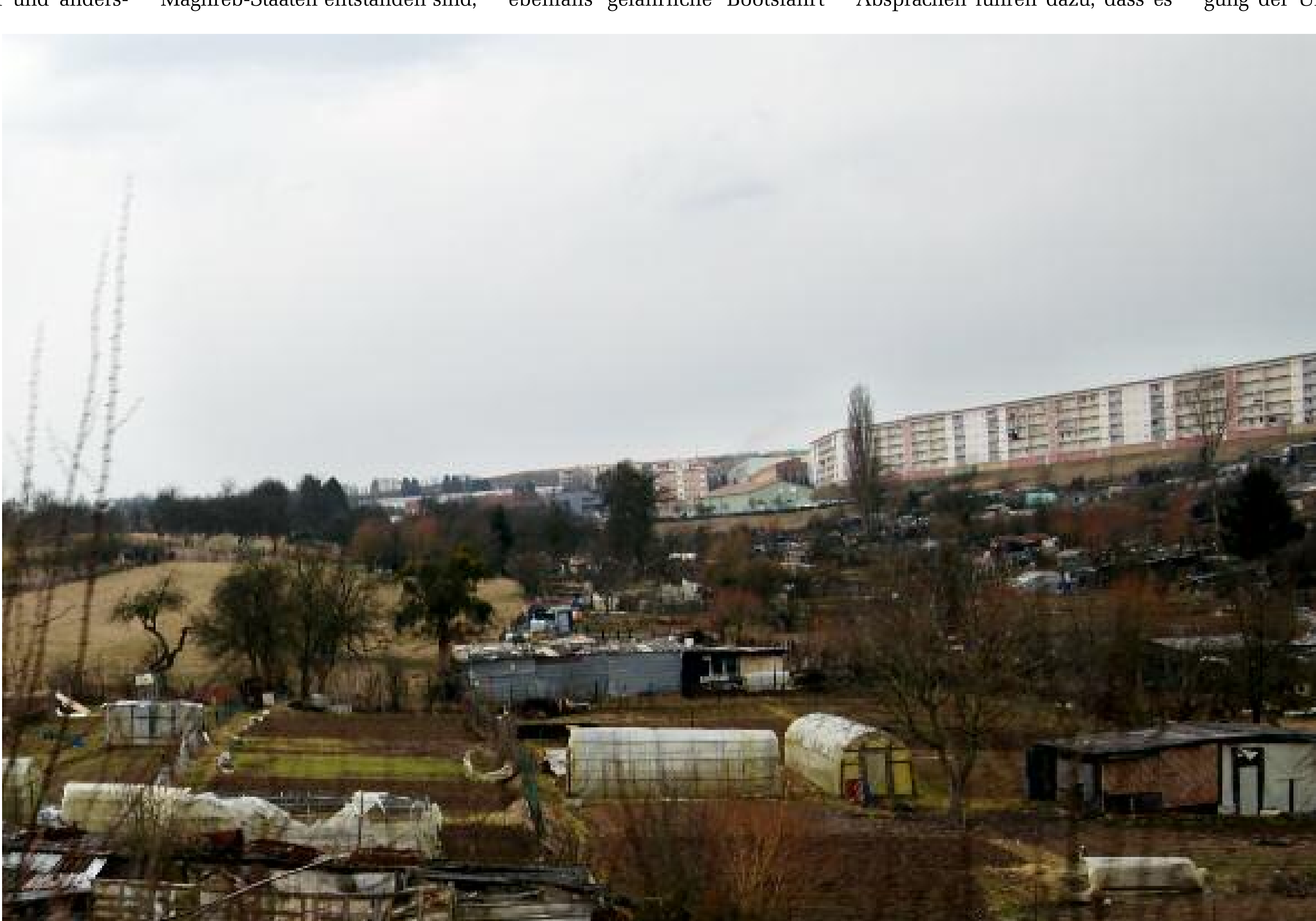
> Sprache, Geschichte und ungefährliche Anreisemöglichkeiten spielen eine Rolle

Die Nordafrikaner haben den Vorteil, dass sie Arabisch sprechen und sich deshalb als Syrer ausgeben können, die bislang in Deutschland ohne Asylverfahren ein Aufenthaltsrecht bekommen. Die Überlastung der mit dem Asylverfahren beauftragten Ämter und Behörden sowie der immer noch vorherrschende Mangel an Absprachen führen dazu, dass es Jahre dauern kann, bis es auffällt, dass ein als Syrer registrierter Asylbewerber eigentlich ein Marokkaner oder Tunesier ist. So war der jetzt erschossene Beilattentäter von Paris, der aus Marokko stammte, in Deutschland seit drei Jahren als Asylbewerber mit Leistungsbezug unter bis zu sieben verschiedenen Namen gemeldet. Wahrscheinlich hat er entsprechend viele Sozialleistungen bezogen, die es ihm erlaubten, ein großes Waffenarsenal anzulegen.

Dass sich Nordafrikaner so schnell und stark an Auswanderungsbewegungen aus dem islamisch-arabischen Raum beteiligen, hat möglicherweise mit deren Geschichte zu tun. Ihre Länder wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig. Die Erlangung der Unabhängigkeit war jedes Mal mit großen Migrationsschüben ins vormalige Mutterland Frankreich verbunden.

Nach der Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit im Jahre 1962 legte Frankreich für diese Einwanderer ganze Trabantenstädte an der Grenze zu Deutschland an. Genannt seien hier Behren bei Forbach oder Fareberschweiler bei Saargemünd, beide in Sichtweite zum Saarland. Trotz des 1963 geschlossenen Élysée-Vertrages hatte Paris offenbar Angst, dass die bis dahin noch weitgehend deutschsprachigen Mosellothringer sich weiterhin Richtung Saarland orientieren würden, das bis 1959 kein Grenzbaum von Frankreich trennte. Aus diesen grenznahen Trabantenstädten beantragten tausende von jungen Nordafrikanern bei der letzten Masseneinwanderung Anfang der 90er Jahre im Saarland Asyl, um jahrelang Sozialleistungen zu beziehen, bevor sie nach der Ablehnung ihres Asylantrags in ihre französischen Trabantenstädte zurückkehrten.

Bodo Bost



Auswanderung nach Europa hat im Maghreb Tradition: Banlieue von Behren, Lothringen Bild: Clemenspicture

Klare Distanz zu China

Erdrutschsieg für Tsai Ing-wen bei der Präsidentschaftswahl in Taiwan

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan haben einmal mehr eindrucksvoll die funktionierende Demokratie der chinesischen Inselrepublik unter Beweis gestellt. Bei den völlig störungsfrei und friedlich verlaufenen Wahlen wurde die 59-jährige Vorsitzende der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP), Tsai Ing-wen, von rund 56 Prozent der Wähler (rund 6,8 Millionen Stimmen) zur Präsidentin gekürt. Auf ihren Hauptgegner von der Nationalpartei Kuomintang (KMT), Eric Chu, entfielen 31 Prozent der Stimmen (rund 3,8 Millionen). Der Kandidat der Volksnahen Partei (PFP), James Soong, erhielt 1,5 Millionen Stimmen beziehungsweise 12,8 Prozent. Auch bei den Wahlen zum Parlament, dem „Legislativ-Yuan", siegte die DFP mit großem Abstand. Sie gewann 68 der insgesamt 113 Parlamentssitze, die KMT nur noch 35. Die erst im Januar 2015 gegründete Partei der neuen Kraft (New Power Party, NPP) mit dem Rockmusiker Freddy Lim erhält fünf Mandate. Insgesamt waren 18 Parteien zur Wahl angetreten.

Die Amtseinführung der neuen Präsidentin wird erst am 20. Mai erfolgen. Unklar ist derzeit, ob die jetzige Regierung noch während der Übergangszeit im Amt bleibt oder bereits vor Mai durch eine neue ersetzt wird. DFP-Sprecher Wang Min-sheng erklärte, die Verfassung gebe dafür keine Regeln vor und die Regierung solle am besten während der Übergangsphase noch im Amt bleiben. Der amtierende Präsident Ma Ying-jeou hatte hingegen vorgeschlagen, dass er eine neue Regierung unter Beachtung der Wahlergebnisse der DFP ernenne.

In Peking hatte man auf einen Sieg der chinafreundlicheren KMT gehofft, allerdings konnte man sich auf deren Niederlage einstellen, da Tsai Ing-wen mit ihrer DFP seit Langem mit großem Abstand in den Wahlumfragen führte. Entsprechend gemäßigt fielen die Reaktionen in Peking bisher aus. Drohend wurde allerdings schon auf den „Konsens von 1992" verwiesen, den auch eine neue DFP-Regierung in Taiwan zu akzeptieren hätte, solle nicht „ein großes Beben" ausgelöst werden. Im Jahr 1992 hatten sich zum ersten Mal seit 1949 Vertreter der Volksrepublik und der Republik China (so der offizielle Staatsname Taiwans) in Singapur zu Gesprächen getroffen. Dabei ging es auch um die „Ein-China-Politik". Taiwan erklärte zu dem Treffen in einer offiziellen Verlautbarung im Jahr 1997: „Auf beiden Seiten der Taiwanstraße besteht Übereinstimmung, dass es nur ein China gibt. Allerdings haben beide Seiten verschiedene Auffassungen darüber, was ‚ein China' bedeutet." Für Peking, so erklärte Taipeh weiter, bedeutet „ein China" die Volksrepublik China – innerhalb deren Taiwan nach einer Vereinigung ein besonderes Verwaltungsgebiet bilden solle. Taipeh hingegen verstehe unter „ein China" die 1911 gegründete Republik China mit der Souveränität über ganz China. Die Republik China übe derzeit freilich nur die Jurisdiktion über Taiwan und die ihm zugehörigen Inseln Penghu, Kinmen und Matsu aus. „Taiwan ist Teil von China, und das chinesische Festland ist ebenfalls Teil Chinas", so der Standpunkt Taipehs.

> Schwere Niederlage für die Kuomintang bei Parlamentswahl

Der noch amtierende Präsident Taiwans Ma Ying-jeou hat bis zuletzt die Bedeutung dieses „Konsenses" für gute und stabile Beziehungen mit der Volksrepublik hervorgehoben. In der DFP hingegen ist bereits der Begriff „Ein China" umstritten. Tsai Ing-wen hat sich bislang nicht zu dem „Konsens von 1992" bekannt, sondern erklärt, dieser wäre allenfalls eine „Option". Sie verwendete nur den Begriff des „Status quo", der aufrechterhalten bleiben solle – ein Begriff, der ebenfalls vieldeutig und interpretierbar ist. Tsai Ing-wen wird künftig einen Spagat vollführen müssen zwischen den Vorstellungen von DFP-Anhängern, die am liebsten eine auch völlige formelle juristische Unabhängigkeit Taiwans erklären möchten, und den Forderungen Pekings. Kecke Formulierungen wie die des Rockmusikers und neuen Abgeordneten Freddy Lim wird Peking nicht akzeptieren. Dieser hatte kürzlich erklärt: „Wir haben kein Problem mit der Ein-China-Politik. Ich stimme zu: Es gibt nur ein China. Es gibt aber daneben auch ein Taiwan. Und das eine hat mit dem anderen nichts zu tun."

> Tsai Ing-wen will die Abhängigkeit von China verringern

Von der besonnenen und auslandserfahrenen Juristin Tsai Ing-wen – sie studierte auch in den USA und in London – ist allerdings nicht zu erwarten, dass sie wie der von 2000 bis 2008 amtierende Präsident von der DFP, Chen Shui-bian, Peking unnötig reizt. Allerdings wird sie mehr auf Distanz zur Volksrepublik achten. Vielen Taiwanesen ging die Annäherungspolitik Ma Ying-yeous an Festlandchina zu weit. Es war auch der Eindruck verbreitet, dass wirtschaftlich daran vor allem Großindustrielle verdienten. Der Wahlausgang hat wesentlich mit der Enttäuschung über eine als miserabel empfundene Wirtschaftspolitik der KMT zu tun. Ob es Tsai Ing-wen und der künftigen DFP-Regierung allerdings gelingen wird, signifikante wirtschaftliche Verbesserungen zu erreichen, ist völlig offen.

Für Deutschland ist Taiwan nach Hongkong der fünftwichtigste Handelspartner in Asien. Es zählt zu den 30 größten Volkswirtschaften und den 15 wichtigsten Handelsnationen der Welt.

Michael Leh

Kommt die Wahrheit noch rechtzeitig?

Die Leitmedien versuchen, durch etwas weniger Politische Korrektheit den Vertrauensverlust wettzumachen

Nachdem ein Großteil der Leitmedien unmittelbar nach den Übergriffen von Köln bei der Berichterstattung zunächst einmal versagt hat, üben sich einzelne Journalisten und Redaktionen in einer etwas realistischeren Darstellung der Probleme rund um die Massenzuwanderung. Wird das stabilisierend auf das politische System wirken?

Wurde über Monate oftmals schlichtweg geleugnet, dass es überhaupt Probleme mit kriminellen „Flüchtlingen" gibt, so sehen sich Mediennutzer nach den Kölner Ereignissen einer ganzen Reihe von Berichten gegenüber, die auf das genaue Gegenteil schließen lassen. Den Leitmedien ist nun zum Beispiel zu entnehmen, dass die massiven Probleme durch kriminelle Nordafrikaner Politik und Polizei in Nordrhein-Westfalen schon seit geraumer Zeit bekannt sind. Offenbar um Kritikern der Zuwanderungspolitik keine Argumente zu liefern, war die Thematik bislang unter der Decke gehalten worden.

Realistische Töne sind inzwischen von Bundesbehörden zu vernehmen, nachdem es lange unisono hieß, es gebe keine Probleme mit kriminellen „Flüchtlingen". So erklärte der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) Holger Münch unlängst, dass „Migranten vom Balkan oder aus Nordafrika besonders durch Straftaten auffallen". „Die Straftaten in Sammelunterkünften steigen enorm. Dort leben seit Wochen oder Monaten viele Menschen auf engstem Raum, darunter besonders viele junge Männer unter Bedingungen, die Kriminalität fördern", so Münch gegenüber der „Bild am Sonntag".

Die neue Offenheit vollzieht sich vor dem Hintergrund eines vorangegangenen völligen Versagens der bundesdeutschen Leitmedien unmittelbar nach den Übergriffen in Köln. Ein Großteil der Zeitungsredaktionen und Sender ignorierte die Vorfälle erst einmal generell für mehrere Tage oder lieferte Meldungen, die nicht im Entferntesten der Dimension der Übergriffe angemessen waren.

> »Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht«, sagt zumindest der Volksmund

Gleichzeitig sickerten über alternative Medien und soziale Internetdienste immer mehr Augenzeugenberichte durch, die erahnen ließen, wie schwerwiegend die Vorgänge in Köln und anderen Großstädten gewesen sind. Damit saßen viele Medien in einer Glaubwürdigkeitsfalle. Jedes weitere Schweigen hätte dem ohnehin im Raum stehenden Vorwurf der „Lügenpresse" weiteren Vorschub geleistet.

Einen Anteil am Mediendesaster unmittelbar nach der Silvesternacht hat mit Sicherheit die Informationspolitik der Kölner Polizei. Dabei wurde zunächst der Eindruck erweckt, es habe eine friedliche Silvesternacht gegeben. Michael Maier, der Herausgeber der „Deutschen Wirtschafts Nachrichten", vermutet hinter dem Medienversagen, dass viele Redaktionen die Kölner Ereignisse einfach „verschlafen" hätten. Zumindest was den privaten Mediensektor betrifft, seien am Neujahrstag Redaktionen für gewöhnlich nur notdürftig mit Bereitschaftsdiensten besetzt, so Maier, der selbst auf eine lange Berufserfahrung im Pressebereich zurückblicken kann. Eine unübersichtliche Nachrichtenlage, an deren Anfang ein falscher Terror-Alarm in München stand, habe im Fall der Kölner Ereignisse dann dazu geführt, dass viele Medien in eine Falle getappt seien.

Der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht die Ursache des Medienversagens dagegen in einer Art von „Schweigekartell". Vor allem den öffentlich-rechtlichen Sendern wirft Friedrichs vor, im Fall der Kölner Ereignisse ihrem Informationsauftrag nur unzureichend nachgekommen zu sein.

Dass ein Teil der Medien nun ganz offensichtlich eine Strategie der ungeschönten Berichterstattung fährt, könnte sich allerdings als untauglicher Versuch einer Existenzrettung entpuppen. Die Erfahrungen, welche die sowjetische Führung am Ende mit ihrer Glasnost-Politik machte, aber auch die Entwicklung in der DDR in den Jahren 1989/90 sprechen dafür, dass damit eine Entwicklung angestoßen wurde, die sich nicht mehr einfangen lässt. Wenn in der Medienarbeit erst einmal erste Tabus fallen, dann lässt sich dies nur schwerlich auf bestimmte Themenbereiche eingrenzen, so die Erfahrungen der damaligen Umbruchzeit.

Mit Blick auf die politische „Wende" vor gut 25 Jahren ist noch eine andere Erfahrung interessant. Erleben die Bürger, dass sich Anspruch der Politik und Darstellung der Medien komplett von der Lebenswirklichkeit abgekoppelt haben, dann greift eine tiefe Vertrauenskrise um sich, die breite Bevölkerungsschichten erfasst. Die Erkenntnis, regelrecht belogen worden zu sein, ließ selbst bei langjährigen Unterstützern des DDR-Systems eine Grundstimmung heranreifen, in der am Ende alles angezweifelt wurde. Wie weit das politische System der Bundesrepublik noch von einer derartigen Entwicklung entfernt steht, wird sich vermutlich bereits bei den Landtagswahlen zeigen, die am 13. März in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg angesetzt sind. *Norman Hanert*



Er hat ein „Schweigekartell" und „Nachrichtensperren" bei der Berichterstattung insbesondere der öffentlich-rechtlichen Medien über Ausländerkriminalität ausgemacht: Deutschlands Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich Bild: pa

MELDUNGEN

Bahnbranche fördert Asylanten

Köln – Die deutsche Bahnbranche hat einen Maßnahmenplan zur Integration von anerkannten Asylbewerbern beschlossen. Laut dem Verband deutscher Verkehrsunternehmen reicht das Angebot von gemeinsamen Sport- und Kulturveranstaltungen bis hin zu konkreten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangeboten. Träger des Projekts sind mehrere Eisenbahnverkehrsunternehmen, darunter die Deutsche Bahn, die Bahn-Sozialpartner Bahn-BKK, Stiftung Bahnsozialwerk, DEVK, Fonds soziale Sicherung, Verband Deutscher Eisenbahnfachschulen, Verband Deutscher Eisenbahner-Sportvereine sowie die Allianz pro Schiene, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. *U.M.*

Mehr Rechte für den MAD

Berlin – Der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr (MAD) soll weitergehende Befugnisse erhalten. Dazu gehört, dass er Bewerber bereits vor ihrer Einstellung als Soldat überprüfen darf. Nach der bisher geltenden Rechtslage darf der MAD erst aktiv werden, wenn die zu überprüfende Person bereits den Streitkräften angehört. Laut Bundesverteidigungsministerium soll künftig jeder angehende Soldat bereits vor seiner Einstellung eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen. Ein entsprechender Gesetzentwurf werde derzeit vorbereitet. Hintergrund ist die Furcht vor einer Durchsetzung der Truppe mit Islamisten. Die Bundeswehr sei aufgrund der militärischen Ausbildung ein attraktives Auffangbecken für diese Personen, die sich während ihrer Ausbildung immer weiter radikalisieren, warnt der MAD-Präsident Christof Gramm: „Wir sehen das Risiko, dass die Bundeswehr als Ausbildungscamp für gewaltbereite Islamisten missbraucht werden kann." *J.H.*

Streit bei den »Linken«

Keine einheitliche Position der Partei zur Masseneinwanderung

Flüchtlinge Willkommen", prangt es in großen Lettern von der Internetseite der Linkspartei. Doch die multikulturellen Visionen der Parteiführung treffen nicht unbedingt den Nerv der Basis.

„Viel Zustimmung" hat der ehemalige Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine laut eigenem Bekunden für seine Positionen ausgemacht. Schon vor Weihnachten hatte sich Lafontaine für strikte Kontingente ausgesprochen und gefordert, Flüchtlinge sollten möglichst in den Nachbarländern Syriens untergebracht werden, um ihnen die „gefährliche Flucht über das Mittelmeer" zu ersparen.

Ähnlich restriktiv hat sich nun seine (Partei-)Freundin Sahra Wagenknecht geäußert. „Natürlich gibt es eine Obergrenze, objektiv kann Deutschland nicht noch einmal eine Million Flüchtlinge verkraften", stellte Wagenknecht angesichts der Silvester-Ausschreitungen in Deutschland fest: „Und wer das Gastrecht missbraucht, der hat das Gastrecht dann eben auch verwirkt."

Dass mit Lafontaine und Wagenknecht ausgerechnet die beiden bundesweit bekanntesten Parteivertreter ähnliche Positionen vertreten, trifft die Partei bis ins Mark. Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn äußerte sich schockiert: „Es war und ist ein gefährlicher Irrglaube, den Rechtsruck einer Gesellschaft verhindern zu können, indem man dem Forderungskatalog von rechts entgegenkommt." Und der Parteivorsitzende Bernd Riexinger stellte klar: „Wir sind weder für Obergrenzen noch für Kontingente. Wir brauchen eine solidarische Lösung." Dietmar Bartsch, der sich mit Wagenknecht den Vorsitz der Linksfraktion im Bundestag teilt und seit Jahren als Erzfeind Lafontaines gilt, blies ins selbe Horn: „Ich halte es für wenig zielführend, in einen Wettbewerb mit der CSU oder gar der AfD einzutreten."

> Auf der einen Seite stehen Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht, auf der anderen Dietmar Bartsch und Bernd Riexinger

Für die Linkspartei kommt die Debatte zur Unzeit. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kämpfen die Sozialisten um den Einzug in den Landtag. In Sachsen-Anhalt will man Platz zwei hinter der CDU verteidigen. Doch die Strategen in der Parteizentrale wissen, dass die Asylkrise das große Thema in den nun beginnenden Wahlkämpfen sein wird. Offiziell geben sich die Linken multikulturell und asylbewerberfreundlich. Aber es ist kein großes Geheimnis, dass vor allem ihre sozial schwache Klientel wenig Verständnis für diese Positionen hat.

Als Lösung versucht die Parteiführung einen Spagat. Deutschland solle zwar weiterhin unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen, die entstehenden Kosten sollten aber auf die EU-Länder aufgeteilt werden, die weniger Menschen einreisen lassen. Lafontaine hält diesen Vorschlag nur für bedingt praktikabel: Diese Länder seien „vom Spardiktat Deutschlands schon kaputt gemacht worden". Der Tisch für die Flüchtlinge könne nur „von den Reichen oder Superreichen gedeckt werden". *Peter Entinger*

Lackmustest in Hessen

Schwarz-Grün fürchtet Stimmenverluste bei Kommunalwahlen

Noch vor den Landtagswahlen vom 13. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt finden in Hessen am 6. März Kommunalwahlen statt, von deren Ausgang sich die Beobachter ein erstes konkreteres Bild von der Stimmungslage im Land erhoffen. Der aus Frankfurt am Main stammende Generalsekretär der CDU, Peter Tauber, erklärte, er habe „gewisse Sympathien für das schwarz-grüne Modell".

Seit etwas mehr als zwei Jahren regiert sein Parteifreund Volker Bouffier in Hessen mit dem grünen Juniorpartner Tarek Al-Wazir. Diese schwarz-grüne Koalition war umso bemerkenswerter, als die hessische Union über Jahre als besonders konservativ und die Grünen dort als extrem fundamentalistisch galten. Bouffier und Al-Wazir hatten sich noch im Wahlkampf-Herbst 2013 übel beleidigt. Heute pflegen sie ein freundschaftliches und öffentlich zur Schau gestelltes Duz-Verhältnis.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Oppositionsführer im hessischen Landtag sowie Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der Hessen-SPD, kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Regierungsparteien alle Kraft darauf konzentrierten, nach außen keine Konflikte auftreten zu lassen. Manchmal erscheine ihm das als deren einziges Ziel. Politisch herrsche an vielen Stellen Stillstand, kaum etwas gehe voran. CDU und Grüne streiten dies naturgemäß ab.

Den leidigen Frankfurter Flughafen-Ausbau haben die Grünen als Domäne der CDU anerkannt. Zumdem genießt der Betreiber Fraport ein umfassendes Baurecht. Die Eingriffsmöglichkeiten der Grünen waren von Beginn an begrenzt und so hielt sich die grüne Kritik ebenso in Grenzen, als Hessen im Bundesrat für das Gesetzespaket zur Beschleunigung der Asylverfahren stimmte.

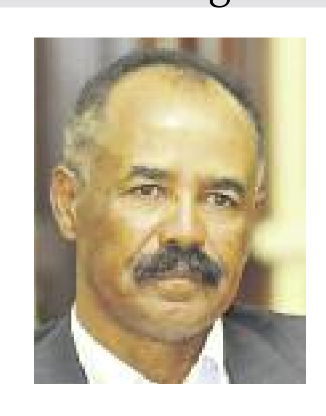
> Die CDU fürchtet, für ihre Asylpolitik im Bund abgestraft zu werden, und die Grünen das Fehlen des Rückenwindes von Fukushima

Im beginnenden Wahlkampf geben sich die Grünen zuversichtlich. Die Asylkrise haben sie auf Bundesebene als dortige Oppositionspartei nicht zu verantworten. Allerdings fehlt ihnen der Rückenwind aus dem Jahr 2011, als die Kommunalwahlen zwei Wochen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima stattfanden und der Ökopartei mit 18,3 Prozent ein Rekordergebnis bescherten. „Vor fünf Jahren hatten wir ein sehr, sehr gutes Ergebnis. Dieses Ergebnis wollen wir halten", sagte der Landesvorsitzende Kai Klose.

Stärkste Partei wurde damals die CDU, die allerdings mit ihren 33,8 Prozent eines der schwächsten Hessen-Ergebnisse der Geschichte einfuhr. Bouffier hofft, „dass die Menschen regionale Themen ihre Stimmen schenken" und befürchtet doch, dass seine Partei viele Stimmen nach rechts verlieren wird. Protestbewegungen seien auf lokaler Ebene häufig ein Ventil gegenüber den etablierten Parteien. „Deshalb darf uns ein Einzug der AfD in die Stadtparlamente nicht überraschen", so Bouffier.

Spannung bietet vor allem die Wahl in Hessens größter Stadt Frankfurt. Dort gibt es rechts der Union ein reges Gedrängel, treten neben der AfD doch auch noch deren Abspaltung Alfa von Bernd Lucke, die Republikaner, die NPD sowie die rechtskonservativen „Bürger für Frankfurt" an. *P.E.*

Zeitzeugen



Isayas Afewerki – Der frühere Guerillakämpfer der Eritreischen Befreiungsfront und Generalsekretär der Sozialistischen Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit, erhielt seine militärische Ausbildung in China. 1993 avancierte er zum Staats- und Regierungschef Eritreas. Afewerki lehnt Wahlen strikt ab und erklärte 2008, er werde so lange an der Macht bleiben wie nötig.

Perinne Louart – Im Sommer 2015 äußerte die Länderverantwortliche des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz für Eritrea gegenüber einem Journalisten der „Frankfurter Rundschau“, die Autoren des UN-Berichts über die Menschenrechtsverletzungen im Lande hätten maßlos übertrieben und sich ausschließlich auf Aussagen von Exil-Eritreern gestützt. Doch die seien oft nicht ehrlich, weil der Erfolg ihrer Asylanträge vom schlechten Image Eritreas abhänge.



Helen Berhane – Nach ihrer Inhaftierung verbrachte die evangelikalische Christin und Gospelsängerin zweieinhalb Jahre im Lager von Mai Serwa. Dort sollte sie mittels Folter dazu gebracht werden, ihrer Religion abzuschwören. Berhane kam dann auf Intervention von Amnesty International frei und lebt heute in Dänemark.

Khaled Idris Bahray – Am 12. Januar 2015 wurde der drogenabhängige Asylbewerber verblutet in einem Plattenbauviertel von Dresden aufgefunden. Daraufhin schrieb die Illustrierte „Stern“ vom „ersten Pegida-Toten“, und Linksradikale schworen im Internet „Rache für Khaled“. Zehn Tage später gestand Hassan Saleh, wie Bahray ein Muslim aus Eritrea, seinen Zimmernachbarn im Streit niedergestochen zu haben. Im November 2015 verurteilte ihn das Landgericht Dresden wegen Totschlags zu sehr milden fünf Jahren Haft.



Yemane Gebreab – Auf die Situation in Eritrea angesprochen, antwortete der Berater von Präsident Afewerki in einem Interview mit der „Zeit“, das Einparteiensystem in seinem Lande sorge dafür, dass keine Korruption entstehe. Tatsächlich aber belegt Eritrea im Index von Transparency International, der anzeigt, wie effektiv die einzelnen Staaten gegen Korruption vorgehen, nur einen miserablen 166. Platz.

Kein »Nordkorea Afrikas«

Eritrea ist besser als sein Ruf – und als es die Exilanten darstellen

Derzeit fliehen pro Monat um die 5000 Menschen aus Eritrea. Dies deutet auf unerträgliche Zustände dort hin. Doch ist das Land an der Südwestküste des Roten Meeres tatsächlich das „Nordkorea Afrikas“, wie häufig von der Pro-Asyl-Lobby behauptet wird?

Fest steht, dass in Eritrea ein Einparteiensystem herrscht, in dem die Sozialistische Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ) das Sagen hat, die sich seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1993 nur ein einziges Mal Wahlen stellte – und das war 1997. Außerdem fehlt bis heute eine gültige Verfassung. Jedwede Opposition gegen diese Zustände wird von der Regierung gnadenlos unterdrückt, selbst wenn sie aus den eigenen Reihen kommt. Und unabhängige Journalisten, die das alles anprangern könnten, gibt es auch nicht mehr. Deshalb belegt Eritrea auf dem Press Freedom Index von „Reporter ohne Grenzen“ regelmäßig den letzten Platz.

Bei den Repressionen gegen das eigene Volk erhält die Regierung in Asmara Unterstützung vom Militär. Dieses spielt in Eritrea eine ganz maßgebliche Rolle, weil man sich permanent vom südlichen Nachbarn Äthiopien bedroht fühlt. Allerdings stiftet Eritrea auch selbst erhebliche Unruhe in der Region, indem es islamische Terrororganisationen wie die somalische Al-Shabab sowie ausländische Separatisten mit Waffen beliefert und trainiert.

Eritreische Asylbewerber machen in Eritrea Urlaub

Jedenfalls gilt wegen der 1998 ausgerufenen „nationalen Krise“ eine Wehrpflicht für alle Bürger des Landes zwischen 18 und 50. Dabei soll der Dienst offiziell nur 18 Monate dauern, er kann aber von den Vorgesetzten nach Gutdünken auf unbestimmte Zeit – im Extremfall sogar um Jahrzehnte – verlängert werden. Zudem müssen viele der Soldaten Zwangsarbeit in Bergwerken, der Landwirtschaft oder auf Baustellen verrichten, für die sie nur eine minimale Bezahlung erhalten.

Aufgrund solcher Umstände bezeichneten Organisationen wie die Uno und Amnesty International Eritrea wiederholt als lupenreine Diktatur, in der es zu massiven Menschenrechtsverletzungen komme. Hernach folgte der Ruf an die Weltgemeinschaft, sämtlichen ins Ausland geflüchteten Eritreern Asyl zu gewähren.

Dem gegenüber stehen freilich andere Einschätzungen, die ein deutlich differenzierteres Bild zeichnen. So teilte der Immigrationsdienst der dänischen Regierung 2014 nach einer Befragung von Mitarbeitern westlicher Botschaften in Eritrea mit, dass nicht wenige der Auswanderer von ökonomischen statt politischen Motiven getrieben würden und somit keine Asylanten im klassischen Sinne, sondern Wirtschaftsflüchtlinge seien. Dies bestätigte das Schweizer Staatssekretariat für Migration, das zu dem Schluss kam: „In Eritrea herrscht heute weder Krieg noch Bürgerkrieg, noch eine Situation der allgemeinen Gewalt.“ Des Weiteren registrierten die Vereinten Nationen ein erhebliches Absinken der Kinder- und Müttersterblichkeit in dem afrikanischen Staat, das ebenfalls für sich spricht.

Und tatsächlich haben ja auch viele Flüchtlinge überhaupt kein Problem damit, nach Zahlung einer „Sondersteuer“ von zwei Prozent des Einkommens einen Neuanfang in Eritrea zu wagen. Gleichermaßen aufschlussreich ist der Umstand, dass in Deutschland untergekommene eritreische Asylbewerber Urlaub in ihrem früheren Heimatland machen, um die Familie zu besuchen oder auf Brautschau zu gehen. Derartige Verhaltensweisen kennt man von Flüchtlingen aus Nordkorea definitiv nicht. *Wolfgang Kaufmann*

Bild: pa



Wie viele es von ihnen bereits gibt, ist nicht genau bekannt, aber es werden wohl noch sehr viel mehr: Eritreer in Deutschland

Eine Million Eritreer leben im Ausland

Mittlerweile leben rund eine Million Eritreer im Ausland: im Sudan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, sowie auch in den USA, Kanada und Europa. Wie viele sich davon in Deutschland befinden, weiß indes niemand so ganz genau. Anfang 2015 gingen die Behörden von etwa 50000 aus, wobei die ersten schon 1961 hier anlangten, als der Unabhängigkeitskrieg gegen Äthiopien begann. Auf jeden Fall beherbergt die Bundesrepublik die größte eritreische Exilgemeinde in ganz Europa. Außerdem kamen im Laufe des vergangenen Jahres noch weitere 10990 registrierte Asylsuchende aus dem afrikanischen Land zu uns – plus einer unbekannten, aber sicher sehr hohen Zahl von illegalen beziehungsweise nicht erfassten Einwanderern.

Damit steht Eritrea jetzt offiziell an siebter Stelle der Herkunftsländer von Immigranten nach Syrien, Albanien, dem Kosovo, Afghanistan, dem Irak und Serbien. Das heißt, es führt die Liste der afrikanischen Staaten an, dicht gefolgt von Nigeria.

Überdurchschnittlich kriminell

Allerdings ergatterten bisher nur rund sechs Prozent der Nigerianer einen Aufenthaltstitel in Deutschland, wohingegen drei Viertel der eritreischen Antragsteller entweder Asyl erhielten oder zumindest Flüchtlings- beziehungsweise Abschiebeschutz.

Da weiterhin unzählige Eritreer ihr Land verlassen und dabei auch stärker als bisher nach Europa drängen, kann man davon ausgehen, dass zukünftig noch wesentlich mehr eritreische Asylbewerber in Deutschland eintreffen werden. Und das ist ein Problem, weil diese in erheblichem Maße zu Straftaten neigen. So besagen selbst die frisierten Kriminalstatistiken der Bundesländer, die in der jetzt an die Presse gelangten „Lageübersicht“ des Bundeskriminalamtes für den Zeitraum von Januar bis November 2015 zusammenflossen, dass neben den Serben, Albanern, Kosovaren, Mazedoniern und Nigerianern auch die Eritreer überproportional häufig mit unseren Gesetzen in Konflikt kommen – bis hin zu Vergewaltigung und Totschlag. W.K.

Ausnahme Christen

Nicht-Muslime sind zunehmender Verfolgung ausgesetzt

In Eritrea gibt es ungefähr genauso viele Muslime wie Christen. Allerdings ist die Lage der letzteren sehr viel prekärer – insbesondere dann, wenn sie keiner der drei staatlicherseits zugelassenen christlichen Religionsgemeinschaften, nämlich der römisch-katholischen, evangelisch-lutherischen oder eritreisch-orthodoxen Tewahedo-Kirche, angehören. Dann droht ihnen die Inhaftierung in einer der rund 40 Militärgefängnisse des Landes, wie Me'eter, wo die Insassen in metallenen Schiffscontainern schmachten, welche in der glühend heißen Wüstensonne stehen. Mittlerweile sollen in Eritrea mindestens 3000 Bibelforscher, Mennoniten, Adventisten, Evangelikale und andere unerwünschte christliche Gläubige hinter Gittern gelandet sein.

Und natürlich sterben in den KZ-ähnlichen Einrichtungen des afrikanischen Landes, in denen wohl auch gefoltert wird, immer wieder Menschen, worüber aber nur relativ selten etwas Konkretes nach außen dringt, wie im Falle des Zeugen Jehovas Yohannes Haile, der 2012 in einem der völlig überhitzten Container in Me'eter zu Tode kam.

Die meisten Asylbewerber sind aber Muslime

Darüber hinaus ging der Trend 2015 dahin, dass der Druck auf alle christlichen Gläubigen in Eritrea, also auch die offiziell noch Geduldeten, zunimmt, weil der Staat und dessen Sicherheitsorgane eindeutig auf Seiten der Muslime stehen und Gewalt gegen „Ungläubige“ tolerieren. Besonders hart trifft es dabei jene, welche es gewagt haben, vom Islam zum Christentum zu konvertieren. Deshalb rutschte Eritrea im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen christlichen Hilfswerkes Open Doors, das die globale Diskriminierung und Bedrohung von Christen dokumentiert, innerhalb des letzten Jahres von Platz Neun auf Platz Drei. Damit liegt es nun hinter Nordkorea und dem Irak und noch vor solchen strikt islamischen Ländern wie Afghanistan, Pakistan und dem Iran! Trotzdem aber fällt auf, dass sich unter den eritreischen Asylbewerbern, welche angeben, vom Regime in Asmara verfolgt worden zu sein, deutlich weniger Christen als Muslime befinden. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Chef-Planer Rettig wirft hin

Berliner Schloss: Warnschuss an die Politik vom »Macher« – droht jetzt die Kostenexplosion?



Bislang sowohl im Kostenrahmen wie im Zeitplan: Die Berliner Schloss-Baustelle kurz vor der Jahreswende

Bild: Fotofinder

Das Humboldt-Forum in Gestalt des Berliner Schlosses wächst seiner Vollendung entgegen, doch die einzige Kraft, die jetzt gegensteuert, ist absurderweise die Politik – mit neuen teuren Wünschen. Chef-Planer Manfred Rettig tritt daher zurück.

Weder das Winterwetter noch die sonst bei baulichen Großprojekten, erst recht bei mehreren Trägern, zu befürchtenden Probleme haben den Wiederaufbau des Berliner Schlosses bislang heimgesucht: Die Errichtung im alten Gewand bei neuem Inhalt, dem Humboldt-Forum, liegt im Zeitplan. Auch der Rahmen der veranschlagten Kosten steht, im Land von BER und Elbphilharmonie ein kleines Wunder. Die privaten Spenden fließen.

Der Bundespräsident kann das Schloss pünktlich im Herbst 2019 eröffnen, wenn es weiter läuft wie gehabt. In dieser Bauphase könnte Entspannung bei Planern und Vorfreude bei allen Beteiligten um sich greifen – könnte, denn eine Erklärung des Stiftungsrates verhagelt die Stimmung: „Der Technische Vorstand und Sprecher Manfred Rettig verlässt zum 1. März 2016 die Stiftung." Der 63-jährige Rettig, seit Beginn 2009 federführend, sagt: „Es gibt zwei Leute, die sich jetzt freuen: Die, die einen sowieso nie leiden konnten, und man selber."

Er habe die Trennung mit gutem Grund vollzogen. „Ich wollte ein Zeichen setzen." Er sieht das Schloss bisher auf der Erfolgsspur und kann zum Abschied auf beeindruckende Erfolge blicken. Der Betonbau steht, die Abschlussrechnung mit der Firma Hochtief bleibt unter der festgelegten Grenze. Das Forum hat offenkundig von Rettigs Erfahrung als Architekt beim Regierungsumzug Bonn-Berlin profitiert.

Doch der abrupte Rücktritt und Ankündigungen der Kulturstaatsministerin im Kanzleramt, Monika Grütters (CDU), im Dezember lassen befürchten, dass spätestens ab März die Politik einen anderen Kurs durchsetzt. Grütters sprach von der Gestaltung des Forums, von „Kultur als Integrationsmotor". „Die Gründungsintendanz soll und wird sicher vieles neu denken." Berlin sei nach Ansicht des neuen Intendanten einer der fünf Orte auf der Welt, an denen sich die gesamte Menschheitsgeschichte museal nachvollziehen ließe, habe sich bis jetzt aber unter Wert verkauft, kündigte Grütters an. Solch vollmundige Erklärungen lassen Skeptiker erzittern. Gerade die „Flüchtlingssituation", mache Änderungen der Präsentation nötig. Grütters' entscheidender Satz lautete: „Wenn (Intendant) Neil MacGregor nichts verändern könnte, da, wo es aus seiner Sicht notwendig ist, dann hätte ich ihn für das Humboldt-Forum nicht aus London holen müssen." Laut Grütters zähle jetzt die Bereitschaft „umzudenken, umzusortieren".

Änderungswünsche in der Bauphase erfolgreich abgeblockt

Dieser erste Intendant Neil MacGregor bekommt somit eine Art Freifahrtschein von höchster Stelle. Der gebürtige Schotte leitete bis Ende 2015 das British Museum in London. Dieses Jahr nimmt er als Gründungsintendant des Humboldt-Forums die Arbeit auf, erfüllt den Schlossbau mit Leben und Inhalten. Er gilt in den Medien als „Deutschlandversteher" und ist der Wunschkandidat von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Im vergangenen Sommer legte er die kulturelle Messlatte seiner neuen Wirkungsstätte Berlin hoch: In einer als Visitenkarte zu verstehenden Rede entfaltete er seine Liebe zur deutschen Sprache, zu Goethe, aber auch Shakespeare, kurzum zur Hochkultur.

Im September präsentierte der für die Bespielung der Schlossräume maßgebliche Mann ein über 300-seitiges Geschichtswerk „Deutschland: Erinnerungen einer Nation", für das er den Deutschen Nationalpreis erhielt. In dem Werk wagt er nicht weniger als einen Aufriss der deutschen Geschichte. Deutschlands Geschichte sei anders, „Deutschlands Denkmale sind anders als die anderer Länder", so MacGregor einleitend. Die deutsche Teilung erklärt er am Modell des Bahnhofs Friedrichstraße. Dass bei so viel Bedeutung von Bauten sein neuer Wirkungsort im Herzen Berlins ebenfalls im Inneren besonderen Ansprüchen zu genügen hat, ist spätestens seit Grütters Ankündigung klar.

Genau hier liegt der Kern des Problems: Änderungswünsche sind in dieser späten Bauphase ein erhebliches Risiko. Rettig weiß das und sperrte sich, doch er stieß bei seinen politischen Vorgesetzten auf taube Ohren. Der Flughafen BER mahnt. Der Bund droht nun, von den hochfliegenden Plänen MacGregors berauscht, die Lehren des auch für ihn immer teurer werdenden „Details" der Berliner Landespolitik namens Flughafenkatastrophe auszublenden. Der BER lehrt: Änderungen kosten nicht nur, sie verzögern auch.

Manfred Rettig wusste auch davon und behielt die Kosten seines Projekts eisern im Griff, weil er Änderungswünschen der Politik mitten in der Bauphase Grenzen setzte. So meldete das Land Berlin späte Raumänderungen für die Staatsbibliothek – Rettig konterte, das Land habe nicht einmal einen Masterplan für dessen eigene Räume im Gebäude, müsse sich also mit dem bescheiden, was komme. So schützte der „Macher" das Humboldt-Forum, machte sich politisch damit allerdings keine Freunde.

Ein paar deutliche Worte für die politisch Verantwortlichen hat er noch: „Man kann sich fürs zuverlässige Bauen auf den Kopf stellen, aber wenn die Disziplin bei den Nutzern nicht da ist, fährt so ein Projekt gegen die Wand." Er habe darum im Dezember die Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Die Planung, 590 Millionen Euro für das Schloss nicht zu überschreiten, hat somit keinen Garanten mehr. *Sverre Gutschmidt*

Faules Spiel der Sozialdemokraten

Von Theo Maass

In letzter Zeit bemüht die SPD gerne die „Gemeinsamkeit der Demokraten". Die Sozialdemokraten verstehen darunter aber etwas anderes als der frühere „antitotalitäre Grundkonsens" der alten Bundesrepublik. Damals standen alle Demokraten, von den rechten Nationalkonservativen bis zu den linken Sozialdemokraten, gemeinsam gegen die Extremisten von links wie von rechts. Davon will die SPD von heute nichts mehr wissen. Stattdessen nähert sie sich dem „Antifaschistischen Grundkonsens", der Staatsdoktrin der untergegangenen DDR, an.

Unter Demokraten hat man dabei auch die mehrfach umbenannte SED – heute als „Die Linke" bekannt – zu verstehen, während die Partei des konservativen Bürgertums, die Alternative für Deutschland (AfD), den „faschistischen" Gegner abgeben soll.

Mehrfach haben die Sozialdemokraten den SED-Erben von der Linkspartei zu Ministerämtern verholfen. Das ist die Partei, die – unter anderem Namen – das DDR Regime verantwortete. Erstmals kam es in Sachsen-Anhalt, wo demnächst wieder Wahl ist, zu einer Kooperation, sie wurde damals das Magdeburger Modell genannt.

Das war 1994. SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner regierte das Land bis 2002. Dann wurde er abgewählt. Die heutige SPD-Landeschefin in Sachsen-Anhalt, Katrin Budde, schielte schon länger nach Rot-Rot-Grün. Noch im September 2015 hätte es nach der damaligen Umfrage auch zu einer solchen Mehrheit gereicht. SPD, Linke und Grüne kamen zusammen auf 54 Prozent.

Seither fallen die Umfrageergebnisse des Lagers links der Mitte. Die SPD liegt deutlich unter 20 Prozent, ob die Grünen in den Landtag einziehen, ist danach fraglich (fünf Prozent) und die Linkspartei landet wie die Sozialdemokraten unter 20 Prozent. Das bedeutet: aus der Traum vom „linken Reformbündnis".

Die Umfragen sagen nur noch eine knappe Mehrheit für CDU und SPD voraus. Offenbar ein Motiv für Budde, den „Kampf gegen Rechts" zu verschärfen. Das Kalkül: Je kleiner die AfD, desto größer die Chancen für ihr linkes Traumbündnis, doch noch die Mehrheit zu erlangen. Daher fordert sie nun den Schulterschluss der „demokratischen Kräfte" gegen die AfD. „Es geht darum, die Demokratie auf einem stabilen Kurs zu halten."

Sie schließt in den Block der Demokraten die SED-Erben ein. Das frühere SED-Blatt „Magdeburger Volksstimme" publiziert zu diesem Thema nur hämische Zuschriften in Richtung Budde. Denn die Landeskinder, die laut Umfrage in Sachsen-Anhalt zu 15 Prozent der verfemten AfD folgen wollen, scheinen das faule Spiel der SPD zu durchschauen.

SPD vollzieht hastige Wende

Asylbewerber sollen nun doch Wohnsitzauflagen erhalten

Die Zahl der Asylbewerber zwingt Berlins SPD zur 180-Grad-Wende bei der verpflichtenden Wohnortbindung für Asylbewerber. Herrschte intern noch vor gut einem Jahr Konsens über die völlige Abschaffung der Residenzpflicht und aller entsprechenden Auflagen, vollzieht jetzt Bürgermeister Michael Müller (SPD) eine Umkehr zu „Wohnsitzauflagen", wie der Senat es nennt.

Müller und CDU-Generalsekretär Kai Wegner wollen eine „gerechtere" Verteilung in Deutschland. Berlins Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) schlägt vor, die Asylbewerber in dünnbesiedelte Gegenden zu verteilen.

Radikaler kann eine Wende kaum ausfallen. Noch 2010 lockerte der damalige SPD-Innensenator Ehrhart Körting die Residenzpflicht. Deren Abschaffung geht auch auf Berlins Sozialdemokraten zurück. Unter SPD-Führung kündigten Berlin und Brandenburg einen auf Abschaffung des Gesetzes zielenden Antrag im Bundesrat an. Als 2012 Asylsucher in Berlin die Residenzpflicht demonstrativ brachen und dagegen auf die Straße gingen, kam aus Berlins SPD vor allem Zustimmung. Im April 2014 sagten führende Berliner SPD-Politiker anlässlich eines wilden Flüchtlingslagers auf dem Oranienplatz, die Residenzpflicht gehöre abgeschafft – so Raed Saleh, damals aussichtsreicher Bewerber um den Bürgermeistersitz. Ende 2014 stützte die Landes-SPD die im Bundestag damals beschlossene weitgehende Abschaffung der Residenzpflicht.

Eben noch sollte die Residenzpflicht abgeschafft werden

Nun kehrt die SPD um – ohne es zuzugeben. Am 12. Januar sagte Müller im RBB: „Wir müssen darüber verhandeln, wie zum Beispiel ein Wohnortprinzip eingehalten werden kann, weil man dann dort gebunden ist an die Leistungen, die man woanders eben nicht bekommt, sondern nur dort, wo man gemeldet ist, seinen Wohnsitz, seinen Standort hat." „Die Berliner CDU wünscht sich, dass die Berliner SPD jetzt ihrem Vorsitzenden Sigmar Gabriel folgt und den Weg mitgeht", sagte CDU-Generalsekretär Kai Wegner.

Um ihr Gesicht zu wahren, beharrte Senatorin Kolat darauf, die Wohnsitzauflagen seien nicht mit der Residenzpflicht zu verwechseln. Die Residenzpflicht gelte während eines laufenden Asylverfahrens. Sie schreibe dem Antragsteller vor, sich nur in einer bestimmten Kommune, Landkreis oder Bundesland aufzuhalten. Die nun geplanten Wohnsitzauflagen sollen laut Senatorin aber erst nach abgeschlossenem Verfahren greifen. *SG*

Goebbels' Villa

Kein Verkauf aus Angst vor Nazis?

Seit 15 Jahren versucht das Land Berlin, eine Immobilie am Bogensee in der Nähe von Wandlitz nördlich der Stadt zu verkaufen. Die Villa und entsprechende Erweiterungsbauten dienten bis 1989 als FDJ-Hochschule. 1946 hatte die SED-Jugend das Gebäude von den Sowjets erhalten, die es zuvor beschlagnahmt hatten. Rund 500 Nachwuchskommunisten aus aller Welt kamen jährlich hierher, um die Lehren Marx, Engels, Lenins und zeitweilig auch Stalins zu studieren.

Die späteren Erweiterungsbauten stammen vom Architekten Hermann Henselmann, der auch die Ost-Berliner Stalinallee entworfen hatte. Während die DDR sich wenig an dem Vorbesitzer störte, – es war Propagandaminister Josef Goebbels – tut sich der Berliner Senat schwer mit der Geschichte der Immobilie und fürchtet offenbar bräunlich angehauchte Käufer mehr als wachsende Kosten. Birgit Möhring, Geschäftsführerin der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM): „Unser Problem ist, dass wir bei einem Verkauf für maximal zehn Jahre die Nutzung festschreiben können. Wir können nicht dauerhaft Einfluss nehmen, wer die Immobilie nutzt. Und da haben wir Bauchschmerzen." Dabei scheint das Interesse an dem Objekt ohnehin gering zu sein. Drei Vermarktungsversuche blieben erfolglos.

Berlin fürchtet heikle Nachbesitzer

Nun will Berlin offenbar Eigentümer bleiben. Das BIM träumt davon, das Objekt in langfristiger Miet- oder Erbbaupacht zu vergeben. Ein womöglich teurer Entschluss: Abgesehen vom entgangenen Verkaufserlös kostet der Bau den Steuerzahler erhebliche Unterhaltungskosten. *Hans Lody*

Kein Baustopp an Schinkel-Kirche

Der Berliner Senat stellt beim Thema Denkmalschutz für die Friedrichswerdersche Kirche weiterhin auf stur. Den Forderungen der Grünen nach einem Baustopp eines neuen mehrgeschossigen Hauses mit Luxuswohnungen, das nur zehn Meter neben der Kirche entsteht (siehe *PAZ* vom 7. November 2015), erteilte SPD-Staatssekretär Christian Gaebler erneut eine Absage. Zwar ließ er wissen, es könne „grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass durch das Bauvorhaben auf dem Nachbargrundstück ... weitere Schäden an der Friedrichswerderschen Kirche entstehen können". Doch trotz der Risiken für die Schinkel-Kirche hält der Senat am Bau fest. Schon nach der Errichtung einer ersten nahen Wohnanlage kam es in der Kirche zu Rissen und weiteren Innenschäden. Seitdem ist der Sakralbau, der von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Museum genutzt wurde, innen eingerüstet und für die Öffentlichkeit gesperrt. *H. Tews*

MELDUNGEN

Nordkorea macht Grenzen dicht

Pjöngjang – Im vergangenen Jahr gelang 1277 Nordkoreanern die Flucht aus ihrem abgeriegelten Land. Vor zwei Jahren waren es noch 2896. Alleinige Ursache für diesen erstmaligen Rückgang dürfte die massive Verstärkung der Wachen an den Grenzflüssen zu China sein, die nahezu alle Fliehenden zu überqueren versuchen. Wie viele Fluchtversuche scheiterten oder wie viele Flüchtlinge von den chinesischen Behörden an Nordkorea ausgeliefert wurden, ist nur schwer abzuschätzen. Die Flüchtlinge müssen sich jedenfalls durch China schmuggeln. Haben sie in Vietnam, Laos oder Thailand eine südkoreanische Botschaft erreicht, werden sie nach Seoul geflogen. *F.W.S.*

Bloomberg will Präsident werden

Washington – Nach Informationen aus seiner engsten Umgebung plant Michael Bloomberg, ehemaliger Bürgermeister von New York, demnächst seine Kandidatur für die US-Präsidentschaft bekanntzugeben. Bloomberg soll seit November mehrere Studien bei Demoskopen in Auftrag gegeben haben, um seine Chancen als unabhängiger Bewerber auszuloten. Diese sollen ihm angeblich solide Aussichten auf einen Erfolg in einem Wettrennen mit Hillary Clinton und einem republikanischen Bewerber bescheinigen. Mit einem Privatvermögen von geschätzt über 30 Milliarden Dollar wäre der frühere Börsenmakler und Medienunternehmer nicht auf Wahlkampfspenden angewiesen. Als Unabhängiger könnte der konservative Philanthrop die am 1. Februar in Iowa beginnenden Vorwahlen aussitzen und sich umgehend für die Entscheidung im November positionieren. Der Enkel russisch-jüdischer Immigranten ist bereits 74 Jahre alt, soll aber geistig und körperlich in Bestform sein. *J.H.*

»Aber ich werde nicht mitlügen«

Im Osten der EU formiert sich Widerstand gegen die Politische Korrektheit in der Asylfrage

Die Angriffe aus dem Osten der Europäischen Union auf Angela Merkel und ihre Einladung zur ungehinderten Einwanderung nach Deutschland sind unüberhörbar und sie kommen nicht von den Rändern des politischen Spektrums.

Der rumänische Europaparlamentarier Traian Ungureanu bezeichnete Angela Merkel und ihre Einladung zur ungehinderten Einwanderung nach Deutschland als „Katastrophe des Jahrhunderts“. Es herrsche, eine „offizielle Zensur“ in Deutschland, die Meinungsfreiheit zu diesem Thema sei nicht mehr gegeben. Der Rumäne gehört im Straßburger Parlament der Fraktion der Europäischen Volkspartei an, zu der auch Merkels CDU gehört.

Im Gegensatz zu Ungureanu ist Robert Fico Sozialdemokrat und sogar Regierungschef. Die SPD gratulierte im Jahr 2012 auch brav per Pressemitteilung, als Fico zum Ministerpräsidenten der Slowakei gewählt wurde. Heute ist das den deutschen Sozialdemokraten eher peinlich. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, kritisierte Ficos jüngste Äußerungen als unfassbar: „Ich bin entsetzt, dass ein EU-Mitgliedstaat die Übergriffe in Köln dazu nutzt, pauschal gegen eine Religionsgemeinschaft zu hetzen“, erklärte sie. Angesichts des Ausmaßes der Übergriffe in der Silvesternacht hatte Fico angekündigt, sein Land werde grundsätzlich keine muslimischen Flüchtlinge mehr aufnehmen. Zudem sei es in Deutschland verboten, über solche Missstände zu sprechen. In einer Diskussionsrunde des slowakischen Fernsehens sagte er, die Medien verharmlosten das Flüchtlingsproblem, Immigranten seien leider eine „geschützte Art“ geworden: „Aber ich werde nicht mitlügen.“

Jahrelang ist der westliche sogenannte Kern der EU den östlichen Partnerstaaten mit ziemlich großer Arroganz begegnet. Demokratie und Marktwirtschaft müsse man den ehemaligen Kommunisten noch beibringen. Nun schlägt das Pendel zurück. „Sie wussten es. Sie haben gewarnt. Aber Deutschland wollte nicht auf sie hören. Nun ist es mit den Folgen seiner Willkommenskultur und seiner Toleranz konfrontiert – und stürzt durch das Übel der politischen Korrektheit und des Meinungsterrors in den Mehrheitsmeinungen ganz Europa ins Verderben“, beschreibt das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ die Stimmungslage im Osten der EU. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte zu den Vorfällen in der Silvesternacht, es sei ein Ausdruck der Krise des Liberalismus, dass in Deutschland Nachrichten zu den Überfällen auf Frauen unterdrückt würden.

> Angela Merkels »Willkommenskultur« erweist sich zunehmend als deutscher Sonderweg

Die nationalkonservative Regierung in Ungarn ist den EU-Wortführern seit Langem ein Dorn im Auge. Kritiker werfen Orbán vor, er würde seit seinem Amtsantritt im Jahr 2010 die Meinungsfreiheit systematisch einschränken. Nun keilte der Regierungschef in Budapest genüsslich zurück: In Ungarn sei die Presse viel freier als im Westen. In Deutschland sei sie hingegen ernsthaft bedroht. Und die Orbán-freundliche Zeitung „Magyar Idök“ begleitete die Kritik des Ministerpräsidenten publizistisch: „Anstatt, dass der deutsche Staat seine Bürger schützt, ist er ein Helfershelfer der Migranten und passt sich an die Normen von Banden an, die Bürger überfallen.“

Noch schärfer ging der ungarische Publizist Zsolt Bayer mit der deutschen Regierung ins Gericht: „Es sind Migranten. Nordafrikanische und arabische Tiere. Lauter Hyänen“, schrieb der bekennende Freund des Regierungschefs. Die Bundeskanzlerin kritisierte er als „Frau Angela“, die ihre Familie und Kinder von Hyänen zerfleischen lasse. Zudem sei die deutsche Presse „unter den Diktaturen freier und anständiger“ gewesen.



Sind sich einig in der Ablehnung der deutschen Asylpolitik: Viktor Orbán (l.) und Robert Fico (r.), hier mit anderen ostmitteleuropäischen Regierungschefs bei einem Treffen der Visegrád-Gruppe Bild: imago

Und so war es auch kein Wunder, dass Orbán kürzlich der polnischen Regierung zur Seite sprang, die ebenfalls der von Berlin und Brüssel verfolgten Asylpolitik kritisch gegenübersteht und sich seit einigen Wochen massivem Druck seitens der EU ausgesetzt sieht. „Ungarn wird jegliche Art von Sanktionen gegen Polen niemals unterstützen. Brüssel sollte solche Maßnahmen nicht in Erwägung ziehen“, teilte Orbán unmissverständlich mit.

In Polen reagierten Politiker und Medien mit unverhohlener Genugtuung auf die Vorfälle in der Bundesrepublik. Ministerpräsidentin Beata Szydlo warf westeuropäischen und deutschen Politikern vor, die Asylproblematik nicht ernst genug genommen und Kritiker ausgegrenzt zu haben.

Und ihr Stellvertreter Piotr Glinski kündigte an, man werde zukünftig noch genauer als bisher untersuchen, wer nach Polen komme: „Junge Moslem-Männer wollen wir jedenfalls nicht haben.“ Einmischungen aus Deutschland verbat sich Glinski mit ungewöhnlich scharfem Ton. „Sie haben weniger Recht, uns zu kritisieren, sie werden noch für ein paar Generationen weniger Recht haben.“ Gewisse Völker sollten einen „etwas anderen Maßstab“ in ihren Beziehungen und der Durchsetzung ihrer Interessen anlegen, forderte der Kulturminister.

Polens Justizminister Zbigniew Ziobro wandte sich schließlich in einem offenen Brief an EU-Kommissar Günther Oettinger und kritisierte, dass deutsche Medien tagelang Berichte über die Übergriffe auf Frauen unterdrückt hätten. „Die Zensur durch deutsche Medien hat die Öffentlichkeit auf der ganzen Welt fassungslos gemacht“, schrieb er. *Peter Entinger*

Chancen für Außenseiterin

Österreichs bisheriger Präsident darf nicht mehr kandidieren

Nach zwölf Jahren endet im Juli die Amtszeit des österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer. Der mittlerweile 77-Jährige hatte das Amt 2004 von dem wenige Tage vor dem Ende seiner Amtsperiode verstorbenen Thomas Klestil übernommen und wurde 2010 mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Bislang haben sechs Personen ihre Kandidatur zur Wahl des neuen Staatsoberhauptes am 24. April bekannt gegeben. Zuletzt hat die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) ihren Sozialminister Rudolf Hundstorfer als Kandidat für das Rennen um die Wiener Hofburg, den Amtssitz des Bundespräsidenten, nominiert. Bislang wies Hundstorfer, dem bodenständiges und gewinnendes Auftreten attestiert wird, unter den Sozialdemokraten vergleichsweise hohe Beliebtheitswerte auf. Sozialstatistiken scheinen jedoch Hundstorfers Ambitionen vorerst zuwiderzulaufen:

Sollte in diesem Winter, wie von Wirtschaftsexperten prognostiziert, die Horror-Marke von einer halben Million Arbeitslosen erstmals überschritten werden, würde das die Verdoppelung der Arbeitslosenrate seit dem Beginn von Hundstorfers Amtszeit im Dezember 2008 bedeuten.

Wenige Tage zuvor hatte die bürgerliche Volkspartei (ÖVP) Andreas Khol, den ehemaligen Präsidenten des österreichischen Nationalrates, nominiert. Khol kandidiert anstelle des niederösterreichischen Landeshauptmannes Erwin Pröll. Dieser hatte ungeachtet seiner Popularität die Kandidatur überraschend zurückgezogen.

Als unabhängige Kandidatin tritt die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofes Irmgard Griss an. Griss genießt als

> Bislang haben sechs Personen den Hut in den Ring geworfen

Vorsitzende der Untersuchungskommission zur Causa Hypo Alpe Adria, dem bisher größten und teuersten Bankenskandal des Landes, parteienübergreifend hohes Ansehen. Dass sie die 1955 beschlossene Neutralität Österreichs infrage stellt, tut dem keinen Abbruch. Mit Griss, der von Politikexperten und Meinungsforschern durchaus Chancen eingeräumt werden, könnte Österreich zum ersten Mal in der Geschichte der Republik eine Frau an der Staatsspitze haben.

„Weil ich überzeugt bin, dass Österreich mehr Ehrlichkeit, Mut und Verantwortung in der Politik braucht“, begründete Griss im Interview mit der „Kronen Zeitung“ ihre Kandidatur. „Ich gehe mit der Überzeugung in diese Wahl, dass Österreich Veränderung braucht, dass die Zeit reif dafür ist und dass ich daher sehr gute Chancen habe.“

Als ebenfalls unabhängiger Kandidat wirbt der Wirtschaftsprofessor und frühere grüne Klubobmann Alexander Van der Bellen um die Wählerstimmen. Wegen seiner vermeintlich „neoliberalen“ und „bürgerlichen“ Haltung bleibt ihm die Unterstützung der Jungen Grünen versagt. Trotzdem sieht der Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer vom Institut OGM in Van der Bellen einen starken Kandidaten, der „über das grüne Wählerspektrum hinaus wirkt“. Bachmayer sieht aber derzeit noch eine größere Chance für Irmgard Griss, weil sie die Themen rechts der Mitte besser abdecke.

Die Freiheitliche Partei (FPÖ) schließlich, die mehr Kompetenzen für den Amtsträger fordert und das Amt des Bundespräsidenten in seiner jetzigen Form bereits des Öfteren in Frage gestellt hat, wird erst Ende Januar über eine mögliche Kandidatur entscheiden. *Michael Link*

Zittern vor einem »Nee«

Holländer stimmen über EU-Assoziierungsvertrag mit Kiew ab

Noch bevor die Briten über einen Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union abstimmen, droht der EU-Kommission aus einem anderen Land eine unangenehme Überraschung: Bereits für den April steht in den Niederlanden ein Referendum über den Assoziierungsvertrag der EU mit der Ukraine auf der politischen Tagesordnung.

Es könnte sich für Brüssel als folgenschwer erweisen. Die Befürchtungen scheinen so weit zu gehen, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in der holländischen Abendzeitung „NRC Handelsblad“ bereits vor einer kontinentalen Krise gewarnt hat, die durch ein „Nein“ der Niederländer zu dem EU-Abkommen mit der Ukraine ausgelöst werden könnte.

Die Furcht, dass die Abstimmung mit einer Ablehnung endet, ist aus Brüsseler Sicht gut begründet. Bereits im Jahr 2005 ist das Projekt einer Verfassung der Europäischen Union nicht nur am Votum von französischen Wählern gescheitert, sondern auch an einer Volksabstimmung in den Niederlanden.

Zu denken geben dürfte auch, dass das Referendum trotz hoher Hürden zustandegekommen ist. So sind in den Niederlanden 300 000 Unterschriften nötig, um ein Referendum zu erzwingen. Obwohl die Leitmedien des Landes die Thematik weitgehend ignoriert haben und der organisatorische Aufwand zum Sammeln von Unterschriften hoch war, haben am Ende genug Niederländer erklärt, das Vorhaben unterstützen zu wollen. Als entscheidend für den Erfolg hat sich erwiesen, dass die Abstimmungsbefürworter einen Weg gefunden haben, wie sich auf rechtssicherem Weg über das Internet die nötigen

> Brüssel fürchtet Stillstand bei der EU-Erweiterung

Unterstützerunterschriften sammeln lassen.

Sollten die Niederländer den EU-Vertrag mit der Ukraine ablehnen, könnten Brüssels Pläne für eine Erweiterung insgesamt zum Stehen kommen. Groß ist nämlich die Wahrscheinlichkeit, dass niederländische EU-Kritiker auch zu äußerst umstrittenen Beitragskandidaten wie Serbien, Albanien oder der Türkei Volksabstimmungen erzwingen. Ob man in Brüssel tatsächlich das Risiko eines symbolträchtigen Scheiterns in den Niederlanden eingehen wird, scheint fraglich.

Umstritten sind in der EU jedoch nicht nur die Erweiterungspläne der Kommission, sondern auch deren Pläne zur Vertiefung der Integration. So ist inzwischen offenkundig, dass die Regierungen in Ungarn, Polen und Großbritannien eine weitere Vertiefung verhindern wollen. Ungarns Premier Viktor Orbán spielt bei diesem Versuch den Vorreiter. Zusammen mit der neuen Regierung in Polen sowie Tschechien und der Slowakei will Orbán einen Block von Nationalstaaten bilden, die eine weitere Integrationsvertiefung verhindern soll.

Orbán hat bereits deutlich gemacht, dass er jegliche Sanktionsversuche der EU gegen Polen blockieren wolle: „Die EU solle die mögliche Ausübung von Sanktionen nicht einmal in Erwägung ziehen, das würde Einstimmigkeit erfordern, Ungarn wird das niemals unterstützen“, so Orbán.

Zusammen mit einem „Nee“ bei dem Referendum in den Niederlanden und der EU-kritischen Stimmung in Großbritannien könnte die Entwicklung in Ungarn und Polen für eine Eigendynamik sorgen, welche die EU in eine tiefe lähmende Krise samt der Möglichkeit eines Zerfalls stürzt. *Norman Hanert*

Statistische Luftnummern

Experten sagen für 2016 solides Wachstum voraus – Doch wie aussagekräftig sind die Zahlen überhaupt?

Sogar die Asylbewerber würden die Wirtschaft beflügeln, heißt es. Skeptiker hingegen sehen uns in einer Wohlstandsillusion schwelgen, die jederzeit platzen könne.

Börsen-Experten sind sich uneins, was ein massiver Einbruch der Aktienkurse in den ersten beiden Januarwochen über die Zukunft sagt. 2016 begann mit einem tagelangen Kurssturz rund um den Erdball. Für die einen handelt sich dabei bloß um einen hysterischen Selbstfindungsprozess der Märkte. Das lege sich wieder. Die anderen hingegen wollen aus der Erfahrung wissen, dass jene ersten Handelstage in der Mehrheit der Fälle die Entwicklung des gesamten weiteren Jahres vorwegnehmen.

Behalten Letztere recht, steht der Weltwirtschaft ein rabenschwarzes Jahr bevor. Zu den Schwarzsehern zählt der umstrittene Milliarden-Spekulant George Soros. Ihn treibt vor allem der Abwärtssog in China um, dessen Börsen als Auslöser des weltweit katastrophalen Starts in das Jahr 2016 identifiziert wurden.

Chinas Wachstum schwächelt. Optimisten führen das darauf zurück, dass sich das Riesenreich langsam von einem Schwellenland zu einem vollentwickelten Industriestaat mausere. In so einer Phase ginge das vorher explosive Wachstum nun einmal zurück, vergleichbar mit den nachlassenden Zuwachszahlen in Westdeutschland nach Ende des Wirtschaftswunders.

Weniger zuversichtliche Beobachter sehen allerdings einen gravierenden Unterschied zur Bundesrepublik der 1960er Jahre. Das wieder erwachte Deutschland war grundsolide finanziert, die Privatverschuldung im Rahmen und Staatsverschuldung so gut wie unbekannt.

China dagegen kämpft mit gigantischen Schuldenbergen, Verbindlichkeiten, die zu einem erheblichen Teil im undurchsichtigen System der sogenannten „Schattenbanken" versteckt sind. Niemand kann abschätzen, um welche Summen es sich handelt und welche Sprengkraft sie entfalten können. Zudem lastet auf dem Land eine Immobilienblase von global einmaligen Ausmaßen. Eine Blase von unverkauf- und unvermietbaren Spekulations-Immobilien, die das Zeug und die Ausmaße hat, die Weltwirtschaft zu erschüttern.

Für Deutschland sehen Ökonomen indes weiter ein zwar nur moderates, aber stabiles Wachstum voraus. Clemens Fuest vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim erwartet 1,5 bis 2 Prozent für 2016. Fuest, der im April Hans-Werner Sinn als Chef des Münchener Ifo-Instituts ablösen wird, führt das Wachstum auch auf den Zustrom von Asylbewerbern zurück.

Die rund 15 Milliarden Euro, welche der Staat für die Asylbewerber laut Plan ausgeben wolle, entsprächen etwa 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), tragen demnach also bis zu mehr als einem Drittel zum diesjährigen Wachstum bei.

Mit dieser Zahl werben auch die Verteidiger der offenen Grenzen lautstark für ihre Politik. Bei näherer Betrachtung entpuppt sich die Berechnung jedoch als statistische Luftnummer, wenn nicht sogar Schlimmeres.

> »Börsen leben nur noch von der Zufuhr der Notenbanken«

Das Geld für die „Flüchtlinge" muss dem aktiven Teil des Volkes notgedrungen weggenommen werden, entweder gleich per Steuern oder durch staatliche Schulden, die später bezahlt werden müssen. Für den Konsum der Asylbewerber und für eine volkswirtschaftlich unproduktive „Asylindustrie" also wird Geld abgezogen von jenen, die auch investieren und die Wirtschaft nachhaltig voranbringen. Ganz zu schweigen von staatlichen Investitionen in Schulen, Infrastruktur und anderes, die unterbleiben müssen, weil der Asylanten-Konsum finanziert werden muss. Bildlich Gesprochen: Hausherr Deutschland spart sich die dringend nötige Dachreparatur, um eine täglich wachsende Zahl von Gästen zu bewirten. Das geht an die Substanz.

An dem Beispiel wird die Fragwürdigkeit statistischer Wachstumszahlen sichtbar. Diese Fragwürdigkeit wächst aus dem anderen, sehr viel weiterreichenden Grund ohnehin von Jahr zu Jahr. Experten sehen uns in einer Wohlstandsillusion schwelgen, die auf Sand gebaut ist.

Fondsmanager und Börsenprofessor Max Otte warnte dieser Tage im „Handelsblatt": „Unser Geld könnte sich in Luft auflösen." 2015 habe sich alles „für das Endspiel um die Vermögenswerte der Welt positioniert". Seine Grundthese ist, dass die Finanzkrise von 2008 nie aufgehört habe. Stattdessen hätten die Notenbanken nur immer mehr neues Geld in Umlauf gebracht, um die Probleme aufzuschieben.

Es handelt sich um Geld, für das gleichzeitig weder reale Gegenwerte noch Wirtschaftskraft entstanden ist, sprich: klassisches Inflationsgeld. Laut Otte sind die Börsen mittlerweile auf die ständige Geldzufuhr durch die Notenbanken angewiesen, wenn sie nicht zusammenbrechen sollen, „aber das kann nicht ewig so weitergehen". Die Wirtschaftskrise sei so bloß verschoben worden.

Nicht nur das: Die Geldflüsse haben Geld billig gemacht, die Zinsen liegen bei Null. Das entwertet nicht allein private Guthaben, Renten und Lebensversicherungen. Es verlockt die Unternehmen auch zu waghalsigen, wenn nicht unrentablen Investitionen, die sie sich bei „normalen", also weit höheren Schuldzinssätzen weit besser überlegt haben.

Für Deutschland kommt hinzu, dass es mit dem für die deutschen Verhältnisse viel zu „weichen", also im Wechselkurs zu billigen Euro quasi unter Aufputschmitteln steht. Trieb die harte Mark zum ständigen Besserwerden, so ist dieser Antrieb nun weg, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt, ohne dass wir es (sofort) merken.

Wann die Notenbank-, die China- und die Euro-Blase platzen, ist kaum vorhersehbar. Theoretisch kann das jederzeit passieren, also auch 2016. Wenn nicht, werden die Notenbanken weitermachen mit dem „Gelddrucken" und so die Schieflage noch verstärken. Es gilt: Je später der Knall kommt, desto lauter wird er ausfallen.

Hans Heckel



Statistiken – die Illusion von Objektivität: Manchmal vertuschen Zahlen mehr als sie offenlegen Bild: Colourbox

MELDUNGEN

Schuldenuhr tickt langsamer

Davos – Das Tempo der Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler (BdSt) verringert sich von 165 auf 115 Euro pro Sekunde. Nach BdSt-Berechnungen planen die Länder eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 3,6 Milliarden Euro in diesem Jahr. Das entspricht einem rechnerischen Zuwachs von 115 Euro pro Sekunde – statt zuvor 165 Euro. Beim Schuldenzuwachs je Sekunde werden die Daten der Kernhaushalte erfasst, beim Gesamtschuldenstand darüber hinaus auch die Schuldenentwicklung bei den sogenannten Kassenverstärkungskrediten sowie die Schulden der öffentlichen Schattenhaushalte. *U.M.*

Gabriel billigt Supermarktriesen

Berlin – Gegen die Empfehlungen von Kartellamt, Monopolkommission, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) der Fusion der Supermarktketten Edeka und Tengelmann zugestimmt. Kritiker des Zusammenschlusses befürchten wegen der Marktmacht des so geschaffenen Supermarktriesen schwere Nachteile für Verbraucher, Produzenten und Lieferanten. Sie werfen Gabriel vor, Edekas Profitinteressen über das Allgemeinwohl zu stellen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.963.394.177 €
Vorwoche: 2.027.942.539.887 €

Verschuldung pro Kopf:
24.947 €
Vorwoche: 25.012 €

(Dienstag, 19. Januar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Dexit« unausweichlich?

Bank-Chefvolkswirt rechnet mit Euro-Ausstieg Deutschlands

Galt ein Nachdenken über den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro bislang unter den hiesigen Volkswirten als weitgehendes Tabuthema, so scheint sich dies nun zu ändern. Mit Stefan Bielmeier, dem Chefvolkswirt der DZ Bank, dem Zentralinstitut von mehr als 900 deutschen Genossenschaftsbanken, hat nun erstmals ein namhafter Ökonom einer Bank Klartext in Sachen Euro geredet. In einem Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche" legte der Volkswirt dar, dass seiner Meinung nach der Streit um den Euro und Europa inzwischen eine neue Eskalationsstufe erreicht habe. Der Leiter der DZ-Research-Abteilung kommt zu der Diagnose, dass reformbereite Regierungen wie zuletzt in Portugal und Spanien von den Wählern abgestraft würden. „Lasst die Reformen sein, die Wähler werden es euch nicht danken – erhöht lieber die Sozialleistungen", so das Signal, das von den letzten Wahlen im Euroraum ausgegangen sei. Die Regierungen in Frankreich, Portugal und Spanien hätten diese Botschaft der Wähler erhört, und sich von ihrem Konsolidierungskurs verabschiedet. Auf der anderen Seite stehe die Forderung an Deutschland, sich solidarisch zeigen, ohne eine Gegenleistung zu verlangen.

Laut Bielmeier habe sich die Hoffnung, dass der südliche Teil der Euro-Zone die Phase der niedrigen Zinsen nutzt, um die notwendigen Strukturreformen anzugehen, nicht erfüllt. Stattdessen würden die ökonomischen Ungleichgewichte und die daraus resultierenden Fliehkräfte das größte Problem für den Euroraum darstellen. Der DZ-Chefökonom sieht deshalb nur noch einen Ausweg: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende."

> »Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende«

Sollte man dann zu dem Ergebnis kommen, dass das Projekt keinen nachhaltigen Bestand haben könne und es keine tragfähige politische Lösung für den langfristigen Erhalt gebe, „wäre es nur konsequent, wenn Deutschland zusammen mit einigen anderen Ländern beginnt, den Ausstieg zu managen". Obwohl Bielmeier zu dem Befund kommt, dass die Konsequenzen für das wirtschaftliche Wohlergehen „nur negativ sein" könnten, hält er einen Euro-Austritt für unausweichlich.

Zu Recht macht der Ökonom auch darauf aufmerksam, dass mit dem weiteren Andauern der Niedrigzinspolitik die ökonomischen Kosten steigen. Tatsächlich ist zu konstatieren, dass die massive Aufblähung der Bilanz der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Euro-Zone keineswegs Investitionen und Nachfrage ausreichend ankurbelt, sondern nur die Preise von Aktien und Immobilien in die Höhe treibt. Auf der anderen Seite stehen Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und Bausparkassen aufgrund der Niedrigzinspolitik zunehmend ohne Geschäftsmodell da. Parallel wachsen mit dem Andauern der Euro-Rettungspolitik die Risiken, dass Deutschland am Ende auf immensen Verlusten sitzenbleiben wird. Bereits seit Monaten sind etwa die Forderungen der Bundesbank an andere Euro-Zentralbanken im Rahmen des Target-2-Verrechnungssystems wieder dabei, massiv anzusteigen. Obendrein wird am Finanzmarkt immer stärker darüber spekuliert, ob die EZB ihre Geldpolitik noch weiter lockern wird. Willkommener Anlass, um die umstrittenen Anleihekaufprogramme auszuweiten, könnte der Verfall des Ölpreises sein, der zumindest statistisch die Teuerungsrate in der Euro-Zone drückt. *N.H.*

Gnadenloser Preiskampf

Rote Zahlen trotz vieler Kunden: Fernbusse machen Verluste

Das abgelaufene Jahr bescherte den Fernbus-Unternehmen wieder einen Rekordumsatz. „Wir haben in den vergangenen Jahren die Fahrgastzahl zweimal verdoppelt, bis auf 16 Millionen 2014. Im abgelaufenen Jahr lag die Zahl bei um die 20 Millionen", sagte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer, räumte aber ein, „dass die Zahlen nicht mehr so schnell nach oben gehen".

Das Geschäft mit den Fernbussen besteht in Deutschland erst seit dem Jahr 2013. Zuvor war es untersagt, der Deutschen Bahn Konkurrenz im Fernlinienverkehr zu machen. Mit ihrem Angebot haben die Unternehmer offenkundig einen Nerv der Kunden getroffen.

Um sich eine entsprechende Marktposition zu erarbeiten, haben sich die Anbieter bislang regelrechte Preisschlachten geliefert. Als Fernfahrt gilt eine Linientour von mehr als 50 Kilometer, teilweise gab es diese schon für drei Euro. „Billiger geht es nur noch, wenn man den Leuten dann noch einen kostenlosen Imbiss anbietet", heißt es in der Branche. Bisher scheint es den Investoren darum zu gehen, im Markt zu bestehen. Denn die Investitionen werden durch die geringen Fahrpreise derzeit nicht einmal ansatzweise amortisiert. Eine Fahrt von München nach Berlin kostet derzeit um die 20 Euro – wenn es nicht gerade ein Sonderangebot gibt.

Der Preiskampf wird von dem Marktführer MeinFernbus diktiert, der im vergangenen Jahr mit der maroden Konkurrenz von Flixbus fusionierte und derzeit 73 Prozent Marktanteil hält. Seine finanziellen Mittel erhält das Unternehmen hauptsächlich von dem US-Investmenthaus General Atlantic, das den europäischen Fernverkehrmarkt als „attraktiv und lukrativ" bezeichnet. Doch derzeit befindet sich die Branche noch in einem Bereinigungskampf: „Es gibt noch viele weiße Flecken. Das heißt für uns Verkehr in Mittelstädte und teilweise auch in kleinere Städte mit 20 000, 30 000 Einwohnern. Es geht jetzt einfach darum, das Angebot noch breiter aufzustellen."

> Doch ein Ende der niedrigen Preise ist so oder so abzusehen

Das Kalkül des Marktführers ist klar: Mit niedrigen Preisen und einem aggressiven Expansionskurs soll die lästige Konkurrenz abgeschüttelt und am Ende ausgeschaltet werden. Danach könnte man mit ansteigenden Preisen auch Geld verdienen. „Die Branche wartet darauf, endlich mit dem Geldverdienen beginnen zu können. Schließlich wollen die Investoren irgendwann auch mal Rendite sehen", schreibt das „Handelsblatt".

Doch bis es dazu kommt, wird es wohl noch einige Reibereien geben. Neuerdings mischt auch der schottische Anbieter Megabus auf dem deutschen Markt mit, der bereits rund 300 Ziele in Europa und den Vereinigten Staaten anfährt und sich in der Bundesrepublik gute Chancen ausrechnet.

Möglicherweise wird die Goldgräberstimmung aber auch durch die Politik zunichte gemacht. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow ist das rege Treiben auf Deutschlands Straßen ein Dorn im Auge: „Bisher ist der Verzicht auf die Fernbusmaut eine faktische Subvention für einen Verkehrsträger, der weder ökologisch noch verkehrspolitisch in die richtige Richtung fährt. Das müssen wir ändern."

Peter Entinger

Für dumm verkauft

Von Harald Tews

Die Vorfälle in der Silvesternacht von Köln lassen so langsam alle Dämme brechen. Die Polizei ist ihren Maulkorb los, den ihr ängstliche Politiker verpasst haben, und spricht inzwischen ungeniert über Ausländerkriminalität. Sogar Berliner CDU-Parlamentarier lassen ihre Hosen fallen und reden von Dingen, die sie vorher verheimlicht, vertuscht, verschwiegen haben. Ja, man wusste von den Integrationsproblemen, hielt damit aber hinterm Berg, um nicht Fremdenfeindlichkeit zu schüren und den rechten Parteien somit Vorschub zu leisten.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es sind die Lügen, die man den Bürgern in der Asyldebatte auftischt, welche diese in Scharen zu den Protestparteien laufen lassen. Der Vertrauensverlust, den sich die etablierten Parteien hinsichtlich ihres Verhaltes in der Zuwandererfrage eingebrockt haben, lässt sich nur durch eines rückgängig machen: die Wahrheit. Denn die Bürger sind nicht blind. Sie sehen das Machogebaren, die Diebstähle und Gewalt von Zuwanderern, von denen die Regierung bislang behauptet hat, dass es solches pauschal nicht gebe. Das mag stimmen, ist aber doch nur die halbe Wahrheit. Auf Dauer lassen sich die Wähler nicht für dumm verkaufen.

Von Idioten regiert

Von Jan Heitmann

Umgangssprachlich ist ein Idiot laut Duden jemand, der sich töricht verhält, der eine Dummheit begeht. Bernd Höcke, AfD-Chef in Thüringen und erklärter Lieblingsfeind der Mainstream-Medien, hat nun öffentlich erklärt, unser Land werde „von Idioten regiert". Und schon suhlen sich die gehorsamen Medienschaffenden in gespielter Empörung. Die Frage, ob Höcke recht hat, stellt hingegen niemand.

Dabei ist sie ganz einfach zu beantworten. Wer sieht, was die Bundeskanzlerin mit ihrer Einladung an alle Gefährdeten, mit Mühsal Beladenen und Unzufriedenen dieser Welt angerichtet hat, muss zu dem Schluss kommen, dass ihr Verhalten mit „töricht" noch sehr wohlwollend beschrieben ist. Wenn aber ein Idiot ein töricht handelnder Mensch und Merkels Flüchtlingspolitik töricht ist, kann man die Frage, ob Deutschland von Idioten regiert wird, guten Gewissens bejahen.

Wer nun auf die Einschätzung eines „rechten Hetzers" und von „Dumpfbacken mit ihren diffusen Ängsten" nichts gibt, folgt vielleicht der des tschechischen Staatspräsidenten Milos Zeman. Dieser hat vor einigen Wochen in einer Rede im Hinblick auf Merkels Flüchtlingspolitik festgestellt: „Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Angelschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert." Höcke hat also – leider! – recht, und er steht mit seiner Ansicht nicht allein. Das zeigen auch die vielen zustimmenden Kommentare im Internet: Deutschland wird von Idioten regiert.

Die Kirchen versagen

Von Eberhard Hamer

Während die Wirtschaft und die Betreuungsindustrie wirtschaftlich-materielle Gründe für ihre Forderung nach mehr Flüchtlingszuzug nach Deutschland haben, liegen bei einer dritten großen gesellschaftlichen Gruppe keine materiellen oder wirtschaftlichen, sondern nur idealistische Gründe für diese Forderung nach vor. Die beiden christlichen Kirchen sind zwar mit mehr als 1,1 Millionen Sozialmitarbeitern auch am Geschäft mit den Flüchtlingen beteiligt, ihre Sprecher dagegen fordern mehr Flüchtlingshilfe vor allem aus Gründen der Nächstenliebe, also eigentlich aus edlen Motiven. Wie immer laufen aber die Kirchen hierbei nur einem Zeitgeist nach, ohne darüber nachzudenken, welche Konsequenzen die Massenzuwanderung von Moslems für die christlichen Gemeinden und das christliche Deutschland hat.

Nach Berechnungen der Uno aus dem Jahr 2012, also vor der orientalischen Flüchtlingswelle, muss man davon ausgehen, dass bis 2050 allein über 100 Millionen moslemische Schwarzafrikaner nach Deutschland kommen werden. Die Uno geht ebenfalls davon aus, dass im Jahre 2050 nur noch je 10 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen evangelisch oder katholisch sind, dagegen mehr als 30 Prozent Moslems leben werden. Deutschland wird also durch die Zuwanderung ein mehrheitlich islamischer Staat werden. Die christlichen Kirchen, die eigentlich zur Mission des christlichen Glaubens da sind, betreiben also fahrlässig nicht nur islamische Zuwanderung, sondern die Islamisierung ganz Deutschlands.

Wenn demgemäß die Zahl der Christen in der durch Zuwanderung steil wachsenden Bevölkerung absolut und relativ bis auf Randgruppen zurückgeht, brauchen die verbleibenden Christen auch ihre Kirchen nicht mehr, können sie diese nicht einmal mehr unterhalten. Schon jetzt verschenkt und verkauft die evangelische Kirche überflüssige Kirchengebäude an andere Glaubensgemeinschaften.

Die Kirchen werden nur wenige Stunden in der Woche und nur von wenigen dutzend Menschen überhaupt genutzt. Freier Raum ist also genügend vorhanden und wird künftig immer weniger für kirchliche Zwecke benötigt. Wenn also die Kirchen grundsätzlich eine Masseneinwanderung von Moslems wollen, können sie die Verantwortung für deren Unterbringung nicht anderen aufbürden, sondern müssten sie konsequent auch selbst Unterbringungsräume freigeben, die sie ja haben.

Hier zeigt sich, dass offenbar bei den christlichen Funktionären das Herz besser entwickelt ist als das Hirn. Entweder man will islamische Zuwanderung mit allen Konsequenzen oder man lehnt sie ab wie die Mehrheit unserer Bevölkerung und Kirchenmitglieder. Halbe Nächstenliebe und dann auch noch auf Kosten anderer zählt nicht. Die Kirchen sind nicht nur zurzeit Versager in der Zuwanderungsdebatte, sondern sie werden auch die größten Verlierer bei den Zuwanderungsfolgen sein. Sie hätten sich dies besser überlegen sollen, statt unüberlegt zu fordern und zu handeln.



Haben mehr Herz als Hirn: Durch die gewährung von Kirchenasyl fördern die christlichen Kirchen die Islamisierung Deutschlands und schaden sich so am Ende selbst

Bild: Heimann/dapd

Wer Deutschland kaputt schlägt

Frei gedacht



Von Eva Herman

Wer sich in diesen Tagen verwundert die Augen reibt, weil sein Land gerade kaputtgeht, und niemand etwas dagegen unternimmt, der wünscht sich nur, der Albtraum möge schnell vorübergehen. Doch es ist kein Traum, sondern böse Wirklichkeit. Und sie hat gerade erst angefangen. Und es ist richtig: Niemand, der hier angeblich etwas zu melden hat, tut etwas gegen den Wahnsinn. Warum? Ganz einfach: Er beziehungsweise sie dürfen nicht. Denn es gibt fertige Strategien, die längst aktiviert wurden, um unser Land zu zerstören. Die Maschinerie ist bereits vor Jahren angelaufen, ohne dass hier jemand etwas groß davon mitbekommen hätte. Jetzt, angesichts des Einwanderungschaos mit allen seinen furchtbaren Folgen von Gewalt, Unruhen, Kriminalität und Terrorismus suchen wir fieberhaft nach Rettung. Doch es wird weder Rettung noch Hilfe geben, denn die Netzwerke arbeiten längst Hand in Hand, der Plan ist Realität geworden. Zugegeben, der Stoff ist nichts für schwache Nerven, aber sehen wir den Tatsachen dennoch ins Gesicht: Die Zerstörung Deutschlands und Europas ist von bestimmten Personen beschlossen worden, und sie wird Schritt für Schritt umgesetzt. Was kann uns helfen? Nur noch ein Wunder!

Der Albtraum wurde von mächtigen Strippenziehern entworfen, von skrupellosen Individuen, die unendlich viel Geld haben und noch mehr Macht. Sie sind so mächtig, dass sie bestimmen können, was unsere Medien veröffentlichen dürfen und was nicht, was unsere Polizei sagen darf und was nicht, was unsere Politiker entscheiden dürfen und was nicht. Sie bestimmen auch, wie viele Flüchtlinge in unser Land dürfen, sie lassen zu, dass zahllose Kriminelle und Terroristen darunter sind. Es stört sie nicht, dass inzwischen etwa 300 000 dieser Leute unregistriert bei uns untergetaucht sind, es scheint ihnen auch recht zu sein, dass immer neue Terrorzellen entstehen, hier, im ehemals beschaulichen Deutschland.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Diese Mächtigen bestimmen ebenso, dass unsere Gesetze zugunsten der meist muslimischen Einwanderer ausgelegt werden, und dass wir, die deutsche Bevölkerung, alles dies akzeptieren sollen, dass wir sogar behilflich sein müssten bei der Vernichtung unserer Kultur. Wer das nicht will, weil sich in seinem Innern alles dagegenstemmt, der lebt gefährlich. Denn die Machtelite hat längst Gesetze in Brüssel ersonnen, mit deren Hilfe sie sogar Strafbefehle ausstellen lässt gegen die somit als „Nazis" Gebrandmarkten. Oh, ja, die Mächtigen sind auf der Überholspur: So kommt es auch nicht von ungefähr, dass die deutsche Kanzlerin auf immer verbohrtere Weise darauf beharrt, dass wir das schaffen! Längst ahnen wir, dass sie das selbst nicht glaubt.

Inzwischen weiß man sogar Namen dieser Herrscher. Sie sind nämlich nicht mehr so unsichtbar, wie sie es sich vielleicht wünschen. Wir wollen uns heute mit einem dieser einflussreichen Männer befassen, der ein Riesenrad dreht, und der derzeit die Strukturen, zu denen die Kultur, Tradition und Identität Deutschlands und Europas gehören, vorsätzlich kaputt schlagen lässt. Der Mann heißt George Soros und ist ein in den USA lebender Multimilliardär. Geboren wurde er in Ungarn als György Schwartz, andere Quellen behaupten, als Dzjchdzhe Shorash. Es ist der hervorragenden Recherchearbeit der Journalistin Friederike Beck zu verdanken, dass wir über die dunklen Wege des George Soros nun Erhellung erhalten. Denn bislang war er vorwiegend nur als Spekulant der ganz großen Sorte bekannt. In ihrer Arbeit zeichnet Beck die Verbindungswege auf, die alle zum selben Ziel führen: So viele Einwanderer wie möglich nach Europa, vorzugsweise nach Deutschland, zu bringen, innerhalb kürzester Zeit. Einige Fakten:

Soros gibt sich als milder Wohltäter. Sein Hauptthema weltweit: Flüchtlinge. Soros gründete zahllose Stiftungen und seine Stiftungen wiederum unterstützen viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie den Pro-Asyl-Konzern oder die Caritas, die längst erheblichen Einfluss auf weltweite Regierungsentscheidungen nehmen. Soros wichtigste Stiftungseinrichtung dürfte die Open Society Foundation sein, die maßgeblich an der „Öffnung" Osteuropas und ehemaliger Sowjetrepubliken beteiligt war, indem sie das Anschieben farbiger Revolutionen mitfinanzierte. Die Open Society Foundation kümmert sich in erster Linie um internationale Immigrationsinitiativen. Die wirre Philosophie: Immigration soll nicht verhindert, sondern als Menschenrecht weltweit gefördert werden. Dazu ist es in erster Linie wichtig, durch Zentralisierung, Unruhen, Revolutionen und Kriege die einzelnen Nationalstaaten zu zerstören wie auch deren Grenzen zu öffnen. Das beherrschen die Mächtigen dieser Erde bekanntlich perfekt, die halbe Welt liegt bereits in Schutt und Asche.

Im Herbst 2015 forderte Soros auf einer seiner Webseiten freies Geleit für jeden Flüchtling nach Europa. Der Kontinent sah durch Schengen eh schon aus wie ein Sieb. Wörtlich: „Als Erstes hat die EU für die absehbare Zukunft eine Million Asyl-Sucher pro Jahr zu akzeptieren." Weiter hieß es: „Die EU muss 15 000 Euro pro Asylsucher in jedem der beiden ersten Jahre bereitstellen." Und: „Man sollte Flüchtlinge dort hinlassen, wo sie hinwollen und wo sie gewollt sind." Damit die „Flüchtlinge" auch den Weg zu uns finden, schlägt Soros sichere Kanäle vor. Friederike Beck dazu: „Soros möchte somit eine Pipeline nach Europa installieren, die nicht Öl oder Erdgas, sondern Menschen nach Europa pumpt." Damit die „Flüchtlinge" auch sicher hierher gelangen, sponserte der Multimilliardär eines der bestorganisierten Flucht-Netzwerke, das durch Pro Asyl unterstützte Projekt w2eu. W2eu ist verantwortlich für die Veröffentlichung eines Heftchens für „Flüchtlinge", eines Flucht-Ratgebers mit Tipps, Landkarten, wichtigen Telefonnummern von Hilfsorganisationen, um Europa sicherer zu erreichen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Zu den wichtigsten Pro-Immigrations-NGO, die Soros sponsert, gehört das in Brüssel einflussreiche EPIM (European Programme for Integration and Migration). Es überwacht unter anderem die Medienberichterstattung in Europa. Schon 2012 hieß es dort, Europa sehe sich zunehmendem „Populismus" ausgesetzt, die Politik- und Mediendebatte sei immer stärker polarisiert. Kurz darauf wurden EU-weite Kontroll- und Monitoring-Programme eingesetzt, auf deren Grundlage seither die Medien zum Thema Immigration streng überwacht werden. Politisch unkorrekte Übeltäter wie Ungarn oder Tschechien werden seither öffentlich abgestraft. Wer sich also wundert, dass Deutschlands Massenmedien meist gleichgeschaltete Unwahrheiten berichten, mag hier einige Gründe erkennen. Das EPIM-Partnernetzwerk ist riesig: Es hat heute über 450 Organisationen in 45 europäischen von Immigration betroffenen Staaten als Partner, die es mitfinanziert. Wer bei EPIM unterkommt, erhält nicht nur Geld, sondern auch vielzählige Einladungen nach Brüssel. Dort wird er zielgerichtet und „migrationskonform" geschult und umerzogen. Friederike Beck: „Da 2005 mehr und mehr nationale Kompetenzen nach Brüssel verlagert wurden, entschloss man sich, EPIM zu lancieren, um direkt vor Ort Migrations- und Asyl-Politik mitzugestalten."

Die Netzwerke laufen also wie geschmiert. Das Ziel steht fest. Und wir? Warten auf das Wunder.

Zickentour mit Flüchtlingen

Hochprozentiges Klima – Maria Furtwängler in dem Kinofilm »Das Wetter in geschlossenen Räumen«

Als „Tatort"-Kommissarin ist Maria Furtwängler im Fernsehen seit Jahren gut im Geschäft. Jetzt versucht sie sich auf der großen Kinoleinwand zu behaupten.

So kannte man Maria Furtwängler bislang nicht. Völlig verkatert sitzt sie als Entwicklungshelferin in einem Taxi. Offenbar nach durchzechter Nacht ist sie bemüht, sich im Wagen vor der Hitze, dem grellen Licht und dem Lärm der Stadt eines Wüstenstaats zu schützen. Diese fiebrige Anfangsszene aus dem am 28. Januar in den Kinos startenden Film „Das Wetter in geschlossenen Räumen" ist nicht die einzige, in der Furtwängler promillehaltig gehörig ins Wanken gerät.

Die Furtwängler im Kino – das kommt selten vor. 2008 spielte sie in Marcus H. Rosenmüllers Film „Räuber Kneißl" eine tragische Mutterrolle. Mehr als eine größere Nebenrolle kann man diesen ersten Kino-Auftritt nicht bezeichnen. Es war nichts im Vergleich zu den großen TV-Rollen, die sie seit der Serie „Die glückliche Familie", als sie von 1987 bis 1991 an der Seite von Maria Schell und Siegfried Rauch stand, in die oberste Kategorie deutscher TV-Stars beförderten. Vielen Vertriebenen ist sie ein Idol, seitdem sie 2007 in dem Mehrteiler „Die Flucht" als Gräfin Mahlenberg der Fernsehnation das Schicksal ostpreußischer Flüchtlinge lebhaft in Erinnerung rief.

Seit 14 Jahren macht sie in deutschen Wohnzimmern überwiegend als „Tatort"-Kommissarin von sich reden. Der 1966 in München geborenen Schauspielerin war wohl auf Dauer das als provinziell geltende Hannover, wo sie als kühle Blonde mit ihrem Kollegen Ingo Naujoks für Recht und Ordnung sorgt, zu eintönig geworden. So wagte sie sich nun an ihren zweiten Kinofilm, der ihr vom Thema her sehr vertraut ist.

In „Wetter in geschlossenen Räumen" geht es um die Entwicklungshelferin Dorothea, die in dem Luxushotel eines arabischen Krisenstaats Spenden für Flüchtlinge eintreibt, während sie selbst ausschweifende Partys feiert. Für Furtwängler selbst dürfte solches Milieu kein Neuland sein, profiliert sie sich doch in der Öffentlichkeit durch ihr soziales Engagement in Entwicklungsgebieten. Als Kuratoriumsvorsitzende der Hilfsorganisation German Doctors ist die promovierte Ärztin häufig in humanitärer Mission in Krisengebieten unterwegs.

Es ist also vertrautes Terrain, in dem sich Furtwängler im Film bewegt. Nur an die Rolle, die sie spielt, muss man sich gewöhnen. Sie ist das versoffene Luder, das sich in der komfortablen Hotelsuite einen jungen arabischen Liebhaber hält und die mit ihrem Hang zum luxuriösen Lebensstil der Armut, die sie bekämpfen will, Hohn spricht.



Versoffenes Luder: Die von Maria Furtwängler gespielte Entwicklungshelferin Dorothea Bild: Movienet

Die Münchener Regisseurin Isabelle Stever erzählte, dass sie für ihren vom Flüchtlingsthema her hochaktuellen Film von einer realen Person inspiriert wurde, der es dank Gefahrenzulage als hochbezahlte Entwicklungshelferin einer Flüchtlingsorganisation an nichts mangelte und die ihre Angst im Kriegsgebiet durch Alkoholkonsum kompensierte.

Das kritische Bild, das Stever von der Arbeit solcher Organisationen wie dem UNHCR zeichnet, ist daher alles andere als schmeichelhaft. Die scheinheiligen Spendenpartys, auf denen Flüchtlingskinder den Champagner ausschenken, dienen eher zur Befriedigung eigener Eitelkeiten und erweisen sich als Luftnummern. Ein Flüchtlings-Mädchen, das für ein von Dorothea routiniert organisiertes Stipendiumprojekt nach Europa kommen soll, missbraucht die Hilfe, taucht nach ihrer Ankunft in Paris unter und verheiratet sich anstatt zu studieren.

In der deutschen Produktion, in der sogar der aus vielen Sozialdramen Mike Leighs bekannte britische Schauspieler Jim Broadbent als Botschafter mitwirkt, herrscht eine klaustrophobische Atmosphäre. Das Hotel ist zeitweise von Panzern umstellt. Der nahende Kriegslärm verschärft die innere Krise Dorotheas. Im Film rennt Furtwängler blass und mit zerzausten Haaren durch die Flure des Hotels, ganz so als wolle sie ihrem Image davonlaufen: die auf Rosen gebettete Großnichte des gefeierten Dirigenten Wilhelm Furtwängler, die Frau des Verlegers Hubert Burda, die Glamourfigur der Hochglanzmagazine.

Doch die Kinoleinwand ist ein ganz spezielles Format – und das schafft Furtwängler nicht auszufüllen, indem sie nur gegen das eigene Bild einer High-Society-Lady anspielt. Sie ist in fast jeder Szene präsent, die Kamera ist ihr unentwegt dicht auf den Fersen – und deckt dabei ihre schauspielerischen Schwächen unerbittlich auf. Sie spielt wenig glaubhaft das Flittchen, das sich im Edel-Negligé bekleidet im Bett rekelt. Schon hier sieht man, dass die Chemie zu dem unreifen Milchgesicht in ihrem Bett nicht stimmt. Hinter der Maske der zynischen Dorothea scheint eben doch immer die sich vornehm zurückhaltende Furtwängler hervor. Einer Katja Riemann oder Martina Gedeck hätte man die depressive Zicke eher abgenommen. Doch Furtwängler fühlt sich nur vor Fernsehkameras richtig wohl. Was schade ist, denn so bleibt die thematische Brisanz des Films auf der Strecke. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Neuer Stern am Pianistenhimmel

Berlin – Die Chopin-Preisträgerin Yulianna Avdeeva ist vom 28. Januar bis 6. Februar in deutschen Konzerthäusern zu erleben. Zusammen mit der Geigerin Julia Fischer und der Academy of St. Martin in the Fields führt die Moskauer Konzertpianistin Felix Mendelssohn Bartholdys Doppelkonzert für Klavier und Violine gleich neun Mal auf. Zu den Stationen gehören Köln (28.1.), Essen (29.1.), Hannover (30.1.), Bremen (31.1.), Berlin (1.2.), Hamburg (3.2.), Nürnberg (4.2), Ulm (5.2.) und Ludwigsburg (6.2.). Im Frühjahr erscheint außerdem die neue Solo-CD von Avdeeva mit Werken von Chopin, Mozart und Liszt. Die Chopin-Preisträgerin von 2010 ist erst die vierte Frau seit 1927, die diesen renommierten Wettbewerb gewann. *tws*

Am Neckar wird Quartett gespielt

Heidelberg – Vom 28. bis 31. Januar findet als Vorgeschmack auf das Musikfestival „Heidelberger Frühling" im April in der Neckarstadt das Streichquartettfest statt. Wie es seit 2005 Tradition ist, treffen renommierte Ensembles auf junge Künstler aus aller Welt. Dieses Jahr feiert das Aris Quartett, 2009 aus Jungstudenten der Musikhochschule in Frankfurt gegründet, sein Heidelberg-Debüt. Darüber hinaus sind das Schumann Quartett, das österreichische Minetti Quartett, das Escher String Quartet aus den USA und das französische Quatuor Hermès zu hören. Programm und Karten: www.streichquartettfest.de *tws*

Tableau der Gefühle

Buddenbrooks auf Englisch – Ken Folletts »Die Pfeiler der Macht«

Es ist eines dieser Märchen von Aufstieg und Fall, von Liebe und Verderben, die seit Shakespeares Zeiten faszinieren. Englands Bestseller-Autor Ken Follett („Die Nadel", „Die Säulen der Erde") webt noch eine Romeo-und-Julia-Variante hinein und verlegt seine Story in eine Zeit größter gesellschaftlicher Gegensätze: Der Zweiteiler „Die Pfeiler der Macht" (Montag, 25. und Mittwoch, 27. Januar um 20.15 Uhr im ZDF) zeigt den Aufstieg und Fall des Bankhauses Pilaster im London des 19. Jahrhunderts und kontrastiert die Pracht der Oberschicht mit den ärmlichen Verhältnissen im irischen Einwandererviertel Whitechapel. Dort trifft Aschenputtel Maisie Robinson (Laura de Boer) ihren Prinzen, den Bankierssohn Hugh Pilaster (Dominic Thorburn). Man findet Gefallen aneinander, aber die Standesunterschiede und die böse Stiefmutter stehen dem Glück entgegen.

Regisseur Christian Schwochow treibt seine Ausstatter und Drehort-Scouts zu Höchstleistungen: Da knirschen die Mieder, Samt und Seide rascheln in kalten Gemächern, und das schwindsüchtige Kind der Protagonistin Maisie kümmert in einem grauen Gesindehäuschen vor sich hin.

Wenn schon Shakespeare Pate stehen könnte, so darf auch Thomas Mann nicht fehlen: Aufstieg und Fall eines Bankhauses und einer Bankiersfamilie erinnern von Ferne an die Buddenbrooks, genauso wie die Brüder, von denen der eine ein Held, der andere ein rechter Nichtsnutz ist. Großen Wert legt der Zweiteiler auf die historischen Bezüge: Schwochow zeigt die Not der irischen Einwanderergruppe in London in den abgestumpften Kindergesichtern. Und wenn ein verarmter Vater seine Töchter verlässt, um sein Glück in Amerika zu suchen, zeigt das exemplarisch die verzweifelte Not der damaligen Auswanderer.



Geldadel unter sich: Joseph Pilaster (Thorsten Merten) und Neffe Hugh (Dominic Thorburn) im ZDF-Film Bild: ZDF/Patrick Redmond

Ein Glanzlicht setzt Axel Milberg als homosexueller Banker, dessen Angst vor Entdeckung in jeder Geste und jedem flackernden Blick deutlich wird – bis 1835 wurden Homosexuelle in England noch hingerichtet.

Überhaupt die Schauspieler: Ihnen merkt man an, wie lustvoll sie gegen Schwochows gelegentlichen Tadel „boring, langweilig!" anspielen. Jeanette Hain gibt die böse Stiefmutter, die ihren leiblichen dem Stiefsohn vorzieht, mit hoheitsvoller Haltung und einem bösen Funkeln in den Augen. Laura de Boer ist das stolze Arbeiterkind Maisie, das nichts besitzt als seinen Stolz und einen irischen Dickschädel. Stephanie Stumph gibt die lebenslustige Kneipen-Bedienung, die mit aller Macht nach oben will, und Yvonne Catterfeld, Gattin des Bankiersohnes Hugh, der vor den häuslichen Intrigen nach Amerika flüchtete, spielt das, was sie am besten kann: eine liebliche Schönheit mit sanfter Singstimme, die großmütig auf ihren Mann verzichtet.

Der neue Ken Follett gibt dem Zuschauer, was er im grauen Januar am dringendsten braucht: ein Tableau aus großen Gefühlen, glänzenden Schauspielern und prächtigen Kostümen. Ein echter Nachschlag zur Weihnachtsvöllerei. *Angela Meyer-Barg*

Blau, Gelb, Rot

Stuttgarter Farbenlehre – Ausstellung über »Poesie der Farben«

Ein Gang durch die klassische Moderne – und dies unter einem vielversprechenden Etikett. „Poesie der Farbe" heißt die Ausstellung der Staatsgalerie Stuttgart, die bekannt ist für ihre stattliche Sammlung, die von Hans Holbein bis zu Katharina Grosse reicht. Bei der aktuellen Präsentation sind 13 Künstler versammelt, deren Namen von Gewicht sind in der neueren Geschichte der Kunst. Die Palette reicht alphabetisch von Max Beckmann bis Emil Nolde, präsentiert Heinrich Campendonck, Robert Delaunay, Otto Dix, Lyonel Feininger, George Grosz, Alexej Jawlensky, Wassily Kandinsky, Paul Klee, Alfred Kubin, August Macke und Franz Marc.

Dass deren Bilderschätze wertvoller Bestandteil der Staatsgalerie sind, machte die Ausführung des Projekts für die an ihm Beteiligten leichter, und der Besucher freut sich, dass er die Berühmtheiten einmal gemeinsam präsentiert sieht. August Mackes farbenfrohe „Promenade" von 1914 ziert das auf die Ausstellung hinweisende Plakat und auch den Einband des ebenso inhalts- wie bilderreichen Katalogs.

Die Idee zum Ausstellungskonzept rührte unter anderem daher, dass im Dezember 1910 die Malerfreunde August Macke und Franz Marc in ihrem Briefwechsel die ästhetische Bedeutung der Primärfarben diskutiert hatten. Macke stellte fest: „3 Farben Blau, Gelb, Rot. Parallelerscheinung Traurig heiter brutal." Auf diese Definition antwortete Marc im selben Monat: „Blau ist das männliche Prinzip, herb und geistig. Gelb das weibliche Prinzip, sanft, heiter und sinnlich. Rot die Materie, brutal und schwer."



Kandinsky, „Improvisation 9" (1910) Bild: Staatsgalerie Stuttgart

Die in diesem Zitat angedeuteten emotionalen Kategorien Melancholie, Heiterkeit und Brutalität regten die Stuttgarter Ausstellung an, in der rund 180 Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken der Klassischen Moderne gezeigt werden. Der Rundgang macht Spaß, denn man trifft viele „alte Bekannte", und dank ihrer luftigen Hängung haben die Objekte auch genügend Raum zum Atmen. So freut man sich an Feiningers prismatischen Ölbildern mit den farblich sanft verschmelzenden Farbsegmenten, an Franz Marcs farbvitalen Tierdarstellungen oder den kubistisch orientierten weiblichen Akten.

Ein Fest fürs Auge sind Kandinskys mit Bedacht konstruierte „Kompositionen", die man wahrhaft klingen hört. Zu seinen lyrisch bestimmten Arbeiten kontrastiert ein frühes Werk des Russen, der 1907 entstandene, fast märchenhaft anmutende Holzschnitt „Frauen im Wald", und auch der Almanach „Der Blaue Reiter" von 1912 mit dem berühmten Farbholzschnitt ist vertreten.

Von Jawlensky werden eigenwillige Damenporträts präsentiert, und märchenhaft ist Paul Klees „Schloss im Wald". Dazu kontrastiert das hemmungslose „Liebespaar" (1921) von Otto Dix, und Alfred Kubins personifizierter „Krieg" beschert eine der stärksten Darstellungen der Kunst. *Heide Seele*

Die Ausstellung in der Staatsgalerie Stuttgart, Konrad-Adenauer-Straße 30–32, läuft bis 14. Februar, geöffnet täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr. Eintritt: 12 Euro. Internet: www.staatsgalerie.de

Ein Meister der Hetze

Vor 125 Jahren wurde der russische Schriftsteller und Journalist Ilja Ehrenburg geboren

Man würde ihn gern dem Vergessen anheimgeben – aber das ist nicht möglich, denn Ilja Ehrenburg ist auf seine Weise unvergessbar. Er ist und bleibt eine Person der Zeitgeschichte. Wer war Ilja Ehrenburg?

Sein Leben hat der im Jahre 1891 am 14. Januar nach dem julianischen und am 26. Januar nach dem gregorianischen Kalender in Kiew Geborene in einer voluminösen mehrbändigen Autobiografie unter dem Titel „Ljudi, Gody, Schisn“ wortreich geschildert. Aus diesen auch in deutscher Übersetzung zunächst in der DDR, später in der Bundesrepublik unter dem Titel „Menschen, Jahre, Leben“ erschienenen Erinnerungen ergibt sich ein abwechslungsreiches Leben, mit Stationen in Paris, Brüssel, Berlin und Spanien, bis zu seiner Rückkehr in die Sowjetunion im Jahre 1940. Einheitliche Linie in diesem bewegten Lebenslauf war seine Arbeit mit der Schreibfeder, dies als Journalist und als Schriftsteller. Zwei seiner Bücher wurden mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet. Auf der Trauerversammlung der Schriftsteller zu Josef Stalins Tod sprach Ehrenburg laut seinen Erinnerungen: „Ich weiß nicht mehr was, vermutlich das gleiche wie die anderen ... Ich war einer der Schriftsteller, die Totenwache hielten.“

Den lebenden Stalin hat Ehrenburg nie kritisiert. Auch wenn man zu Ehrenburgs Gunsten annehmen würde, dass ihm nicht alle Verbrechen des Massenmörders Stalin, wie beispielsweise die Ermordung der polnischen Offiziere und von Angehörigen der polnischen Intelligenz in Katyn, bekannt waren, so hatte er doch unzweifelhaft wie jedermann Kenntnis vom Hungertod der Kulaken und von den todbringenden „Säuberungen“ im Jahre 1937, denen immerhin auch Kollegen und Freunde von ihm zum Opfer fielen. Der zynische Kommentar dazu in seinen Lebenserinnerungen: „Ich versuchte mich damit zu trösten, dass Stalin bestimmt vieles nicht wusste.“ Diese Selbstberuhigung erinnert fatal an den in der NS-Zeit häufig gehörten Spruch: „Wenn das der Führer wüsste.“

Berühmt, aber auch berüchtigt geworden ist Ilja Ehrenburg vor allem durch seine Rolle als Propagandist im Zweiten Weltkrieg. Auch wenn man – wiederum zu seinen Gunsten – berücksichtigt, dass Propaganda im Krieg auf allen Seiten nicht von gutmütigen Eltern stammt, sondern aufputschen will, und auch wenn man bedenkt, dass Ehrenburg aufgrund seiner Herkunft („Ich kam in einer bürgerlichen jüdischen Familie zur Welt“) über die grausamen NS-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in Russland von ebenso berechtigtem wie menschlich verständlichem Zorn erfüllt sein musste, so kann dies alles dennoch nicht Ehrenburgs maßlose und unmenschliche Hasstiraden entschuldigen. Nicht wenige seiner Aussprüche könnten „Aus dem Wörterbuch des Untermenschen“ stammen, so, wenn er immer wieder den Deutschen (insoweit ohne irgendeine Differenzierung) das Menschsein abspricht. Beispiele dafür: „Zum ersten Mal stehen unserem Volk keine Menschen gegenüber, sondern bösartige, widerwärtige Kreaturen ... Wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen Automaten, die wie Menschen aussehen. Wir hassen sie gerade wegen dieser scheinbaren Menschenähnlichkeit ...“

Was soll man dazu sagen, wenn Ehrenburg in seinem 1943 erschienenen Buch „Woijna“ (russisch für „Krieg“) schreibt: „Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort ‚Deutscher‘ für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort ‚Deutscher‘ ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn Du nicht im Lauf eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Wenn Du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen“? Dieser unmenschliche Aufruf zu wahllosem Töten war nicht an die Leser nur eines Buches gerichtet, sondern an alle Soldaten der Roten Armee, wurde die Textpassage doch in der Soldatenzeitung „Krasnaja Swesda“ („Roter Stern“) und in an der Front verteilten Flugblättern nachgedruckt. Nicht eine deutsche, sondern die englische Historikerin Catherine Merridale hat festgestellt, Ehrenburg habe „mit seiner Botschaft vom unerbittlichen Hass auf die Deutschen als Nation das Denken der Armee über Vergeltung geprägt.“

> Nach dem Schreibtischtäter mit unzähligen Opfern ist in Rostock eine Straße benannt



Im Juni 1935 in Paris: Waldo Frank, Ilja Ehrenburg, Henri Barbusse und Paul Nizan (v.l.) Bild: bpk

Ehrenburgs Hasstiraden sind in unzähligen Artikeln, vor allem in Soldatenzeitungen, aber auch in seinen Memoiren nachzulesen. Bestritten hat Ehrenburg allerdings, dass er ein Flugblatt mit dem Text verfasst hat: „Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der deutschen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute.“ Gleichgültig, ob diese Einlassung zutrifft oder nicht, so steht fest, dass er aus seiner Verachtung für die deutschen Frauen („die blonden Hyänen“, „ein geborener Haifisch“) nie einen Hehl gemacht hat. Zynisch und verlogen ist es, wenn Ehrenburg schreibt, „der Sowjetkrieger wird keine deutsche Frau anrühren“, und die Soldaten hätten die „Komplimente“ der deutschen Frauen nicht zurückgewiesen.

Niemand, der sich mit Ehrenburgs Wirken während des Zweiten Weltkriegs befasst, wird seinen intensiven Einfluss auf die Stimmung der sowjetischen Soldaten bestreiten können. Ehrenburg war ein wortgewaltiger Kriegspropagandist, hasserfüllt und mitleidlos – ein Meister der Hetze. Er war ein Schreibtischtäter mit unzähligen Opfern. Umso erstaunlicher ist es, dass er in einer deutschen Stadt, nämlich in Rostock, mit einer nach ihm benannten Straße geehrt worden ist – eine schlicht unbegreifliche Ehrung, die noch heute fortbesteht: ein Akt der Selbsterniedrigung. Die zu DDR-Zeiten mächtige „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ lässt grüßen. Wollte man ein heute sinnvolles Zeichen für deutsch-russische Freundschaft setzen, so gäbe es genug Namen aus der russischen Zivilgesellschaft, die eine Anerkennung verdienen. *Ingo von Münch*

Der Verfasser dieses Beitrags hat in dem von Fred Mrotzek und Ingo Sens herausgegebenen Buch „Ilja Ehrenburg ‚Töte!‘ Die Auseinandersetzung um die Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock“, ß Verlag & Medien, Rostock 2011, das Kapitel „Ilja Ehrenburg im Urteil der Geschichte“ verfasst.

»Fliegen um jeden Preis«

Vor 30 Jahren zerbrach die Raumfähre »Challenger«

Der Absturz der US-amerikanischen Raumfähre „Challenger“ gehört bis heute zu den schwersten Unfällen in der Geschichte der bemannten Raumfahrt. „Challenger“ war am 28. Januar 1986 mit sieben Astronauten an Bord gestartet und kurz nach dem Abheben durch die Explosion des großen Treibstofftanks zerstört worden.

Keiner der sieben Astronauten überlebte. Die Shuttle-Piloten Francis Scoobie und Michael J. Smith sowie die Astronauten Ronald McNair, Ellison Onizuka, Judith Resznik, Gregory Jarvis und Christa McAuliffe konnten nur noch tot geborgen werden, obwohl die Bugsektion nach der Explosion intakt geblieben war. Das Unglück war damals live im Fernsehen zu sehen. Etwa 17 Prozent der US-Amerikaner wurden so Zeugen der Katastrophe. Schon das unkundige Auge bekam einen Eindruck von der Unfallursache.

Zunächst verlief der Start normal. Die Raumfähre saß huckepack auf ihrem großen Treibstofftank und stieg auf einer Feuersäule in den Himmel. Dann geschah das Unglück. Aus einem der zu beiden Seiten des großen Treibstofftanks montierten Feststoffraketen leckten Flammenzungen. Dieser sogenannte Booster war plötzlich undicht geworden. Eine heiße Gasflamme trat aus und beschädigte zunächst eine der Halterungen, die das Shuttle mit dem riesigen Treibstofftank verbanden. Die ohnehin etwas abenteuerliche Konstruktion aus Raumfähre, Tank und zwei riesigen Startraketen geriet nun außer Kontrolle. Denn der Luftstrom schob Shuttle und Tank auseinander. Dann schmolz die Flamme ein Loch in den Treibstofftank. Der Tank explodierte und riss das huckepack montierten Spaceshuttle in Stücke. Die Bodenkontrolle sprengte die herrenlosen Booster per Fernsteuerung, um zu verhindern, dass sie auf bewohntes Gebiet fielen.

Zwar blieb die Bugsektion weitgehend intakt und schlug sogar in einem Stück auf die Wasseroberfläche auf. Aber es gab nur rudimentäre Rettungsmittel an Bord, die für eine derartige Katastrophe nicht ausgelegt waren. Eine Shuttle-Besatzung hatte zwar die Möglichkeit, die seitliche Cockpittür aufzusprengen und dann im Fallschirmjägerstil abzuspringen. Aber das funktionierte nur bei Geschwindigkeiten unter 300 Kilometern pro Stunde und in stabiler Fluglage. Die „Challenger“ flog beim Unfall bereits wesentlich schneller, und nach der Explosion trudelte die Bugsektion unkontrollierbar durch die Luft.

Tragischerweise hatten einige der Besatzungsmitglieder die Zerstörung der „Challenger“ überlebt. Aber der genaue Zeitpunkt ihres Todes blieb offen. Die Experten gingen davon aus, dass die überlebenden Astronauten durch Druckverlust und Sauerstoffmangel ziemlich schnell bewusstlos und damit handlungsunfähig wurden.

Das Unglück führte zu einer 32 Monate langen Pause der Shuttle-Flüge. Der damalige US-Präsident Ronald Reagan setzte die Rogers-Kommission zur Untersuchung des Unglücks ein. In ihrem Abschlussbericht stellte die Kommission der Nasa ein verheerendes Zeugnis aus.

> Das bis dahin schwerste Unglück in der US-Raumfahrtgeschichte kostete die siebenköpfige Besatzung das Leben

Als Unglücksursache identifizierte die Kommission das Versagen eines Dichtungsrings der rechten Startrakete. Die beiden Startraketen der Raumfähren verbrannten festen Raketentreibstoff und waren wiederverwendbar. Sie bestanden aus sieben röhrenförmigen Segmenten. Die Anschlüsse zwischen diesen Segmenten wurden durch Dichtungsringe versiegelt. Und einer dieser Ringe war durch die Kälte in der Nacht vor dem Start spröde geworden.

Außerdem hatte es schon vorher Probleme mit den Dichtungsringen gegeben. Bereits auf einem früheren Flug der „Challenger“ im April 1985 hatten Inspektionen der aus dem Meer geborgenen Booster defekte Dichtungsringe an beiden Startraketen gefunden. Auch Dichtungsringe der Raumfähre „Discovery“ hatten nach einem Start im Januar 1985 Versprödungen und Risse aufgewiesen. In beiden Fällen war die Ursache die niedrige Umgebungstemperatur in kalten Nächten gewesen.

Allerdings hatten die Planer bei der Nasa die dringenden Warnungen ihrer Ingenieure ignoriert. Morton Thiokol, der Hersteller, hatte alle Beanstandungen zurückgewiesen. Zudem war bei einem „Challenger“-Start im Juli 1985 eines der drei Haupttriebwerke durch einen Defekt in der Treibstoffpumpe ausgefallen. Einen zweiten Triebwerksausfall hatten die Spezialisten im Houstoner Flugkontrollzentrum gerade noch verhindern können.

Die folgenden Flüge waren dann wieder ohne Probleme verlaufen, aber der für Anfang 1986 geplante Start war wegen schlechten Wetters mehrmals verschoben worden, und die startbereite Fähre hatte länger als geplant auf der Rampe gestanden. Dabei hatten die Dichtungsringe erneut unter der nächtlichen Kälte gelitten. Die Temperatur war auf minus acht Grad Celsius gefallen. Dabei lag die erlaubte Untergrenze bei vier Grad plus. Hinzu kam die starke Vereisung des gesamten Fluggeräts. Ingenieure des Raumfähren-Herstellers Rockwell hatten sogar von einem Start am 26. Februar abgeraten, ohne jedoch Gehör zu finden.

> Die Rogers-Kommission zur Untersuchung der Katastrophenursache stellte der Nasa ein verheerendes Zeugnis aus

Die Führungskultur der Nasa, so die Rogers-Kommission, sei von der Einstellung „Fliegen um jeden Preis“ geprägt gewesen. Damals startete im Schnitt alle zwei Monate eine Raumfähre. Nasa-Manager hatten nicht nur Warnungen ignoriert, sie hatten auch seit 1977 gewusst, dass die Dichtungsringe Konstruktionsfehler aufwiesen und nie für Starts bei derart niedrigen Temperaturen entwickelt worden waren.

Nach der Katastrophe ließ die Nasa die Feststoff-Booster völlig umkonstruieren. Außerdem gab sie das hohe Starttempo auf, das auch zur Katastrophe beigetragen hatte. Für viele Satellitenstarts kamen wieder herkömmliche Trägerraketen zum Einsatz, und die United States Air Force zog sich aus dem Programm zurück, nachdem sie vorher die Shuttles für eigene Raumflüge hatte nutzen wollen. Langfristig zeigte sich jedoch, dass die Raumfähren keineswegs der schnelle und preiswerte Zugang zum erdnahen Weltraum waren. Sie waren sogar teurer als konventionelle Raketen. Ein Rettungssystem für die Besatzung wurde bis zum Ende der Shuttle-Flüge nicht eingebaut – um Gewicht zu sparen.

Friedrich List

Richard Feynmans Untersuchung der Challenger-Katastrophe ist Thema des Films „The Challenger“ („The Challenger Disaster“). Die Produktion von BBC, Science Channel und Open University aus dem Jahre 2013 ist am Sonnabend, dem 30. Januar, von 23.40 bis 1.10 Uhr im Ersten und am Sonnabend, dem 6. Februar, von 21.45 bis 23.15 Uhr unter dem Titel „Challenger – Ein Mann kämpft für die Wahrheit“ auf Einsfestival zu sehen.

Prägend für die Gartenkunst in Preußen

Peter Joseph Lenné schuf rund 330 Anlagen, von denen einige heute Teil von Unesco-Welterbestätten sind

Vor 150 Jahren verstarb der preußische General-Gartendirektor Peter Joseph Lenné. Er huldigte zunächst dem klassischen englischen Stil, leitete später dann aber die Wende zum Historismus in der deutschen Gartenkunst ein.

Die Gärtnerfamilie Le Neu aus Lüttich übersiedelte 1665 ins Rheinland und stand seitdem im Dienst der Fürstbischöfe von Köln. Dabei nannte sich Maximilian Heinrich Le Neu ab 1699 „Lenné". Diesen Namen trug auch sein Urenkel Peter Joseph, der am 29. September 1789 in Bonn geboren wurde und später der Familientradition entsprechend den Gärtnerberuf erlernte. Nach Abschluss der Lehre finanzierte ihm der offenbar recht wohlhabende Vater mehrere ausgedehnte Studienreisen durch Süddeutschland, Frankreich und die Schweiz, in deren Verlauf Lenné sich auch noch zum Gartenbaumeister fortbildete. Dem folgte 1812 eine Anstellung als Gärtner für die Außenanlagen des Schlosses Schönbrunn bei Wien.

Zwei Jahre später erhielt Lenné dann seinen ersten Auftrag zur Umgestaltung eines Parks. Er betraf die Gartenanlagen des Barockschlosses Blauer Hof in Laxenburg, des Sommersitzes der Habsburger. Während der Arbeiten dort bekam der 25-Jährige den Titel „Kaiserlicher Garten-Ingenieur" verliehen. Allerdings wechselte er dennoch kurz darauf in preußische Dienste, nachdem das Königreich mit Unterzeichnung der Wiener Kongressakte vom 9. Juni 1815 in den Besitz der Rheinlande gekommen war. Anfang 1816 trat Lenné eine Stelle als Gehilfe des Hofgärtners Johann Friedrich Morsch im Neuen Garten Potsdam an.

Durch Protektion des Oberhofbaurates und Gartendirektors Johann Gottlob Schulze sowie des preußischen Hofmarschalls Burchard Friedrich Freiherr von Maltzahn erhielt Lenné beizeiten die Möglichkeit, zwei Besitzungen des Staatskanzlers Karl August Fürst von Hardenberg gartenkünstlerisch umzugestalten – desgleichen konnte er im Februar 1818 in die Königliche Gartendirektion wechseln, womit die abermalige Ernennung zum Garten-Ingenieur verbunden war. Damit hatte Lenné die Position eines Hofgärtners übersprungen und hervorragende Möglichkeiten, um weiter Karriere zu machen.

So gehörte er 1822 zu den Gründungsmitgliedern des Vereins zur Beförderung des Gartenbaus in den Königlich Preußischen Staaten, der einer Initiative des Ministers Karl Freiherr vom Stein zum Altenstein entsprang und in dem Lenné bald diverse Führungspositionen bekleidete. Sein größter Erfolg während dieser Zeit war allerdings die Kabinettsorder, mit der Friedrich Wilhelm III. am 20. August 1823 einem Antrag Lennés entsprach und die Gründung der Königlichen Gärtner-Lehranstalt zu Schöneberg und Potsdam verfügte, in welcher der Gartenarchitekten-Nachwuchs nun erstmals eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung erhalten sollte. Natürlich wurde Lenné Direktor dieser Einrichtung sowie Vorstand der gleichzeitig mit geschaffenen Landesbaumschule – die Bestätigung in diesen Ämtern erfolgte am 21. Oktober 1823. Fünf Jahre später avancierte der bisherige Garten-Ingenieur dann zum Gartendirektor, nachdem Schulze quasi in den Zwangsruhestand gehen musste.

> In der deutschen Gartenkunst leitete er die Wende zum Historismus ein

In den zehn Jahren zwischen 1818 und 1828 begann Lenné unter anderem mit der Umgestaltung der Anlagen von Sanssouci, die nach Jahren der Vernachlässigung infolge der napoleonischen Kriege dringend einer zeitgemäßen Verschönerung bedurften. Diese sollte ihn sein ganzes weiteres Leben beschäftigen. Dabei ging Lenné oft recht rigoros gegen den barocken historischen Bestand vor, was ihm den Ruf eines „Zerstörers" eintrug, „welcher mit unbeugsamer Strenge das Alte niederwirft, um Raum für seine Ideen zu gewinnen". Ansonsten war Lenné auch häufig außerhalb von Potsdam tätig, so zum Beispiel in Magdeburg, wo er mit dem Volksgarten auf dem Klosterberg den ersten öffentlichen, von einer Stadtverwaltung in Auftrag gegebenen und finanzierten Park für die bürgerliche Allgemeinheit auf deutschem Boden schuf.

Ja, manchmal führte Lenné, obzwar preußischer Beamter, sogar Aufträge in Thüringen, Mecklenburg, Bayern und Sachsen aus. So plante er beispielsweise auf Ersuchen des Rates der Stadt Dresden die Erweiterung der Bürgerwiese sowie die Anlage des Zoologischen Gartens.

Zu einer deutlichen Veränderung von Lennés Aufgabenspektrum kam es ab 1840, als der neu inthronisierte König Friedrich Wilhelm IV. seinem Gartendirektor nun auch noch die städtebauliche Planung für Berlin übertrug. Daraufhin kümmerte sich Lenné nämlich sehr intensiv um die Umgestaltung der preußischen Hauptstadt und die Schaffung diverser Grünanlagen. In diesem Zusammenhang initiierte er nicht zuletzt den Bau dreier Kanäle, und zwar des Landwehrkanals, des Luisenstädtischen Kanals und des Berlin-Spandauer Schifffahrtskanals. Deswegen gaben ihm die stets spottlustigen Berliner den Spitznamen „Buddelpeter". Der gebürtige Rheinländer prägte das Gesicht Berlins wie kein Zweiter. Aus diesem Grund wurde auch bereits zu seinen Lebzeiten der vormalige Kanonenweg im Stadtteil Tiergarten, an dem Lennés Haus stand, nach ihm benannt.



Peter Joseph Lenné: Porträt von Carl Joseph Begas (1794–1854) Bild: Archiv

Außerdem beförderte Friedrich Wilhelm IV. den ebenso tatkräftigen wie genialen Landschafts- und Stadtplaner 1854 zum General-Gartendirektor aller königlich-preußischen Gärten. Dazu regnete es Orden wie das Komturkreuz des Hausordens von Hohenzollern und den Roten Adlerorden II. Klasse. Ebenso machte die Königlich-Preußische Akademie der Künste Lenné im April 1853 zum Ehrenmitglied.

Heute zeugt von der Bedeutsamkeit von Lennés Schaffen vor allem der Umstand, dass zwei der Örtlichkeiten, an deren Gestaltung er ganz maßgeblich mitwirkte, auf die Unesco-Welterbeliste gelangten. Dies betraf zum einen die rund 500 Hektar umfassende Gesamtanlage der Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin sowie zum anderen die Schlösser von Brühl im Rheinland mit ihren Gärten.

Am 15. Februar 1866 hätte Lenné hochgeehrt sein 50. Dienstjubiläum feiern können, doch dazu kam es nicht mehr, weil er kurz zuvor einen Hirnschlag erlitt, an dessen Folgen er am 23. Januar 1866 in Potsdam verstarb. Damit unterblieb dann auch der geplante Umzug in den schon fertiggestellten Alterssitz in Koblenz. Seine letzte Ruhe fand der Gartenkünstler auf dem Friedhof von Bornstedt in direkter Nachbarschaft zum Potsdamer Orangerieschloss, auf dem zahlreiche weitere bekannte Persönlichkeiten der preußischen Geschichte liegen. *Wolfgang Kaufmann*

Sie spielte Luise wie keine

Ruth Leuwerik verlieh preußischen Idealen ein zeitgemäßes Bild

Die am 23. April 1924 in Essen geborene „First Lady" des 50er-Jahre-Kinos glänzte weder mit verführerischer Weiblichkeit noch mit dunklen Charakterrollen. Doch in über 40 Film- und Fernsehrollen spielte Ruth Leuwerik sich in die Herzen von Millionen. Sie verkörperte den Typ der treuen, doch selbstbewusst-selbstständigen Kameradin, mit dem die Wahlmünchnerin preußischen Idealen ein zeitgemäßes Bild verlieh, ohne selbst je in diesem zu verharren.

Die Eltern setzten dem Wunsch der 15-Jährigen, mit dem Schauspiel zu beginnen, Grenzen – zuerst sollte sie eine Handelsschule abschließen. Ihre Mutter „rief kurzentschlossen einen Münsteraner Schauspieler an und bat ihn, er möge doch so gut sein und ihre schauspielbegeisterte Tochter auf ihre Begabung prüfen", so Leuwerik später. Das Urteil: Sie habe Auffassungsgabe, sei aber „ganz entsetzlich schüchtern". Die Berliner Schauspielschule attestierte ihr einen „entsetzlichen S-Fehler". Leuwerik kehrte nach Münster zurück, nahm privat Schauspielunterricht und arrangierte sich mit dem Arbeitsdienst. 1949 schaffte sie es an das renommierte Deutsche Schauspielhaus in Hamburg. Bereits im Jahr darauf spielte sie in ihrem ersten Film, „13 unter einem Hut". In der Komödie war sie die einzige komödiantisch Unerfahrene, urteilte Leuwerik später. Weitere Angebote vom Film blieben aus. Sie galt der Branche als unfotogen.

Leuwerik blieb beim Theater, bis sie 1952 die Hauptrolle in „Vater braucht eine Frau" erhielt. Sie traf auf Filmpartner Dieter Borsche, mit dem sie eines der Traumpaare des Kinos der 50er bilden sollte – es war der Durchbruch. 1955 verkörperte sie eine der großen Figuren „preußischer" Literatur und Kultur, die Effi Briest im Drama „Rosen im Herbst". Ihre Figur schlechthin war die der selbstbewussten Nonne, die 1956 in „Die Trapp-Familie" zur Erfolgsmutter und Managerin ihrer singenden Kinderschar reift. Eine folgenreiche Rolle: „Ich zog mir eine furchtbare Schminkvergiftung zu." Das weiße Gesicht der Nonne sorgte für Entzündungen und bescherte „mir den ersten durchschlagenden Auslandserfolg", so Leuwerik.



Ruth Leuwerik Bild: pa

1957 stach die preußische Karte erneut: Mit „Königin Luise" erreichte Leuwerik den Höhepunkt als Filmschönheit. Sie zögerte, die Rolle anzunehmen. An der Kasse blieb der große Erfolg aus. Der Kostümstreifen markierte einen Wendepunkt. Sie strebte danach, neue Facetten zu zeigen. Der Schrecken sowjetischer Gefangenenlager trat 1958 in „Taiga" hervor. Leuwerik hilft als Ärztin Hanna Dietrich, die Moral aufrecht zu erhalten. Die Grausamkeit der Lager klingt im Film zumindest an. Leuwerik gewann den Preis des Bundes der Heimatvertriebenen. 1959 mimte sie in „Die ideale Frau" eine Bürgermeisterin. Doch Neuauflagen klassischer Stücke prägten ihre Filmografie bis in die 1960er.

„Ich brenne nicht darauf, um jeden Preis zu spielen", sagte sie. Ab Mitte der 60er Jahre machte sie sich rar. 1976 war sie in der TV-Sendung „Dalli Dalli", 1979 als Konsulin in der Serie „Die Buddenbrooks" nach Thomas Mann zu sehen. Im freitags abends ausgestrahlten Krimi „Derrick" spielte sie zweimal mit. Neun Dokumentarfilme erzählen von ihrem Leben. Leuwerik erhielt mehrere Bambis, den Bundesfilmpreis, glänzte auf den Titelseiten der „Bravo" und anderer Illustrierten. Sie liebte Antiquitäten und Bücher. Ein „glückliches Privatleben" sei ihr wichtiger als „vergänglicher Ruhm", sagte die „Aristokratin" des deutschen Nachkriegsfilms. Am 12. Januar 2016 ist sie in München gestorben. *Sverre Gutschmidt*

Ihn gab's nur einmal

Der Filmkomponist Werner Richard Heymann kam aus Königsberg

Der große deutsche Film- und Schlagerkomponist der 20er und frühen 30er Jahre Werner Richard Heymann wurde am 14. Februar 1896 in Königsberg geboren. Der Komponist des Liedes „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder" war der jüngere Bruder des Dichters Walter Heymann. Für viele Ufa-Filme machte er die Musik. Für Max Reinhardt und den jungen Tonfilm schrieb er in den 20er Jahren zahlreiche Titel, die nicht nur den Älteren noch bekannt sind und in den Ohren klingen, sondern die auch heute noch in Oldie-Sendungen des Hörfunks und des Fernsehens zu hören sind. Er emigrierte 1933 nach Hollywood und kehrte nach dem Krieg nach Europa zurück.

Heymann sagte selbst von sich: „Geboren in Königsberg, saß schon mit drei Jahren am Klavier." Der Junge spielte alles nach, was er hörte, und komponierte schon mit fünf Jahren. Mit sechs Jahren bekam er Geigenunterricht, wurde mit zwölf Jahren Mitglied des Königsberger Orchestervereins „Philharmonie". Mit 16 Jahren schrieb er sein erstes Orchesterstück und absolvierte, wie er einmal sagte, „nebenbei das Gymnasium". Von 1918 bis 1919 gab ihm der Königsberger Musikkritiker Erwin Kroll musikalische Unterweisung. Die Mutter stellte den begabten Jungen der Gesellschaft als geigendes Wunderkind vor.

Kroll berichtete einmal, dass sich der Junge zu einem selbstbewussten Burschen entwickelt habe. Denn als um 1911 herum einmal Richard Strauß in Königsberg ein Sinfoniekonzert dirigiert habe, sei Paul Scheinpflug, der seit 1909 in der Stadt am Pregel wirkte, in der Pause ins Künstlerzimmer gegangen, um den Meister zu begrüßen. Als er zurückgekommen sei, habe vor dem Orchesterpodium Heymann gestanden und ihn gefragt, ob er nicht Strauß vorgestellt werden könnte. Scheinpflug soll ihm damals geantwortet haben:



Bild: Archiv

Werner Richard Heymann

„Nein, mein Junge, da musst du noch fünf Jahre warten." Daraufhin habe Heymann geantwortet: „Dann brauche ich Strauß nicht mehr."

Die Legende sagt, dass Heymann zur Tonfilmmusik gekommen sein soll, als einmal Paul Abraham Unlust zeigte, einen musikalischen Auftrag zu übernehmen. Wie dem auch sei, er komponierte die Musik zu den heute noch geschätzten und bekannten Ufa-Tonfilmen „Die Drei von der Tankstelle" und „Der Kongress tanzt", um nur zwei von vielen zu nennen. Zu diesen Filmmusiken und Schlagern gehören die zeitlosen Schlager „Liebling, mein Herz lässt dich grüßen", „Das ist die Liebe der Matrosen", der Tango „Eine Nacht in Monte Carlo", der Walzer „Das muss ein Stück vom Himmel sein", der Marschfox „Ein Freund, ein guter Freund", der Hans-Albers-Titel „Hoppla, jetzt komm ich" und das hübsche Lied „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder", das Willi Fritsch und Lilian Harvey sangen, das damalige Voirzeige-Liebespaar des deutschen Films.

In Hollywood wurde der Komponist ebenfalls sehr geschätzt. Es war die Zeit der großen Revuetheater und der Ausstattungsfilme. Hier schuf er die Musik zu „Ninotschka" und zu „Rendezvous nach Ladenschluss". Von ihm stammt auch die Musik zu dem Lustspiel „Kiki von Montmartre". In seinem letzten Domizil München-Schwabing vollendete er noch ein Musical, „Eine Nacht in Monte Carlo", in Anlehnung an seine frühere Filmkomödie „Bomben auf Monte Carlo". So gehörte der am 30. Mai 1961 gestorbene Königsberger Werner Richard Heymann zu den Großen der Film- und Unterhaltungsmusik, der eine ganze Epoche mitbestimmte. Er hatte Kroll einmal gestanden: „Ich liebe meine Frau, mein Kind, die Welt, Tiere, Landschaften, Essen, Trinken, Rauchen, Autofahren, Kochen, Bücher und Freiheit. Ich hasse Diktatur, Gottlosigkeit, Notenschreiben, Wolle am Körper und Steinchen im Schuh." *E.B.*

Berechtigte Kritik

Zu: Mannke wirft hin (Nr. 18)

Es sind noch keine zwei Monate vergangen, da wurde der damalige Vorsitzende des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt, Jürgen Mannke, öffentlich gemaßregelt und mit einer vermeintlichen „Welle der Empörung“ überschüttet, weil er sich kritisch zu Aspekten der aktuellen Flüchtlingsbewegung geäußert hatte.

Mannke tat dies in einem internen Verbandsschreiben. Seine Äußerungen wurden erst durch die sich dann Empörenden an die Öffentlichkeit gebracht. Später musste eingeräumt werden, dass sich von den 3000 Zuschriften gerade einmal zehn Prozent kritisch gegenüber Mannke geäußert hatten – aber, na klar, die breite Mehrheit der zustimmenden Äußerungen stammten maßgeblich von Rechtsradikalen und Rassisten. So einfach ist die Welt, so schön die Aufteilung in Gut und Böse.

Die lauthals ausgerufene „Welle der Empörung“ war bei genauerer Betrachtung ein flacher Tümpel aus Teilen der Medien, Politiker, Kirchen und einer eher kleinen Minderheit der Bevölkerung. Nichtsdestotrotz, das selbsternannte Gute empört sich und beansprucht zugleich die Legitimation, über die Person zu richten, den Kritisierten als Mensch herabzuwürdigen und moralisch abzukanzeln.

So geschah es angeführt durch die „Mitteldeutsche Zeitung“ in deren Berichterstattung, im Kommentar, einem abgedruckten „Offenen Brief ehemaliger Schüler“ und veröffentlichten Leserbriefen. Das Kultusministerium bat zum Rapport und verordnete Schulungen. Der in jenen Wochen gezeigte Umgang mit unliebsamen, „unkorrekten“ Stimmen lässt einem demokratisch denkenden Men-

Der rechtschaffende Schulleiter hatte recht

schen ein Schaudern den Rücken herunterlaufen und weckt Erinnerungen an Methoden aus dunklen Phasen deutscher Geschichte.

Mögen die für interne Zwecke vorgenommenen Formulierungen auch zu undifferenziert ausgefallen sein: Mannke hat Recht behalten. Die Ereignisse an Silvester in Köln, Hamburg, Stuttgart und weiteren Städten bestätigen die Sorgen, Mahnungen und Warnungen Mannkes in – leider – unfassbar massiver, brutaler Art. Selbst Justizminister Heiko Maas muss eine neue Dimension von Kriminalität einräumen. Und selbst wenn die Täter nicht aus dem Kreis der Flüchtlinge der letzten Monate stammen sollten, so spricht alles dafür, dass sie exakt aus demselben kulturellen und religiösen Milieu stammen, das Mannke thematisiert hatte.

Mannke ist ein rechtschaffender, untadeliger Mitbürger und mehr noch, er ist ein langjährig verdienter Pädagoge und überdurchschnittlich engagierter und erfolgreicher Schulleiter. Er ist einer der Leistungsträgerinnen und -träger unserer Gesellschaft. Ihn, wie geschehen, herabzuwürdigen und seine Person öffentlich zu diskreditieren, ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig, selbst wenn er unrecht gehabt hätte. Die Realität hat darüber hinaus seine Befürchtungen als begründet bestätigt. Daher: Es ist an der Zeit, sich gegenüber Mannke zu entschuldigen!

Christoph Jung, Weißenfels

Unleserliche und überschätzte »Bibel«

Zu: Braune Etiketten (Nr. 50)

Ich habe zweimal den Versuch unternommen, Hitlers „Mein Kampf“ zu lesen und bin zweimal daran gescheitert. Als historisch Interessierter bin ich das Lesen schwieriger Texte durchaus gewohnt. Aber „Mein Kampf“ ist schlicht unlesbar!

Das Buch war zwar so etwas wie die „Bibel“ des Nationalsozialismus: Alle haben es besessen, aber gelesen haben dürften es wohl nur die Wenigsten. Der kommentierten Neuauflage, die in diesen Tagen erschienen ist, wird sicher ein ähnliches Schicksal beschieden sein. Warum also haben viele in Politik und Medien vor diesem Buch eine derartige Angst, dass man es nur mit einem im Vergleich zu dem Buch selbst geradezu gigantischen Kommentarteil in den Handel zu bringen wagt?

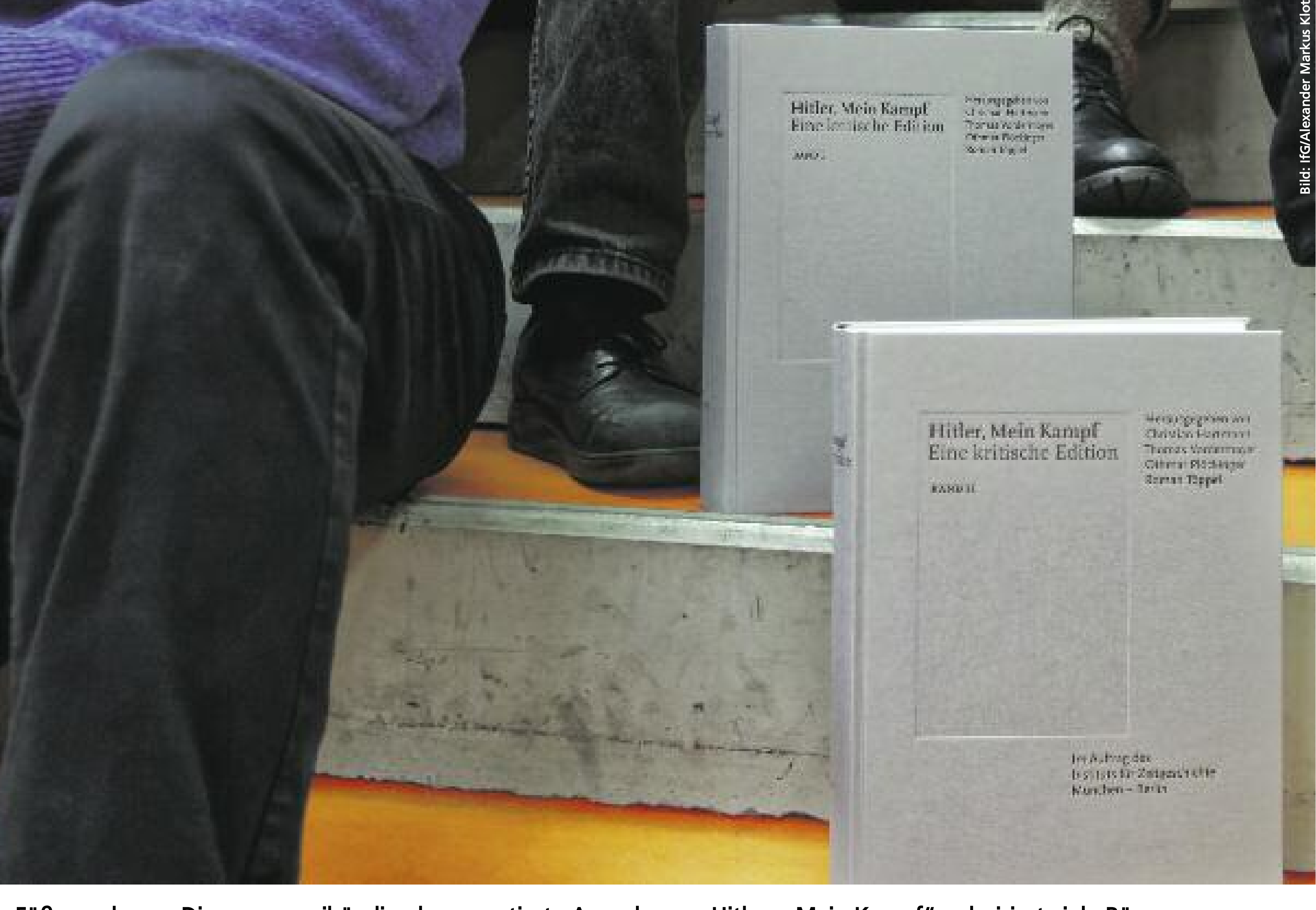
Glaubt man wirklich, dass der Leser nach der Lektüre ein anderes Hitler-Bild bekommt als das offiziell Verbreitete? Im Übrigen hat der bedeutendste Hitler-Biograf, Werner Maser, schon 1966 Auszüge aus „Mein Kampf“ in einer kommentierten Ausgabe herausgegeben, die im vergangenen Jahr neu aufgelegt wurde.

Interessant ist auch, dass Hitler selbst zu seinem eigenen Buch zunehmend auf Distanz gegangen ist. So hat er 1934 eine französische Ausgabe gerichtlich verbieten lassen, weil seine in dieser ungekürzten Fassung zum Ausdruck gebrachten Ansichten über Frankreich sich nicht mehr mit seiner Politik vereinbaren ließen. 1938 hat er sogar geäußert, wenn er damals (1925) bereits gewusst hätte, dass er einmal Reichskanzler werden würde, so hätte er das Buch nie geschrieben.

Was die rechtliche Seite betrifft, so war „Mein Kampf“ nie verboten. Die bayerische Staatsregierung als Inhaberin der Urheberrechte hätte das Buch jederzeit neu herausgeben und einem Verlag eine entsprechende Lizenz erteilen können. Hinzu kommt, dass „Mein Kampf“ komplett aus dem Internet heruntergeladen werden kann.

Ich selbst werde mir die neue Ausgabe nicht zulegen. Für Adolf Hitler wie für jeden Politiker gilt, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Rolf Bürgel, Darmstadt



Zu Füßen gelegen: Die neue zweibändige kommentierte Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ polarisiert viele Bürger

Bestie Mensch

Zu: Schurkentier und Öko-Ikone (Nr. 49)

Den Begriff „Schurkentier“ sucht man in deutschen Wörterbüchern vergeblich. Der Ausdruck bezeichnet einen „gemeinen, niederträchtigen Menschen“. Es geht also um Eigenschaften, die sich ausschließlich auf Menschen beziehen und deren Charakter beschreiben.

Tieren, auch solche, die als Raubtiere bezeichnet werden, sind weder Arglist noch Niederträchtigkeit eigen. Sie werden von Instinkten geleitet, die sie sich evolutionär über Jahrhunderte und Jahrtausende erworben haben und die sie zum Überleben befähigen. Ein solcher Blick auf die Dinge ist seit vielen Jahren wissenschaftlicher Konsens.

Dass die dem Wolf angedichteten hinterhältigen Verhaltensweisen dennoch bei einigen Zeitgenossen verfangen, dürfte auf Unkenntnis zurückzuführen sein. Kein Wunder, denn Begegnungen mit dieser Art dürfte kaum jemand in Deutschland haben, da der letzte Wolf vor mehr als 100 Jahren abgeschossen wurde und eine Wiederbesiedlung erst seit wenigen Jahren stattfindet. Fakt ist, dass der Mensch nicht zum Beuteschema des Wolfes gehört, weshalb dort, wo es Wölfe gibt, Angriffe auf Menschen höchstselten zu verzeichnen waren, im Gegensatz zu solchen von freilaufenden verwilderten Hunden.

Das abgebildete Foto soll die Blutrünstigkeit der Bestie Wolf dokumentieren und Angst und Schrecken verbreiten. Tatsächlich ist diese Gebärde der Tiere nur bei Rang- und Revierstreitigkeiten zu beobachten, dies vor allem bei in Gehegen gehaltenen Tieren. Freilaufende Wölfe bewegen sich im Familienverband (Rudel), wo ein solches Verhalten nicht zu beobachten ist.

Rolf Baum, Hinte

»Stoische Faktenresistenz« trifft auf Neuankömmlinge

Zu: Bürger außen vor gelassen (Nr. 53)

Ich registriere immer wieder mit Erstaunen, welch beispiellose Nonchalance eine vernunftbegabte Kulturnation an den Tag legt, wenn es darum geht, eine Vielzahl unterschiedlichster Menschengruppen unter dem Begriff „Flüchtling“ zu subsumieren. Das ergibt die Notwendigkeit zu umfänglichen Korrekturen.

Die offenkundig gewollte Mischung so unterschiedlicher Begriffe wie „Flüchtling“, „Migrant“, „Asylbewerber“, „Verfolgter“ oder „Zuwanderer“ dient nur jenem Ziel, das der Soziologe Helmut Schelsky einmal so prägnant auf diese Formel gebracht hat: „Wer die Sprache beherrscht, beherrscht auch die Menschen.“

Ein Flüchtling kommt schließlich auf für ihn sicheres Terrain, wenn sein Heimatland nicht mehr in der Lage ist, für dessen Gesundheit und Leben zu sorgen. Demjenigen, der um Asyl ersucht, darf sich auf den Artikel 16a des Grundgesetzes berufen, der unzweideutig feststellt, dass diesem Schutz die nachgewiesene politische Verfolgung vorauszugehen hat. Migranten hingegen verlassen ihr Land aus eigenem Antrieb – zumeist in der Hoffnung auf einen höheren Lebensstandard im Zielland.

Der Wunsch nach einem besseren Leben im wohlhabenden Deutschland ist selbstverständlich voll und ganz nachvollziehbar, jedoch in der Mehrzahl der

Wer nicht verfolgt ist, ist kein Flüchtling

Fälle ohne jegliche rechtliche Grundlage. Deswegen sagen solche Zuwanderer wahlweise „Asyl“ oder „Flucht“ und meinen letztlich staatliche Unterstützung! Schutzsuchende aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten aufzunehmen ist eine humanitäre Herausforderung ersten Ranges, der sich die Bundesrepublik Deutschland meinem Kenntnisstand nach zu keiner Zeit verweigert hatte. Klar ist aber auch, dass weder die Genfer Konvention noch andere internationale Vertragswerke die Staaten verpflichten können, Wirtschaftsflüchtlinge aufzunehmen. In der nötigen Deutlichkeit ausgedrückt: Wer in seiner Heimat weder politisch verfolgt wird noch kriegerischen Auseinandersetzungen ausgesetzt ist, ist auch kein Flüchtling!

Den Zuschauern, die sich den Konsum der Nachrichtenjournale, die inzwischen mehr den Charakter einer Dauerwerbesendung angenommen haben, noch antun, wird unablässig eingebläut, dass die gegenwärtige Migrationswelle einer schicksalhaften und damit unabwendbaren Naturkatastrophe gleicht, die über unseren Kontinent hereinbricht. Dabei wird wohlweislich unterschlagen, dass unfähige afrikanische und arabische Regierungen seit Jahrzehnten ihre Völker in ein immenses wirtschaftliches und soziales Desaster geführt haben, ungeachtet aller dort sehr wohl für eine gedeihliche Entwicklung vorhandenen Ressourcen.

Außerdem wird unterschlagen, dass unglaubliche Summen an Entwicklungshilfegeldern in der Regel fast gänzlich auf den Privatkonten des korrupten Establishments verschwunden sind. Ferner wird verschwiegen, dass viele Konflikte ohne das Eingreifen ausländischer Mächte niemals in der nun vorhandenen Grausamkeit eskaliert wären, wie das Chaos im Irak, Libyen oder Syrien stellvertretend für viele weitere

Migrationswelle keine Naturkatastrophe

Konfliktherde veranschaulicht. Und zu guter Letzt wird außer Acht gelassen, dass einschlägige Studien den vormals kolonisierten Ländern ein höheres Entwicklungsniveau bescheinigen, als es in der unmittelbaren Gegenwart vorzufinden ist.

Stoische Faktenresistenz beweisen wieder einmal all diejenigen, die es vorziehen, den ehemaligen Kolonialmächten ein schlechtes Gewissen einzureden und sich damit einer bequemen Ausflucht für jeden pragmatischen Lösungsansatz bedienen.

Als infam, egoistisch und politisch extrem kursichtig ist die für allzeitige Verwendbarkeit gefügig gemachte Leier von den „Fachkräften“, die unserem Arbeitsmarkt in kürzester Zeit zur Verfügung stehen sollen. Abgesehen davon, dass der Terminus „Fachkraft“ nur auf den geringsten Teil der Neuankömmlinge zutrifft, ist zu fragen, ob ihnen – und somit den Heimatstaaten – nicht mehr geholfen ist, wenn deren Knowhow in der Heimat zur Anhebung des Lebensstandards nutzbar gemacht wird. Diese geburtenstarken Nationen brauchen vor allem mit Hinblick auf die künftige Entwicklung zuvörderst ein gut ausgebildetes Personal, um gegenüber der wirtschaftsstarken Konkurrenz der etablierten Industrienationen und Schwellenländer nicht noch weiter zurückzufallen. So viel muss aus der Geschichte gelernt werden!

Matthias Kaiser, Hausach

Grenzenlose Freiheit für Terroristen

Zu: Pariser Attentäter kamen über die Balkanroute (Nr. 51/52)

In Ihrem Artikel schreiben Sie: „Jetzt wurde bekannt, dass dem ‚Islamischen Staat‘ bei seinen Eroberungszügen in Syrien und dem Irak ... Blankopässe in die Hände gefallen sind.“ Jetzt? Aber nein, das konnte man doch schon vor Monaten im Internet auf politisch nicht korrekten Seiten lesen. Offensichtlich sind auch die Nummern der vom IS eroberten Blankopässe bekannt, sodass es eigentlich recht einfach wäre, die Inhaber dieser gefälschten Pässe schon an der deutschen Grenze herauszufischen. Wenn man denn nur wollte.

Unser Innenminister Thomas de Maizière hat im Sommer zwar dem verehrten Publikum verkündet, die Immigranten würden wieder kontrolliert, seinen Bundespolizisten jedoch die Anweisung gegeben, weiterhin alle ohne Kontrolle durchzulassen. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer erklärte nach der Tagung der CSU in Wildbad Kreuth – also nach den „Kulturbereicherungen“ an Silvester in Köln und anderen deutschen Städten –, er habe diesem Innenminister angeboten, an den Grenzübergängen zu Österreich, die von der Bundespolizei mangels Personal nicht bewacht würden, bayerische Polizisten einzusetzen, aber die Regierung in Berlin habe dies abgelehnt. Das heißt doch, dieser Regierung ist es nach wie vor vollkommen egal, welche und wie viele Terroristen und andere Verbrecher nach Deutschland kommen.

Dr. Werner Kurz, Tullau

Wo waren in Köln die Begleiter?

Zu: Die Zeit läuft ab (Nr. 2)

Mit Bestürzung habe ich die Vorfälle in der Silvesternacht von Köln und Hamburg vernommen. Wenn Kanzlerin Merkel die Ausländer willkommen heißt, so ist das wohl nicht so gemeint wie in der Silvesternacht.

Über 600 Anzeigen wurden gestellt von Frauen, die sich sexuell belästigt gefühlt haben. Diese Frauen waren doch nicht alle alleine dort. Wo waren ihre Begleiter, ihre Männer? Haben sie es zugelassen, dass ihre Frauen betatscht und bestohlen wurden? Haben sich diese Männer nicht gewehrt? Waren die Begleiter der Frauen alles Feiglinge? Sind wir schon so weit, dass wir alles mit uns machen lassen, ohne uns zu wehren?

Gerhard Minuth, Frankfurt am Main

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 22. Januar 2016

MELDUNGEN

Goldaper See wird gereinigt

Goldap – Weil das Wasser des Goldaper Sees sich akut in einem ökologisch schlechten Zustand befindet, hat die Stadt Goldap den Beschluss gefasst, den See in diesem Jahr reinigen zu lassen. In einer Kurstadt wie Goldap sei die Rekultivierung unerlässlich. Die Stadtverwaltung will Reinigung mit Hilfe von Bentonit-Ton erreichen. Notwendig werden zwei Runden solch einer Maßnahme, deren Kosten sich auf umgerechnet knapp 900 000 Euro belaufen werden. Bis Ende März müssen die Kommunalbeamten eine Dokumentation der beabsichtigten Maßnahme anfertigen. Diese ist unerlässlich, um eine Mitfinanzierung der EU zu erreichen. Die Stadtverwaltung hat bereits das Einvernehmen für eine solche Maßnahme von den Behörden des Königsberger Gebiets erhalten. Durch den See verläuft nämlich die polnisch-russische Grenze. *PAZ*

Wölfe in Südostpreußen

Allenstein – Die staatlichen Förster aus Allenstein und Bialystok haben die Wölfe und Luchse gezählt, die in letzter Zeit in den Wäldern des südlichen Ostpreußen vorkommen. Demnach leben in der Woiwodschaft etwa 114 Wölfe in 24 Rudeln sowie sieben Luchse. Die Untersuchungen wurden in 23 Oberförstereien aus dem Gebiet der Regionaldirektion für staatliche Forsten in Allenstein und Bialystok durchgeführt. Im Rahmen dieser Zählungen wurden auch 71 wildernde Hunde in den Wäldern beobachtet. Die Förster entdeckten die Spuren der großen Raubtiere in der Johannisburger Heide, in den Wäldern zwischen Neidenburg und Ortelsburg sowie im Borker Forst und in den benachbarten Gebieten (insgesamt etwa 500 000 Hektar). An der Aktion nahmen 350 Mitarbeiter der staatlichen Forsten teil. Auch Schüler der Forstschule in Rudczanny sowie Studenten der Ermländisch-Masurischen Universität hatten sich an der Aktion beteiligt. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Umgehungsstraße von Elbing [Elbląg], Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Bunte Lichter gegen Kummer

Trotz angespannter Lage und Hyerinflation erstrahlten Städte im Königsberger Gebiet in hellem Licht

Im Königsberger Gebiet wurde das neue Jahr würdig gefeiert. So wollte es Gouverneur Nikolaj Zukanow. Städte erstrahlten trotz angespannter Haushaltslage in hellem Licht, während die Menschen das neue Jahr mit gemischten Gefühlen erwarteten. Königsberg erlebte einen Touristenboom wie zuletzt im Sommer.



Klotzen statt kleckern: Viele Königsberger Straßen wurden üppiger geschmückt als sonst Bild: J.T.

Die Weihnachtsferien dauern in Russland traditionell zehn Tage, an diesem Jahreswechsel vom 31. Dezember bis zum 11. Januar. In Königsberg begannen die Feiern früh mit Jazz-Veranstaltungen und einem Nikolausumzug. Ein Jazzorchester in roten Roben und Kappen erfreute die Anwesenden mit kleinen musikalischen Darbietungen am Brunnen gegenüber dem Dramentheater, dann marschierte eine Gruppe verkleideter Nikoläuse zum Zoo. .

Während im Westen alle Läden wegen Weihnachten geschlossen hatten, ging zu gleichen Zeit in Königsberg das Weihnachtsgeschäft erst richtig los.

Dieses Mal begann die Neujahrsfeier, begleitet vom Lärm der Raketen, früher als gewöhnlich. Dabei ist die Kontrolle über den Verkauf von Pyrotechnik seit einigen Jahren in Russland sehr streng. In Königsberg hat sich im Dezember eine Tragödie ereignet, der mehrere Menschen zum Opfer fielen. Im Supermarkt „City" war es zu einem Brand von Pyrotechnik gekommen. Daraufhin gab es Kontrollen in sämtlichen anderen Geschäften.

Nach der jüngsten Tradition fand die große Feier auf dem Hansaplatz erst in der Nacht des 1. Januar statt. Bürgermeister Alexander Jaroschuk begründete dieses mit der Terrorgefahr. Er erklärte, selbst nicht mehr zu Großveranstaltungen zu gehen, weil er dort keine Einheimischen mehr sehe, sondern überwiegend Zugereiste. Damit spielte er auf die Flut der Immigranten aus Mittelasien an, die in letzter Zeit Hauptzuschauer bei den nächtlichen Neujahrsprogrammen auf dem Hansaplatz waren.

Die größte Besonderheit an diesem Silvester war der immense Touristenansturm im Königsberger Gebiet. So viele Gäste hatte das nördliche Ostpreußen um diese Jahreszeit noch nie. Ihre Zahl kann mit der im Juli oder August verglichen werden. Davon profitierten nicht zuletzt die Geschäfte und Museen. Der Chef der Liberaldemokratischen Partei Russlands, Wladimir Schirinowski, hatte seine Landsleute vor den Feiertagen dazu aufgerufen, in Russland Urlaub zu machen und dabei Königsberg besonders hervorgehoben. Dabei sagte er „Kaliningrad – das ist das ehemalige Deutschland".

Ein optimistisches Gefühl erzeugen

In diesem Jahr war man besonders bemüht darum, eine festliche Atmosphäre im Gebiet zu schaffen. Trotz der angespannten Haushaltslage der Gemeinden, die gerne an der Beleuchtung gespart hätten, waren die Städte noch bunter illuminiert als sonst. Dafür hatte Gouverneur Nikolaj Zukanow zusätzlich umgerechnet 58 000 Euro aus dem Reservefonds zur Verfügung gestellt, damit das neue Jahr würdig begrüßt werden könne. Der Gouverneur meinte, in schwierigen Zeiten sei es besonders wichtig, den Menschen ein optimistisches Gefühl zu vermitteln. Er rief sogar einen Wettbewerb für die beste Beleuchtung der Stadt aus.

So kam es, dass alle Hauptstraßen in Königsberg mit neuem Schwung illuminiert waren und selbst dort, wo früher dunkle Ecken waren, bunte Farben und Girlanden die Straßen zierten. Laut Vertretern der Tourismusbranche hat es im Königsberger Gebiet noch nie zu Silvester solch eine hohe Zahl von Touristen aus dem Ausland gegeben. Wenn die Russen das Gebiet als Alternative zu südlichen Urlaubszielen betrachtet hatten, so fanden ausländische Touristen die Region eher wegen der für sie günstigen russischen Preise attraktiv. Doch das, was Ausländern als günstig erscheint, wird für die Russen im Königsberger Gebiet immer unerreichbarer. Der ständige Rubelverfall und das hohe Tempo der Inflation zwingen die Menschen immer mehr zum Sparen.

Mit dem neuen Jahr wurden bereits Preiserhöhungen angekündigt für Strom, Gas und Hausnebenkosten. Es verteuern sich ebenso Straßenbahnfahrten ins Umland und viele andere alltägliche Dienstleistungen. Konnte man in den beiden vergangenen Jahren die Inflation noch mit attraktiven Bankanlagen, für die es 17 bis 18 Prozent Zinsen gab, kompensieren, so bekommt man jetzt nur noch zehn Prozent Zinsen, was deutlich niedriger ist als das Niveau der offiziellen Inflation, die derzeit bei 17 Prozent liegt.

Der Staat sucht nach neuen Möglichkeiten, um die Löcher im Haushalt zu stopfen, doch ohne einen höheren Ölpreis wird sich die russische Wirtschaft nicht erholen können. Die Hauptleidtragenden sind die Rentner. Offiziell ist rund ein Drittel der Rentner gezwungen, dazu zu verdienen oder sogar eine vollwertige Arbeit aufzunehmen. Die durchschnittliche Rente liegt nur zwischen 100 und 150 Euro, zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Die Zahl der Bedürftigen wird auch im neuen Jahr weiter steigen. Darüber kann auch die schönste Straßenbeleuchtung des Gouverneurs nicht hinweg täuschen. *J. Tschernyschew*

Originalkreuz oder nicht?

Wjatscheslaw Kent sucht Aufklärung über die Kirche von Neukirch

Der Museumsdirektor des Heinrichswalder Stadtmuseums, Wjatscheslaw Kent, hat das nebenstehend abgebildete geschmiedete Kreuz von einem Meter Höhe und acht Zentimeter Breite von einem Mann gekauft, der beteuert, dass es aus der Kirche von Neukirch [Timirjasewo] im Kreis Elchniederung stamme. Auf alten Fotos des Gotteshauses ist jedoch ein anderes Kreuz abgebildet. Der Verkäufer behauptet, dass dieses Kreuz von der Kirchturmspitze abgebrochen sei, zusammen mit einer kupfernen Kugel, die es dort gegeben habe. Die Kugel sei zerbrochen. Nach einem Brand der bis dahin zweckentfremdet als Lagerhalle genutzten Kirche im Jahre 1995 sei das Kreuz gerettet worden und habe seitdem in der Scheune eines Dorfbewohners gelegen.



Bild: Museum Heinrichswalde

Neuerwerb: Wjatscheslaw Kent mit dem angeblichen Kreuz aus Neukirch

Kent erwarb das Kreuz für sein Museum, reinigte es, befreite es vom Rost und möchte nun gerne Näheres über den Fund erfahren. Befand sich das Kreuz wirklich auf dem Kirchturm der Kirche von Neukirch? Der Direktor vermutet, dass es sich vielleicht um das Kreuz der ersten Kirche von 1635 handelt, die aus Holz gebaut worden war und die 1727 nach einem Blitzeinschlag abgebrannt war. Sie war der Vorläufer der Neukircher Feldsteinkirche.

Doch das ist nur seine Vermutung. Kent setzt seine Hoffnung auf die Leser der *PAZ*. Vielleicht erkennt jemand das Kreuz und kann etwas darüber berichten. Wer Angaben machen kann, melde sich bitte bei:

Preußische Allgemeine Zeitung, Manuela Rosenthal-Kappi, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-12, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de

Kirchenbrand

Feuer wütete in Braunsberger Gotteshaus

Anfang Januar wurde die Feuerwehr von Braunsberg zur Pfarrei St. Anton gerufen, weil im Dachstuhl der evangelischen Kirche ein Feuer ausgebrochen war. Bei ihrer Ankunft stellten die Feuerwehrmänner starke Rauchentwicklung aus den Türmen der Kirche fest. Die Flammen loderten bereits über das Dach hinaus. In der ersten Phase konzentrierten die Brandbekämpfer sich auf Löscharbeiten im Inneren der Kirche mit dem Wasser aus Hydraulikpumpen. Später eintreffende Feuerwehrfahrzeuge übernahmen die Brandbekämpfung von außen. Dennoch verbrannte die Dachkonstruktion teilweise. Wegen herabfallender Gegenstände war die Feuerwehr gezwungen, die Arbeiten im Inneren der Kirche einzustellen und das Gebäude zu verlassen. Es gelang den Männern aber, Gegenstände aus der brennenden Kirche zu retten.

Viele Freiwillige halfen der Feuerwehr

Dank des Engagements und des harten Arbeitseinsatzes der Rettungsmannschaft konnte verhindert werden, dass die Türme der Kirche einstürzten, und auch die historische Orgel wurde gerettet. Die Feuerwehr arbeitete am Brandort mit drei Hydraulikzylindern. Die frostigen Temperaturen erschwerten ihnen allerdings die Arbeit. Eingefrorene Düsen und Störungen der speziellen Fahrzeugsteuersysteme behinderten sie.

Das Löschwasser wurde aus dem nahe gelegenen Fluss Passarge gepumpt. Insgesamt nahmen an den stundenlang dauernden Löscharbeiten fast 100 Feuerwehrleute und 29 Feuerwehrfahrzeuge teil. Das Kirchengebäude wurde in der Nacht von der Feuerwehr und Polizisten gesichert. Auch Mitarbeiter der kommunalen Wasserversorgung, der Verwaltung der Nationalstraßen und kommunale Unternehmen, die sich in der Nähe der Kirche befinden, wollten helfen, den Brand zu bekämpfen. Die Braunsberger Bezirksbehörde sowie einige lokale Unternehmen organisierten heiße Getränke für die Helfer und die Feuerwehr. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wie in einem echten Familienverband tauchen auch bei uns immer wieder vertraute Namen auf, und zu ihnen zählen **Lydia** und **Horst Zander**, deren Schicksalsweg wir nun schon vier Jahre lang begleiten – seit nämlich die Eheleute den Endschluss gefasst hatten, nach Hinterpommern zu ziehen, um dort Lydias Elternhaus zu übernehmen, das schon in Grenznähe zum früheren Westpreußen liegt. Da auch Horst Zander in Hinterpommern geboren wurde und als Herausgeber der „Kösliner Nachrichten" immer eng mit der heute zur Republik Polen gehörenden Heimat verbunden blieb, bedeutete die Übersiedlung also für beide eine Heimkehr. Sie sollte endgültig sein. Und das scheint sich auch nach vier nicht leichten Aufbaujahren zu bestätigen, wie Horst Zander – lang gedienter Redakteur beim „Ostpreußenblatt" und deshalb vielen Leserinnen und Lesern noch als Gesprächs- und Briefpartner vertraut – uns in seinem Bericht zum Jahreswechsel bestätigt: „Obgleich als Stadtkind in Köslin aufgewachsen, habe ich immer das Landleben gesucht, das ich dann 40 Jahre lang in einem Nordheidedorf verwirklichen konnte. Aber hier in Schimmerwitz fühle ich mich so wohl wie früher nie. Die immer noch reine pommersche Landluft, der ungetrübte Duft unzähliger Blumen, selten gewordener Gräser und farbenprächtiger Bäume erfreuen mich nicht nur, sondern stärken auch meine Gesundheit. Dies ist gleichzeitig die Antwort auf eine oft gestellte Frage: Wir haben keinen Mut gebraucht zu „diesem großen Schritt". Lydia und ich hatten nur den festen Willen, das Angebot „Rückkehr in die unvergessene Heimat Hinterpommern" anzunehmen".

Diese Rückkehr konnten unsere Leser in den Jahresberichten verfolgen, und sie nahmen regen Anteil an den Schilderungen über die Neubesiedlung des heruntergekommenen Lindenhofes, die doch mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Und davon gab es auch im letzten Jahr eine ganze Menge. Vor allem für Lydia war das Jahr voll mühsamer Arbeit. Sie bestätigt es selber, schwächt dann aber gleich ab: „Es war auch viel Freude dabei, wenn ich sah, was alles getan wurde." So konnte sie auf einem Stück urbar gemachten Landes, das sie mit Erdbeeren bepflanzt hatte, große und herrlich schmeckende Früchte ernten. Die größte Freude machte ihr aber die Kartoffelernte. Lydia hatte auf dem neuen Fleckchen Erde Saatkartoffeln gepflanzt, die sie hegte und pflegte. Das kalte Frühjahr schien einen Strich durch die Rechnung zu machen, aber als die Ernte begann, kam sie aus dem Staunen nicht heraus: Sie hatte noch nie solch große Kartoffeln geerntet.

Völlig unverhofft wurde Lydia zur Imkerin. Das war schon immer einer ihrer heimlichen Wünsche, ihr Vater war ein erfahrener Imker gewesen. Nun hatte ein Bekannter unter den hohen alten Lindenbäumen drei Bienenkästen aufgestellt, um die Blüte zu nutzen. Als Lydia an einem ihrer frühen Morgengänge an einer ungewöhnlichen Stelle ein seltsames Summen hörte, entdeckte sie einen Bienenschwarm, der sich auf einer Fichte niedergelassen hatte. Sie verständigte sofort den Besitzer, der auch bald kam und zu Lydia sagte: „Du hast ihn gefunden, nun gehört er dir!" Sie war zuerst sprachlos. Doch dann nahm sie das unverhoffte Geschenk erfreut an.

Weniger erfreut waren die Zanders allerdings über den Wespenschwarm, der sich bei Lydias Ausmerzversuchen in das Wohnhaus verzogen und sich ausgerechnet im Korridor vor dem Arbeitszimmer von Horst niedergelassen hatte. Mit „sehr unangenehm" wird das von Horst noch recht milde kommentiert. Ist es auch im Hinblick auf den Hornissenschwarm, dessen eimergroßes Nest sie auf dem Heuboden entdeckten. Es blieb den Zanders nichts anderes übrig, als die Freiwillige Feuerwehr der Samtgemeinde zu rufen, die dann mit ihrem großen Einsatzwagen anrückte und die ungebetenen Gäste fachmännisch entfernte.

Lydias geliebte Hühnerschar im alten Obstgarten bekam etwas anders gearteten Zuwachs: zwei Original Pommersche Graugänse. Auch mit ihnen hält Lydia Gespräche – „Konrad Lorenz lässt grüßen", kommentiert Horst Zander die Liebe seiner Frau zu dem Geflügel, deren Pflege allerdings im Augenblick seine Aufgabe ist. Denn leider ging das letzte Jahr nicht so friedvoll zu Ende wie gehofft. Anfang Dezember verunglückte Lydia beim Absägen von Zweigen, die das Stromkabel zwischen Mast und Wohnhaus behinderten: Die Leiter rutschte weg, Horst konnte die Fallende nicht halten, und Lydia stürzte auf die harte Erde. Im Krankenhaus stellten die Ärzte den Bruch des zweiten Lendenwirbels fest. Nach Meinung der Ärzte war eine Operation nicht notwendig, sie liegt jetzt zu Hause und muss sich in Geduld fassen. Wir wünschen ihr baldige Genesung und ungetrübte Freude an ihrem gemeinsamen, so intensiv gelebten Leben auf dem Lindenhof, der sicher auch in diesem Jahr wieder Freunde aus der Bundesrepublik zu Besuch sieht. Wer bei dem Ehepaar Zander anruft, darf sich nicht beirren lassen, wenn es heißt: „Die Nummer ist unbekannt" oder „Der Teilnehmer ist nicht erreichbar." Alles falsch – sagt Horst Zander. Seine deutsche Mobiltelefon-Nummer gilt nach wie vor: 0049/160/97 924 837.

Vielleicht nehmen wir so regen Anteil an dieser endgültigen Rückkehr in die Heimat, weil es für die meisten unter uns Vertriebenen höchstens zu einer „Heimkehr auf Zeit", also zu einem befristeten Besuch langt – wenn überhaupt. Und wieder zurück in der gewohnten Umgebung fängt man dann an, die auf der Reise gemachten Fotos zu betrachten und einzuordnen. Dabei gibt es dann einige Aufnahmen, die zum Nachdenken anregen – so ergeht es jedenfalls unserem Landsmann **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt. Er gehört zu den oben erwähnten, unseren Lesern längst „vertrauten" Namen, denn der Ostpreuße mit Leib und Seele pflegt auf seinen vielen Heimatreisen immer Relikte aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung aufzuspüren, die er für einen Bericht in unserer Familienkolumne geeignet hält. So übersandte er uns nun zwei Aufnahmen von Gedenksteinen, die er im samländischen Germau machte. Die Stelen befinden sich am Eingang zum deutschen Soldatenfriedhof und müssen wohl von deutschen Angehörigen gesetzt worden sein. Den Stein für den gefallenen Hauptmann betrachtet Herr Dauskardt als Phänomen – ob der Inschrift. Sie lautet nämlich: „Hauptmann **Peter Hayn**, *16.12.1916 / gefallen in der Luftschlacht am 11.1.1944 / Für Deutschland". Herr Dauskardt schreibt dazu: „Niemand scheint sich im jetzigen Oblast Kaliningrad von Seiten der Russen daran zu stören, dass ein Angehöriger der Wehrmacht ‚für Deutschland' gefallen ist – und das für jedermann sichtbar. In ganz Deutschland wäre das heute unmöglich, eine solche Inschrift auf einem Gedenkstein anzubringen, er wäre in kurzer Zeit besudelt." Bernd Dauskardt ist wie immer bei seinen Entdeckungen den Spuren nachgegangen, aber das Schicksal des Hauptmanns Hayn hat er bisher nicht erforschen können. Seine anfängliche Annahme, dieser sei Jagdflieger gewesen, hat sich nicht bestätigt, der Name ist in dem betreffenden Archiv nicht aufgeführt. Er vermutet nun, dass der Hauptmann einem Schlachtkampfflieger-Geschwader angehörte, das im Januar 1944 an einem Luftkampf zwischen deutschen und russischen Fliegern beteiligt war. In dieser Hinsicht, will er noch einmal das Militärarchiv in Freiburg i.Br. bemühen. Dort sind alle Personalien der Offiziere der deutschen Wehrmacht festgehalten.



Bilder (2): Dauskardt



Am Eingang zum deutschen Soldatenfriedhof im samländischen Germau: Gedenkstein für Peter Hayn und Hans-Dieter von Basse

Bei dem anderen Stein ist der unermüdliche Nachforscher fündig geworden. Das Todesdatum des Hans-Dieter von Basse – 16. April 1945 – besagt, dass der Gefallene eines der letzten Kriegsopfer beim Kampf um Ostpreußen war. Auch er gehört dem am meisten dezimierten Geburtsjahrgang 1916 an. Der Major **Hans-Dieter von Basse** entstammte einem westfälischen Geschlecht und fiel als einer der letzten Ritterkreuzträger am 16. April 1945 bei Rothenen. Von diesen verzweifelten Kämpfen des Majors mit einem letzten Aufgebot von 40 Mann, darunter auch Verwundeten, berichtet **Ulrich Saft** in seinem Buch „Der Krieg im Osten", das Herr Dauskardt als Informationsquelle angibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf den Brief von Herrn **Karl-Heinz Gast** aus Geilenkirchen zurückkommen, den wir in Folge 1/16 behandelten, aber nicht ausführlich genug, denn er enthält weit mehr als die bereits veröffentlichten Themen. So berichtet Herr Gast von einem Zufallsfund, den er bei einem „Alttrödelhändler" entdeckte. Es handelt sich um den letzten Teil eines Frontberichtes über die Endkämpfe um Königsberg, verfasst von **Ludwig Ranzinger** aus Kößlar/Bay. Es sollte ein Buchmanuskript werden, der fehlende Berichtsteil wurde dem heutigen Besitzer leider entwendet. Ein höchst authentischer Bericht, von einem Wehrmachtsangehörigen in Tagebuchform geschrieben. „Es läuft einem kalt über den Rücken, wenn man die Aufzeichnungen des damaligen Kompanieführers über die Verbrechen der Eroberer an der Zivilbevölkerung liest", schreibt Karl-Heinz Gast. „Es freut mich aber, einen kleinen Teil des Frontberichtes mit einer großen Aussagekraft für Ostpreußen, vor allem für Königsberg, gerettet zu haben. Ich werde alles daran setzen, das gesamte Manuskript aufzutreiben. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, obwohl Ludwig Ranzinger nicht mehr lebt." Herr Gast übersandte uns eine Kopie der vorhandenen Seiten des Manuskriptes, die vor allem die Vorgänge um den von Adolf Hitler zum Tode verurteilten General Otto Lasch betreffen und ein hervorragendes Insiderwissen des Autoren erkennen lassen. Handgeschriebene Randbemerkungen lassen vermuten, dass es sich um einige Seiten aus dem Korrekturabzug des Buchmanuskriptes handelt. Hierüber werden wir von Herrn Gast mit Sicherheit noch mehr hören. (Karl-Heinz Gast, Maarstraße 29 in 52511 Geilenkirchen, Telefon 02462/6670.)

Einer, der als Kind den Zusammenbruch der Heimat vor nunmehr 71 Jahren erleben musste, war **Hans-Georg Balzer** aus Groß Köris, und seine Erinnerungen an das erste Weihnachtsfest unter sowjetischer Besatzung, die wir in Folge 51/52 veröffentlichten, hat so manchen Leser berührt. Für ihn selber war es das schönste Geschenk, wie er nun schreibt, und die Freude darüber „hat das nun schon alte Herzche eines Königsbergers erwärmt". Für ihn, der erst spät dazu kam, über seine Heimat zu schreiben, ist eine Wiedergabe seiner Erinnerungen eine besondere Freude. Denn nach der Ausweisung 1947/48 – „für uns gab es kein Willkomm und keine staatliche Unterstützung" – war der Anfang in der Ostzone auch nicht leicht. Vor dem späteren Antritt in seinem Lehrerberuf musste Herr Balzer unterschreiben, nicht über seine Erlebnisse in Ostpreußen zu sprechen! Erst nach dem Mauerfall konnte er Kontakt zu ehemaligen Schulkameraden aufnehmen und das unter der Russenherrschaft Erlebte an Interessierte weitergeben. So hofft er, auch mit seiner Weihnachtsgeschichte einen kleinen Beitrag gegen das Vergessen geleistet zu haben. Und das können wir ihm bestätigen.

Eure

Ruth Geede





Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit dem Start dreier Vorzeigeprojekte ging es los

Seit vergangenem Wochenende feiert sich das schlesische Breslau als Europäische Kulturhauptstadt

Vergangenes Wochenende war es nun endlich soweit. Mit dem Start von drei Vorzeigeprojekten hat Breslau das Jahr als Kulturhauptstadt Europas eröffnet – zugleich gab es auch den Auftakt manch kleinerer Beiträge.

Im Architekturmuseum wurde in Anwesenheit des umtriebigen Stadtpräsidenten Rafał Dutkiewicz, dem die Odermetropole vornehmlich diesen Status zu verdanken hat, die Eröffnung des Ausstellungszyklus „Made in Europe" gefeiert. Einen besonderen Stellenwert hat dabei der deutsche Architekt Ludwig Mies van der Rohe, ein Wegbereiter der Moderne. Über dessen Wirken in Spanien gibt es letztlich auch eine enge Verbindung zur zweiten europäischen Kulturhauptstadt San Sebastian. Die Mies-van-der-Rohe-Stiftung vergibt den Mies-van-der-Rohe-Award, mit dem bahnbrechende Bauten prämiert werden. 150 in den letzten 25 Jahren ausgezeichnete Projekte stehen nun in Breslau im Fokus der Öffentlichkeit. Breslau schärft damit in besonderer Weise sein Profil, eine Stadt mit ausgeprägtem Bewusstsein für seine Baugeschichte zu sein. Zahlreiche opulente, wissenschaftlich fundierte Text- und Bildbände haben dazu in der Nachwendezeit beigetragen. Die 1927 bis 1932 entstandene Siedlung Zimpel [Sepolno] des Werkbundes ist eine wahre Pilgerstätte für Professoren und Studenten der Architekturgeschichte und trug in besonderer Weise zu dieser Entwicklung bei.

Auch bei einer weiteren der drei wichtigsten Auftaktveranstaltungen spielen Deutsche eine entscheidende Rolle. Bei dem Projekt „Muzeum Marzen" (Museum der Träume) im Nationalmuseum sind Jacqueline Kornmüller und Peter Wolf die treibenden Kräfte. Die Regisseurin sowie der Schauspieler und Produzent haben Musikern und Schriftstellern den Auftrag gegeben, ausgesuchte Gemälde oder Skulpturen in ihrer jeweiligen Kunstform darzustellen. Schauspielkollegen des „Teatr Polski" (Polnisches Theater) setzen diese Ausdrucksformen tänzerisch oder schauspielerisch im Breslauer Nationalmuseum vor den jeweiligen Kunstwerken um. Dessen Direktor Oszczanowski ist bekannt für seine hohe Affinität zur deutschen Kulturgeschichte, womit das „national" nicht einzig eine polnische Konnotation hat. Viele 1945 zur „Wiedergutmachung" des untergegangenen Kulturbestandes in Warschau in die polnische Hauptstadt verfrachtete deutsche Kulturgüter sind unter Oszczanowskis Ägide an die Oder zurückgeholt worden. Der Direktor betont zudem oft, wie sehr er Schlesien als Wiege der Kunst vom Mittelalter bis zur Moderne liebt und steht damit in gewisser Opposition zu Peter Wolf, der im „Schlesien Journal", dem TV-Magazin der Deutschen Minderheit in der Republik Polen, bekundete: „Ich habe überhaupt keine Beziehung zu Polen, außer dass meine Großmutter mal hier in Schlesien gelebt hat. Ich bin nie auf die Idee gekommen, mal hierher zu kommen." Auch Projektkollegin Kornmüller betont ihre internationalistische Herangehensweise. Es ginge darum, Kunst freizulegen, Künstler müssten eigene Assoziationen herausarbeiten und nicht antizipieren. Dieser Anspruch greift in gewisser Weise das künstlerische Breslau der Nachkriegszeit auf. Während Studenten in Krakau immer unter der Last polnischer Tradition standen, liebten es Freigeister nach 1945, in die Odermetropole zu kommen, da man vor 1990 quasi ohne Wurzeln aus dem Nichts neu schöpfen konnte. Erst seit 1990 geht diese Tradition mit der älteren Geschichte eine interessante Symbiose ein.

Am 17. Januar letztlich wurde es aus deutscher Sicht besonders interessant. Mit einer „Parade der vier Geister der Stadt" (unter anderem der Geist der Geschichte und der Geist des Wiederaufbaus) unternahmen die Darsteller des Umzuges einen Sternmarsch zum zentralen Platz, dem Ring [Rynek]. Der Geist der Geschichte scheute sich nicht davor, mittels eines Koffers an die Vertreibung der Deutschen zu erinnern. Festivaldirektor Krzysztof Maj betont stets gegenüber den Medien: „Hier lebten Deutsche, Tschechen und Österreicher nebeneinander", womit die Aussage des Umzuges wieder verliert. Das mag PC-Sprech sein, kann aber auch an der Unfähigkeit der polnischen Sprache liegen, zwischen tschechisch und böhmisch zu unterscheiden, was in Übersetzungen stets zum Fiasko führt. *Edmund Pander*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, am 22. Januar
Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 22. Januar
Schaar, Margarete, geb. **Lamb**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hermecke, Erna, geb. **Jeremias**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Ludwig, Anni, geb. **Schött**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar
Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, am 27. Januar
Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lötzen und Lyck, am 28. Januar
Höhne, Gerda, geb. **Schwermer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Januar
Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Potschien, Gisela, geb. **Daniel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Fröhlich, Gertrud, geb. **Wedler**, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Gerdes, Ernst, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Januar
Häring, Martha, geb. **Weissenberg**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Reimann, Gerhard, aus Bledau Bahnhof, Kreis Samland, am 22. Januar
Sareyko, Lieselotte, geb. **Clemens**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 28. Januar
Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar
Steindel, Oswald, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 23. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar
Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar
Kobs, Else, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Januar
Krysewski, Kurt, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Kuplin, Hermann, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar
Marianowski, Gerda, geb. **Engelbrecht**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Januar
Metschulat, Ernst, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Myska, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar
Nindel, Waltraud, geb. **Senkbeil**, aus Ebenrode, am 22. Januar
Nowak, Helene, geb. **Striewski**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Weiss, Gertrud, geb. **Jablonski**, aus Lyck, von Ludendorffstraße 7, am 22. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bethlehem, Gertrud, geb. **Brosda**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Bullerdiek, Elisabeth, geb. **Orzessek**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 22. Januar
Dickschas, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Dinse, Luise, aus Lyck, am 23. Januar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
31. Oktober bis 2. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Gusovius, Sabine, aus Königsberg, am 28. Januar
Hirseland, Anni, geb. **Mikeß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Kindler, Hildegard, geb. **Wilhelm**, aus Lablacken, Kreis Labiau, am 23. Januar
Roschoszew, Ilse, geb. **Bardischews**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Januar
Weiner, Hildegard, geb. **Schönfeldt**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berger, Gerhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Brzoska, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Degenhardt, Klara, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Samland, am 24. Januar
Friebe, Ilse, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Januar
Hagemann, Paula, geb. **Niedzwetzki**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 26. Januar
König, Willi, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Januar
Krummel, Hildegard, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Kullik, Herbert, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Lippek, Fritz, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar
Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar
Müller, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Paetzold, Hannelore, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. Januar
Reiniger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Rosenfeld, Irmgard, geb. **Kloß**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Scheffel, Friedel, geb. **Werner**, aus Ragnit, Kreis Samland, am 25. Januar
Scheiba, Renate, aus Georgenburg, am 25. Januar
Shinners, Ingeborg, geb. **Woweries**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Sienkiewicz, Marta, geb. **Mack**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 26. Januar
Skau, Ruth, geb. **Raabe**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Wedell, Erna, geb. **Rudat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Braun, Ursula, geb. **Gallitz**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Christoph, Elfriede, geb. **Link**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Januar
Dommasch, Heinz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Jensy, Alfred, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Meier, Waltraut, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, am 28. Januar
Meyer, Hildegard, geb. **Marold**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Müller, Marta, geb. **Czymoch**, aus Lyck, am 23. Januar
Rudnik, Walter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Schoenfeld, Hildegard, geb. **Stullich**, aus Lötzen, am 26. Januar
Tesch, Charlotte, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. Januar

Wallis, Brunhilde, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar
Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar
Würger, Helene, geb. **Besmehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Barth, Elisabeth, geb. **Klingschat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 23. Januar
Bergen, Erich, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar
Bischoff, Margarete, aus Karwienen, Kreis Heilsberg, am 24. Januar
Block, Ursula, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Eigenfeld, Ruth, aus Wiesenfeld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Januar
Falkenau, Werner, aus Königsberg, am 26. Januar
Hoffmann, Gerda, geb. **Dahnz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Kauerauf, Waldemar, aus Seerappen, Kreis Samland, am 28. Januar
Kehrer, Gerda, geb. **Hanke**, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Kilian, Karl, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar
Kosinowski, Erich, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Losekamm, Gerda, geb. **Kallweit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 25. Januar
Marzinzik, Paul, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 25. Januar
Meuler, Charlotte, geb. **Müller**, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, am 23. Januar
Mund, Helene, geb. **Tonnius**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Murawsky, Anneliese, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. Januar
Naraschewski, Siegfried, aus Wehlau, am 25. Januar
Rentel, Heinz, aus Radau, Kreis Heiligenbeil, am 25. Januar
Rohde, Doris, geb. **Höpfner**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Schmidt, Heinz, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Wagner, Erika, geb. **Lorenz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Wiemer, Alfred, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Acktun, Gerhard, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Badorrek, Paul, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar
Broyer, Fritz, aus Romau, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Ernst, Udo, Kreisgemeinschaft Elchniederung, am 22. Januar
Hein, Gerhard, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Hoge, Gertrud, geb. **Slomianka**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Kolwa, Erna, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Kowalewski, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 22. Januar
Kutzko, Hans, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. Januar
Reinhart, Gerhard, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar
Rekindt, Klaus, aus Lyck, am 24. Januar

Schmidt, Irmgard, geb. **Engelke**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Schnabel, Ruth, geb. **Pieszek**, aus Neidenburg, am 28. Januar
Steinberg, Heinz, aus Lyck, am 26. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berger, Marga, geb. **Bolinski**, aus Batzdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Januar
Bude, Gisela, geb. **Neumann**, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Czichowski, Werner, aus Großeppingen, Kreis Neidenburg, am 28. Januar
Eder, Hartmut, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Fritze, Peter, aus Wehlau, am 26. Januar
Haase, Hubert, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 22. Januar
Hartwig, Dieter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Jakobi, Peter, aus Pillau II, Kreis Samland, am 22. Januar
Kautz, Christel, geb. **Schiminowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Liedke, Ulrich, aus Wehlau, am 24. Januar
Loyall, Siegfried, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Ludorf, Bärbel, geb. **Ciesla**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, und Sablau, Kreis Neidenburg am 23. Januar
Möller, Dora, geb. **Krißun**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 24. Januar
Regge, Renate, geb. **Niedzwetzki**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. Januar
Stanschus, Alfred, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

Trakowski, Edeltraut, geb. **Rösener**, aus Wehlau, am 22. Januar
Ziehm, Doris, geb. **Reichert**, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Januar



Thieme, Gerhard, und Ehefrau Edeltraut, geb. **Mlodoch**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 28. Januar



Dziondziak, Norbert, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, und Ehefrau Maria, geb. **Hollach**, am 27. Januar

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 23. Januar, 9.50 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen: Preußens Friedrich und die Kaiserin.
SONNABEND, 23. Januar, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Peter Joseph Lenné und die Insel Potsdam.
SONNABEND, 23. Januar, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Vom Reich zur Republik (8/10): Der Weg zur Macht. Dokumentarspiel, D 2012.
SONNABEND, 23. Januar, 21.45 Uhr, ARD-alpha: Klänge in der Krise – Der Nationalsozialismus auf dem Weg zur Macht. Dokumentation zum obengenannten Dokumentarspiel.
SONNABEND, 23. Januar, 21.45 Uhr, Tagesschau24: Unsere Schlösser (1/3): Sanssouci. Dokumentation, D 2008.
SONNABEND, 23. Januar, 22.30 Uhr, Phoenix: Frühjahr 45. Dokumentation, D 2015.
SONNABEND, 23. Januar, 1.50 Uhr, Das Erste: Das Lager – Wir gingen durch die Hölle. Kriegsdrama über deutsche Kriegsgefangene 1946 in Leningrad, GB/RUS 2008.
SONNTAG, 24. Januar, 9.15 Uhr, Arte: Mary Queen of Scots. Drama, CH 2013.
MONTAG, 25. Januar, 17.15 Uhr, ARD-alpha: Vom Reich zur Republik (9/10) Die Machtergreifung (1). Dokumentarspiel, D 2012.
MONTAG, 25. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisse des Zweiten Weltkrieges (1/4): Die Akte Heß. Dokumentation, D 2012.
MONTAG, 25. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Geheimnisse des Zweiten Weltkrieges (4/4): Mythos Alpenfestung. Dokumentation, D 2012.
MONTAG, 25. Januar, 0.30 Uhr, Tagesschau24: Immer teurer als geplant? Öffentliche Bauprojekte.
DIENSTAG, 26. Januar, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Damals in Ostpreußen. Dokumentation, D 2008.
DIENSTAG, 26. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Letzte Ausfahrt Gera – Acht Stunden mit Beate Zschäpe. Dokumentarspiel, D 2016.
MITTWOCH, 27. Januar, 23.30 Uhr, Kabel eins: Letters from Iwo Jima. Kriegsdrama, USA 2006.
DONNERSTAG, 28. Januar, 18 Uhr, Phoenix: „Wir werden nicht gefragt!" – Bürgerprotest gegen Flüchtlingsghettos.
FREITAG, 29. Januar, 20.15 Uhr, WDR: „The Flying Fräulein" aus Essen – Die Abenteuer der Thea Rasche. Dokumentation, D 2016.
FREITAG, 29. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Heinz Erhardt ist Kult – der große Humorist und sein Erbe.
FREITAG, 29. Januar, 22.35 Uhr, 3sat: Apocalypse Now Redux. Antikriegsepos, USA 1979 /2001.
FREITAG, 29. Januar, 0 Uhr, RBB: Heino – Made in Germany. Dokumentation, D 2013.
FREITAG, 29. Januar, 0 Uhr, ZDFinfo: Geheimnisse der Geschichte – J. Edgar Hoover.

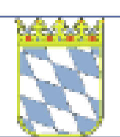
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Dienstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Traditioneller Faschingsnachmittag „Stint ahoi“ zusammen mit der Frauengruppe und Friedel Binder, der mit Musik und Gesang für gute Stimmung sorgt. Lustige Beiträge von Mitgliedern und Gästen sind erwünscht. Die Westpreußen sind herzlich eingeladen,



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, hatte zu ihrer ersten Zusammenkunft im Neuen Jahr zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes eingeladen. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim begrüßte freudig die stattlich erschienene Anzahl von Mitgliedern und auch Gästen. Mit den besten Wünschen für ein gesundes, friedliches Neues Jahr weltweit, gratulierte er herzlich den gewesenen Geburtstagskindern und stimmte traditionsgemäß auf das Westpreußen-Heimatlied ein.

Revisor Gerd Oehler verlas den Kassenbericht für 2015 und erläuterte die Bewegungen in der doch umfangreichen Kasse. Er bescheinigte der Schatzmeisterin Hannelore Morgner ein vorbildliches, korrektes und sparsames Führen der Vereinskasse. Mit einstimmigem Dank und Lob wurde für die Ein- und Ausgaben Entlastung zugestimmt.

Jugendreferentin Jutta Starosta gab einen umfangreichen Jahresbericht der Volkstanzgruppe Hof-Rehau im BdV Hof über das Jahr 2015. Viele Aktivitäten bei öffentlichen Auftritten, aber auch zu Einladungen bei privaten Anlässen konnte diese Heimatgruppe mit ihrem vielseitigen Programm durchführen. Übungsstunden und Seminare dienten der Fortbildung, aber auch gemeinsame Freizeiten dienten zur Gemeinschaft und Entspannung. Großer Dank galt den Spenden für die Erhaltung und Neuanschaffung der wunderschönen Trachten.

Starker Beifall und großer Dank galten diesen Ausführungen.

Nach einem gemeinsam gesungenen Lied übernahm Revisor Gert Oehler die anstehende Vorstandswahl mit folgender Mannschaft:

1. Vorsitzender Christian Joachim, Schatzmeisterin Elisabeth von Lossow, Schatzmeisterin-Vertreterin Christi Starosta, Schriftführerin Renate Pfaff Schriftführerin-Vertreterin Jutta Starosta, Jugendreferentin Jutta Starosta, Kulturreferent Bernd Hüttner, Stellvertreterin Hannelore Morgner, Revisor Gert Oehler, Beisitzer Hildegard Drogomir, Renate Oehler Peter von Lossow. Der Vorsitzende Christian Joachim dankte Gert Oehler für die ordnungsgemäße Durchführung zur Wahl mit Entlastung des alten Vorstandes, dankte für die hervorragende Zusammenarbeit und bat um dieses vertraute Miteinander zum Wohl und Erhalt unseres Kulturgutes in unserer Gruppe.

In einem ehrenden Gedenken dankte der 1. Vorsitzende Christian unseren treuen verstorbenen Mitgliedern für ihre langjährige Zugehörigkeit zu unserer Gruppe.

Zu erwähnen seien noch unsere öffentlichen Teilnahmen und Ausgestaltungen mit unserer Jugendgruppe, die laufenden Paketsendungen mit Dankesbriefen der Deutschen Minderheit in Deutsch Eylau sowie an dem aktiven Mitwirken an der Abteilung „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ im Museum Bay. Vogtland. Daher unsere Einladung für Mitglieder und Gäste:

13. Februar, 14 Uhr: Grützwurstessen, Altdeutsche Bierstube; 12. März, 15 Uhr: Monatsversammlung; 9. April, 15 Uhr: Frühling.

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied saß man noch beim geselligen Plausch zusammen.

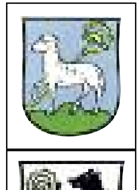
Kitzingen – Freitag, 29. Januar, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch unseren Landsmann Günter Schmidt.

Nürnberg – Dienstag, 26. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation der U2): Fasching.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 30. Januar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

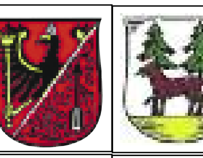


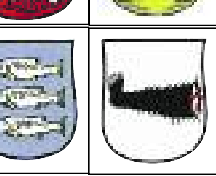
Frauengruppe – Mittwoch, 10. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Weilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.



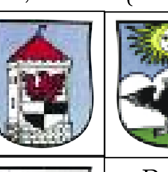
Rastenburg – Sonntag, 14. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

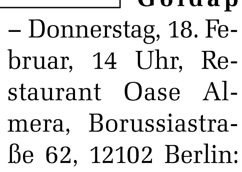
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



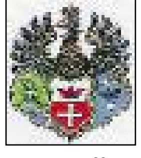


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 16. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das neue Jahr mit Essen. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

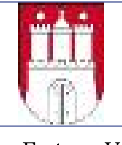




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 18. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Almera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Der Winter geht langsam und der Frühling kommt. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Neujahrsempfang der Vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.). Das Haus der Heimat ist über die S1, S2, S3 bis zur S-Bahnstation Stadthausbrücke zu erreichen oder mit der U3 bis Rödingsmarkt. Per Bus geht es mit der Linie 37 bis zur Haltestelle Michaeliskirche.

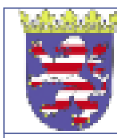
KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Elchniederung – Mittwoch, 17. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Litzowstieg 8, Hamburgs-Wandsbek: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken und Schabbern. Helga Bergner wird Fremdes und Eigenes zum Thema Heimat und Zuhause vortragen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich @gmail.com

Dillenburg – Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 27. Januar, statt.

Wetzlar – Bericht über den Weg der Königsberger Diakonissen von den Pfarrern Hennig und Nebeling – Den Weg der Königsberger Diakonissen aus Ostpreußen nach Mittelhessen haben die Ruhestandspfarrer Karl-Oskar Henning und Dieter Nebeling bei einem Vortrag vor den Mitgliedern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, nachgezeichnet. Pfarrer Henning war es vorbehalten, auf die Anfänge in Königsberg einzugehen. Danach wurde die Königsberger Diakonie am 18. Mai 1850 als „Krankenhaus der Barmherzigkeit“ gegründet. Später erhielt sie durch königlich-preußischen Erlass den Zusatz „Diakonissenanstalt in Königsberg/Preußen“. Die beiden Adligen Gräfin Magda und Clara zu Dohna-Schlobitten mit ihrem Freundeskreis hatten die Gründung des Krankenhauses vorangetrieben. Sie nahmen die Ideen des rheinischen Pfarrers und Begründers der jüngeren Diakonie, Theodor Fliedner (Kaiserswerth bei Düsseldorf) auf. Er hatte die Not unverheirateter Frauen erkannt, für die es an Arbeitsplätzen mangelte. Andererseits gab es keine ausreichende Versorgung und Pflege von kranken und alten Menschen.

Bereits auf eine 165-jährige Tradition könne die Arbeit des Diakonissen-Mutterhauses heute zurückblicken. In seiner Blütezeit hatte die „Barmherzigkeit“ 1055 Diakonissen, so Pfarrer Henning. Der Gründungsname beziehe sich auf die biblische Geschichte vom barmherzigen Samariter (Lukas 10, 25–37) und der darin enthaltenen Aufforderung „Geh hin und handle ebenso“.

Mit dem Wachsen der Gemeinschaft wurden die Aufgaben immer vielfältiger, und die Diakonissen begannen weitere Krankenhäuser in Ostpreußen zu errichten.





Gestalteten mit ihren Vorträgen das Treffen: Die Pfarrer Dieter Nebelung (l.) und Karl-Oskar Henning (r.) Bilder: Rühl

Jäh unterbrochen wurde die Arbeit durch die beiden Weltkriege. Zwischen der Einnahme der Stadt Königsberg und der Ausweisung der letzten Schwestern 1948 starben 243 Diakonissen, darunter auch die Oberin Gräfin Renata zu Stolberg-Wernigerode.

1948 wiesen die Russen die noch verbliebenen Schwestern aus. Zunächst fanden sie eine Bleibe in Berlin-Nikolaisee. In dieser bewegten und schweren Zeit war Friedrich Stachowitz (1898–1951) Vorsteher des Diakonissen-Mutterhauses, der nach nur drei Jahren Dienst bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam.

Es sei eine schwere Zeit gewesen für die Diakonissen, stellte der ehemalige Vorsteher, Pfarrer Dieter Nebeling, in seinem Vortragsteil fest. Damals sei die Sorge groß gewesen, was aus der „Barmherzigkeit“ werde.

Es war der Wetzlarer Pfarrer Johannes Plath zuvor Seelsorger in Kaiserswerth, der die Idee aufbrachte, die Königsberger Schwestern könnten auf dem leerstehenden und durch einen Brand verwüsteten ehemaligen Prämonstratenserinnenkloster Altenberg bei Wetzlar eine neue Bleibe finden. So begründeten die Schwestern ihr Mutterhaus in der einst katholisch genutzten Anlage, die zuletzt als Kinderheim gedient hatte. Für die Diakonissen, die zuvor in der ostpreußischen Großstadt Königsberg gewirkt und gelebt hatten, sei es ein großer Wechsel gewesen, auf dem Altenberg, der zur Stadt Solms gehört, in eine ländliche Region zu ziehen. Mit dem Umzug fanden sich auch neue Aufgaben. Mehrere Jahrzehnte haben die Diakonissen am Stadtkrankenhaus in Wetzlar die Krankenpflege übernommen.

2009 musste das Kloster als Altersitz der Diakonissen sowie das dort eingerichtete Pflegeheim aus brandschutz- und sicherheitstechnischen Gründen aufgegeben werden. Die noch verbliebenen Diakonissen genießen heute ihren Lebensabend im Haus Elisabeth, einem von mehreren Häusern, die die Königsberger Diakonie in Wetzlar betreibt. Darüber hinaus ist sie auch noch in Hüttenberg

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17





Königsberger Diakonissen: Neubeginn im Westen (Aufnahme von 1952), Diakonissen Mutterhaus in Königsberg (unten) Bilder: Archiv Königsberger Diakonie

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

und in Braunfels Träger von Pflegeheimen. Das Kloster Altenberg, bis 2055 vom fürstlichen Haus in Braunfels gepachtet, dient heute der Gastronomie sowie als Veranstaltungsort für Konzerte und Tagungen.

Nebeling wies auch darauf hin, dass die Königsberger Diakonie heute den Nachwuchs fördert mit einer Altenpflegeschule sowie einer Hauswirtschaftsausbildung. Seit der politischen Wende gibt es wieder Kontakte nach Königsberg [Kaliningrad], und nahezu jährlich besuchen Krankenschwestern aus dem heutigen Gebietskrankenhaus die diakonischen Einrichtungen in Mittelhessen. Die Leitung in Königsberg machte es möglich, dass im Garten der Klinik ein Gedenkstein für die Diakonissen errichtet werden konnte. Seit wenigen Jahren prangt wieder ein Schild „Krankenhaus der Barmherzigkeit“ in Deutsch und Russisch über dem Haupteingang der Klinik. *Lothar Rühl*

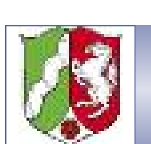


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Januar, 15 Uhr: Treffen im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Braunschweig, Jasperallee 42: Fröhlicher Fastnachtsnachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel und mit Vorträgen aus den Reihen der Mitglieder.

Osnabrück – Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 9. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

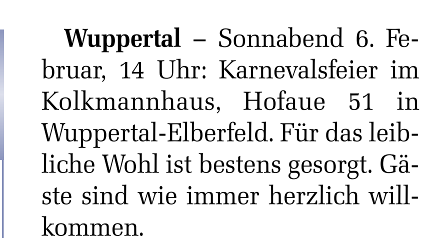
Bielefeld – Folgende Termine, alle Veranstaltungen (außer Plattdeutsch) beginnen um 15 Uhr in den Räumen der Kreisvereinigung der Ostdeutschen Landsmannschaften in der Wilhelmstraße 1b in 33602 Bielefeld:

Montag, 1. Februar: Frauengruppe. Donnerstag, 4. Februar: Stammtisch der Königsberger und Freunde der Hauptstadt Ostpreußens. Donnerstag, 11. Februar: Das monatliche Treffen der Gruppe ostpreußisch Platt findet als Abschiedsveranstaltung in privaten Räumen statt, da die Gruppe ihre Zusammenkünfte ab März einstellt. Donnerstag, 18. Februar: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonnabend, 30. Januar, 19.30 Uhr in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Ostdeutscher Winterball. Eintrittspreis: 15 Euro, Studenten und Jugend 10 Euro. Vorverkauf: Theaterkasse im Kaufhof Bonn.

Buntes kulturelles Programm: Kindertanzgruppe „Dark Rubins“, Ostpreußische Mundart, Männergesangverein „Frisch Auf“, Sankt Augustin-Meindorf, Geigerin „Debaro“, Trachtengruppe „Fröhlicher Kreis“. Große Tombola mit wertvollen Preisen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 23. Januar, 14.30 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Karnevalsnachmittag. Eintritt: sieben Euro. – Mittwoch, 27. Januar, 19 Uhr, GHH: „Eine Freundschaft in Briefen“ – über den Briefwechsel zwischen Stefan Zweig und Joseph Roth. – Sonnabend, 30. Januar, 17 Uhr, GHH: „Josef Capek – Gedichte aus dem Konzentrationslager“ – Ein Poesieabend mit Urs Heftrich. Am Klavier: Gilead Mishory. – Mittwoch, 3. Februar, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.



Wuppertal – Sonnabend 6. Februar, 14 Uhr: Karnevalsfeier im Kolkmannhaus, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld. Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Bericht von der Jahreshauptversammlung am 9. Januar – Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Hartmut Pfecht gedachten die Anwesenden in einer Schweigeminute der Verstorbenen. Anschließend folgten die Berichte der Tanzgruppe von Ursula Knocks, der Handarbeitsgruppe von Rosemarie Pfecht und der Chorfreunde Wuppertal. In seinem sehr ausführlichen Geschäftsbericht dankte Hartmut Pfecht, der im Jahre 2009 zum 1. Vorsitzenden der Gruppe in Wuppertal gewählt wurde, für die Unterstützung. Die monatlichen Ostpreußenrunden befassten sich mit verschiedenen Themen und wurden gut besucht. Zwei Veranstaltungen wurden im größeren Rahmen begangen: das Ostpreußische Maifest und die Adventsfeier.

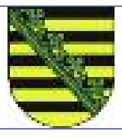
Danach wurde der Vorstand wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Hartmut Pfecht, 2. Vorsitzende: Helga Piontek, Kassenwarte: Ursula Busch/Rosemarie Pfecht, Schriftführer: Sigrid Kruschinski/Waltraut Bombe, Kulturwarte: Rosemarie Pfecht/Ursula Knocks, Organisationsleiterin: Else Olbricht, Beisitzer: Waldemar Gregorzewski, Renate Winterhagen, Ursula Berndt und Lilia Lau, Kassenprüfer: Reinhard Moritz und Maria Preuß. Des Weiteren wurden Mitglieder für 15, 20, 25 und 35 Jahre Mitgliedschaft mit Urkunden und Blumen geehrt.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Mittwoch 10. Februar, 12 Uhr: Treffen der Gruppe in Lu.-Oggersheim, Kapellengasse Gaststätte Schillerstube, zum Heringsessen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 23. Januar, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 29 Januar, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 2. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Am Donnerstag, 7. Januar, fand wieder das traditionelle „Fleckessen“ der Landsmannschaft Ostpreußen in der Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau statt (Alternativ gab es auch eine Gulaschsuppe!). Natürlich durfte der „Pillkaller“ dabei nicht fehlen.

Das Fleckessen gehört inzwischen bei den Ostpreußen in Bad Schwartau zu einer festen Institution. In gemütlicher Runde feierten die Gäste fröhliche Stunden mit dem Bad Schwartauer Akkordeonorchester „Tanzende Finger“, das für die nötige Stimmung sorgte und mit seinem Repertoire zum Schunkeln und sogar zum Tanzen einlud.

Wenn es diesmal auch nicht mehr so viele Teilnehmer waren, so ergibt sich bereits am 6. Februar die Gelegenheit, im neuen Jahr mit dem „Winterfest der Ostpreußen“ die Ballsaison zu eröffnen. Bei flotter Musik und Tanzeinlagen wollen wir wieder das Tanzbein schwingen. Beginn um 20 Uhr im Waldhotel Riesebusch in Bad Schwartau, Sonnenweg 1. Karten zu 10 Euro gibt es an den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse. Tischreservierungen bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Mit diesen beiden Veranstaltungen haben die Bad Schwartauer Ostpreußen bereits einen großen Schritt in das Veranstaltungsjahr 2016 getan, und es werden noch viele schöne Treffen folgen. Lassen Sie sich überraschen.

Burg auf Fehmarn – Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig am 6. Februar um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg.

Zu ihrem monatlichen Treffen trifft sich die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig am Dienstag, dem 9. Februar, um 15 Uhr im Haus im Stadtpark.

Späße, humorvolle Geschichten, vorgetragen von Ina Naujok und Lieder, die Brigitte Asbahr musikalisch auf dem Akkordeon begleiten wird, sollen an diesem Nachmittag, der ganz im Zeichen des Karnevals steht, die Mitglieder und Gäste unterhalten. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch, 27. Januar, 12 Uhr, Stadtteilcafé: Grünkohlessen.

Mölln – Mittwoch, 27. Januar, 15 Uhr, Quellenhof in Mölln: Erste Mitgliederversammlung in diesem Jahr. Nach der Begrüßung durch unseren 1. Vorsitzenden zeigen wir einen Videofilm mit dem Titel „Dampfreisen nach Königsberg“.

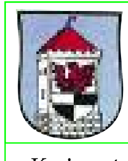
Es gibt wieder ein paar interessante Eindrücke über unser schönes Ostpreußen. Der Vorstand freut sich über eine rege Beteiligung.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 28. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Einladung zur 58. heimatpolitischen Tagung am 20. und 21. Februar 2016 in Rotenburg (Wümme):

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Heimatfreunde,

ein bewegtes Jahr liegt hinter uns. Dennoch wollen wir optimistisch in das Jahr 2016 starten und laden Sie und Ihre Freunde sehr herzlich zu unserer 58. heimatpolitischen Tagung am 20. und 21. Februar 2016 nach 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule ein. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Die Tagung soll dazu anregen, sich etwas mehr mit unserer Geschichte zu beschäftigen. Die Gestaltung der Zukunft ist ohne Kenntnis der Vergangenheit nicht denkbar.

Für die Vorträge konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden. Einzelheiten bitten wir dem nebenstehenden Programm zu entnehmen. Für Fragen und persönliche Einschätzungen ist im Anschluss an die Vorträge ausreichend Zeit eingeplant. Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit interessanten Gästen bietet sich beim Abendessen (Elchbraten) und danach.

Freuen Sie sich auf neue Begegnungen, spannende Einblicke und bleibende Eindrücke. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen eine angenehme und sichere Anreise.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter, Hermann Luttmann, Landrat

Programm der 58. heimatpolitischen Tagung in der Theodor-Heuss-Schule (neben dem Ratsgymnasium) Gerberstraße 16 27356 Rotenburg (Wümme)

Sonnabend, 20. Februar 2016, 15 Uhr

(ab 14 Uhr wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten)

1. Eröffnung durch die Kreisgemeinschaft
2. Begrüßung durch den Patenkreis
3. Grußworte der Gäste
4. Lesung/Vorträge:

a) Tatjana Gräfin Dönhoff, Lesung aus ihrem Buch „Die Gustloff“

b) Gerhard Mörchel, Pfarrer i. R., Lemgo, Vortrag: „Wie ich das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte“

Gemeinsames Abendessen gegen 19 Uhr: Elchbraten

Sonntag, 21. Februar 2016, 9.30 Uhr

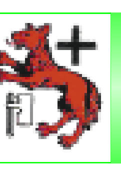
c) Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, Königswinter, Vortrag: „Wikinger – ihre Spuren in Ostpreußen“

5. Schlusswort

Gemeinsamer Gesang: Land der dunklen Wälder

Ende gegen 12 Uhr.

Für eine verbindliche Anmeldung sowie für das Elchbratenessen einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 13. Februar 2016 (Posteingang) an Frau Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, wären wir Ihnen dankbar. Sie erhalten keine Anmeldebestätigung. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen Zinten-Land

Einladung zum 28. Sondertreffen Zinten-Land:

Auch im Jahr 2016 möchten wir unser liebgewonnenes Sondertreffen Zinten-Land wieder in Altenau/Harz in der gemütlichen Pension veranstalten.

Als Gruppe werden wir alleine in der kleinen gemütlichen Pension sein. Wir Ostpreußen pflegen unsere Verbundenheit weiterhin zu unserer alten Heimat. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen!

Termin:

Freitag bis Sonntag, 15. bis 17. April, Abendessen und Frühstück

Mit dieser Einladung möchte ich alle Landsleute mit ihren Ehebeziehungsweise Lebenspartnern aus unserem Kirchspiel Zinten-Land ansprechen. Auch die jüngeren Jahrgänge, die unsere geliebte Heimat selbst nicht mehr erlebt haben, sind herzlich bei uns willkommen. Sollten Sie Bedenken haben, niemanden zu kennen, so vergessen Sie bitte nicht, dass uns unsere ostpreußische Heimat verbindet. So können wir in gemütlicher Runde viel Gemeinsames austauschen. Es gibt wieder Neues über Ostpreußen zu berichten.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Im Jahr 2015 waren wieder etliche Teilnehmer in unserer Heimat. Sie alle, ob jung oder schon etwas älter, sind in unserer Runde sehr herzlich willkommen. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms „Geschichten, Gedichte, Spiele oder Filme usw.“ würde ich mich sehr freuen.

Information zu unserem Treffen: Treffpunkt Pension Quellenhof Altenau, An der Schwefelquelle 18, 37707 Altenau/Harz, Telefon (05328) 2029993, E-Mail info@quellenhof-altenau.de. Die Pension Quellenhof bittet um direkte Anmeldung bis zum 20. Januar unter „Gruppe Lenz“. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich auch über Ihre Anmeldung kurz informiert werde. Der Preis für diese zwei Tage mit Halbpension inklusive Kurtaxe beträgt 80 Euro pro Person. Reiserücktrittversicherung und Trinkgeld sind im Preis nicht enthalten.

Bei Anreise per Bahn ist Goslar der Zielbahnhof. Gerne werden Sie auch von der Pension gegen einen kleinen Betrag abgeholt.

Bis zu einem frohen Wiedersehen freue ich mich auf Eure/Ihre Zusagen und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Kirchspielvertreterin Ortsvertreterin Robitten und Maggen
Irmgard Lenz, Karl-Fränkel-Ring 11, Telefon (07542) 4649, lengard36@t-online.de



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ende des Samlandmuseums

So ändern sich die Zeiten! Im Jahre 1955 war es der Kreis Minden, der unserer Kreisgemeinschaft von sich aus anbot, im neuerbauten Jugendheim auf der Lutternschen Egge ein Königsberger Zimmer einzurichten. Zur Ausstattung des Zimmers übersandte die Heimatkreisgemeinschaft dem Landkreis einige Bilder und Bücher aus der Heimat. Der Fischer Richard Klemusch fertigte einen Kurenwimpel an, mit Symbolen und Erinnerungsstücken wurde die Sammlung erweitert. Das war der bescheidene Anfang unserer Museumstätigkeit.

Mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes der Kreisverwaltung Minden-Lübbecke in Minden, Portastraße 13, wurde ein Ostpreußenzimmer mit Büro zum Unterbringen der Kreisakten und der Heimatkartei eingeplant. Nach Fertigstellung der vorgesehenen Räume Ende 1975 zog die Kreisgemeinschaft in das neue Gebäude.



Ausstellungsstück des Samlandmuseums: Modell eines Kurenkahns Bild:KG Fischhausen

Um mehr Ausstellungsstücke zur Verfügung zu haben, wurden die Landsleute aufgerufen, der Kreisgemeinschaft Erinnerungsstücke aller Art zur Verfügung zu stellen. Der Aufruf hatte Erfolg: Urkunden, Bilder, Modelle, Zeichnungen, Pläne von Gebäuden, Landwirtschaft, Fischerei, Handel, Handwerk wurden zur Verfügung gestellt, ebenso auf der Flucht getragene Kleidungsstücke und Lederzeug. So wurden wir unter anderem Besitzer des Sattels unserer langjährigen Kreisältesten, Gerda Weiß, mit dessen Hilfe sie ihre Flucht von Fuchsberg, Kreis Königsberg, bis Syke in Niedersachsen geschafft hatte.

Durch die Aktion konnte die Kreisgemeinschaft die Heimatstube einigermaßen wirklichkeitsgetreu und repräsentativ darstellen. Mit wie viel Engagement und Verständnis unser Patenkreis unsere Belange unterstützte, zeigt die Tatsache, dass er uns die Räume am 22. Oktober 1975 in einer gemeinsamen Sitzung übergab. Deshalb war es auch von unserer Seite selbstverständlich, diese Räume dem Kreis wieder zur Verfügung zu stellen, als dieser sie für seine erweiterten Aufgaben benötigte. Auch jetzt löste der Kreis das Problem und stellte uns im Gegenzug vier schöne Ausstellungsräume im inzwischen als Kommunalarchiv genutzten alten Kreishaus zur Verfügung.

Schließlich kam es für unsere Geschäftsstelle und die heimatlichen Sammlungen zu dem idealen Standort, als das englische Militär 2001 aus Minden abzog, und wir in die obere Etage der ehemaligen Defensionskaserne am neugestalteten Simeonsplatz einziehen konnten. Hier glaubten wir, nun eine endgültige Bleibe gefunden zu haben.

Umso größer war die Bestürzung, als uns der Kreis Minden-Lübbecke im Spätsommer 2015 eröffnete, dass wir zum Jahresende die Geschäftsstelle und Samland-Museum zu räumen hätten. Die Organisation des gesamten Preußen-Museums sei, so erklärte man uns, auf den Landschaftsverband Lippe in Münster übergegangen und dieser habe vor, unsere Räume wirtschaftlich zu nutzen. Der Kreis könne nicht mehr über das Preußen-Museum befinden.

Uns blieb nichts anderes übrig, als insbesondere für unsere Archivalien und Ausstellungsstücke eine neue Bleibe zu suchen. Es boten sich Gott sei Dank für die Akten und Dokumente das Kulturzentrum im Schloss Ellingen und für die Exponate das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg an. Das bedeutet natürlich nicht, dass dort Samland-Museen, wie eines in Minden bestand, eingerichtet werden können. Die Gegenstände werden, soweit möglich, in die dortigen Bestände eingegliedert. Dass wir das erreichen konnten, darüber sind wir trotz allem froh. Ein anderes Kapitel ist unsere Geschäftsstelle. Hier sind wir noch im Gespräch mit unserem Patenkreis, der uns versicherte, an seiner Patenschaft festzuhalten.

Der Verlust unseres Museums wurde besonders deutlich, als wir anlässlich unseres Treffens im September 2015 die heimatlichen Exponate, die nicht in Lüneburg Aufnahme finden können, unseren Besuchern gegen eine kleine Spende anboten. Heimatliche Erinnerungen, die Stück für Stück gesammelt, mit viel Fleiß und Ausdauer geordnet und präsentiert worden waren, mussten nun auseinandergerissen werden. Uns blieb nur der kleine Trost, dass die besonders schönen Kostbarkeiten in dem wunderbaren Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und in Schloss Ellingen aufbewahrt werden. Auch die Landsleute, die einzelne Stücke erwarben, werden sie sicher in Ehren halten. Wir haben uns gefreut, dass zum Beispiel Georg Gau aus Groß Ottenhagen das Modell der Ordenskirche aus Groß Ottenhagen und Tatjana Gräfin Dönhoff das Modell des Schlosses Friedrichstein in ihre Obhut nahmen.

Um auf den Anfang zurückzukommen: Was im Jahre 1955 mit viel Verständnis und Entgegenkommen seitens des Kreises Minden begann, wurde 2015 mit einem Federstrich beendet.

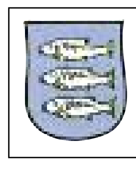
Gisela Broschei
Kreisvertreterin



Zeigten den Heimathafen an: Kurenwimpel eines Haffkahns Bild: KG Fischhausen

Auf Pferdisch gesagt

Mit tierischer Stimmgewalt zum Weltmeister in Rotwalde



„Dieser Text erreichte mich Sonnabend. Machen Sie damit, was Sie für richtig halten! – Ich wusste um die Wettbewerbe im Frauentragen in Finnland, um Gummistiefelweitwurf in Friesland oder um das Hirschröhren im Harz, doch vom Imitieren des Wieherns masurischer Pferde habe ich erst jetzt erfahren“, schreibt Ute Eichler von der Kreisgemeinschaft Lötzen. Die Rede ist von Claus-Dieter Sinofzik und seiner siegreichen Teilnahme an einem ziemlich ungewöhnlichen Wettbewerb. Hier ist sein Bericht:

„Nun habe ich doch noch ein kurioses Ecksteinchen in mein schon reichlich buntscheckiges Lebensmosaik einfügen können. Alljährlich findet das auch überregional bekannte und beliebte Mai-Festival in Rotwalde [Rydzewo] statt. Da es auf dem großen Freiplatz des Restaurants „Pod Szarnym Labedziem“ („Unter dem schwarzen Schwan“) zahlreiche Verkaufsstände mit Antiquitäten, handwerklichen und künstlerischen Manufakturen, masurischen Spezialitäten, kulinarischen Leckereien, Kaffee- und Bierausschank gibt, ist der Menschenauflauf entsprechend groß. Außerdem wird ein künstlerisches Nonstop-Programm folkloristischer Darbietungen geboten.

Doch der Höhepunkt dieses „Rydzewska Majowka“, des „Rotwalder Maifestes“, ist die offizielle „Mistrzostwa Swiata w Rzeniu Mazurskiego Konia“ („Weltmeisterschaft im Imitieren vom Wiehern masurischer Pferde“), die mit entsprechendem Tamtam angekündigt und dann regelkonform zelebriert wird. Es waren 2015 wieder zahlreiche Bewerber aus dem Stadt- und Landkreis Lötzen [Gizycko], aus dem Landkreis Milken [Milki], aber auch aus Allenstein [Olsztyn] und Warschau angetreten. Nach einem kurzen Probelauf ging es zur Sache, das heißt es wurde aus voller Kehle mehrmals losgewiehert, mit imitiertem Pferdegetrappel und mit enormer Lautsprecherverstärkung.

Aus voller Kehle losgewiehert

Dieser Wettbewerb wird tatsächlich als offizielle Weltmeisterschaft bezeichnet, da nachweislich nirgendwo sonst ein derart kurioser Wettbewerb stattfindet. Bei der Verkündung der Preisträger war ich dann einigermaßen überrascht. Nach einem fünfjährigen Anlauf (bei einer Dritt- und einer Zweitplatzierung) gelang mir endlich der Durchbruch. Die Siegerehrung wurde mit publikumswirksamem Aufwand durchgeführt. Ich nahm die ziemlich pompöse, ansehnliche Preistafel (45 mal 30 Zentimeter) mit dem Goldenen Pferd und der Siegerinschrift, eine Siegerurkunde und ein Preisgeld entgegen. Es folgten das übliche Fotografiert werden, das Presse-Interview und die TV-Reportage.

Die Preistafel mit dem „Goldenen Pferd“ hat ihren Ehrenplatz in unserem „Landhaus Charlotte“ gefunden. Immerhin bin ich nun der erste und bisher einzige Masure deutscher Nationalität, der diesen kuriosen Preis gewonnen hat.

Wenn diese Nachricht ein heiteres „Da kann man nur wiehern!“ auslöst – warum nicht? Nun hat die Kreisgemeinschaft Lötzen unter ihren Mitgliedern einen Weltmeister, wenn auch „nur“ im Imitieren des Wieherns masurischer Pferde.

Claus-Dieter Sinofzik wurde 1936 in Allenstein geboren und lebt heute in Rotwalde, im Kreis Lötzen, sowie in Berlin lebt. Er ist Verfasser des autobiografischen Romans „Auf der Durchreise nach Masuren“, das in der polnischsprachigen Ausgabe gerade in zweiter Auflage erschienen ist. .



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

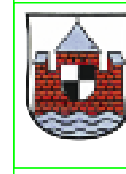
Heinz Laurien verstorben

Im Alter von 88 Jahren verstarb am 11. Januar nach schwerer Krankheit Heinz Laurien aus Seeben. Der Lehrersohn stieß Mitte der 1980er Jahre zu uns und wurde Mitglied des Neidenburger Kreistages. Als ehemaliger Personalchef auf Bundesebene einer der größten deutschen Krankenkassen war er geradezu die Idealbesetzung als Schatzmeister für unsere Gemeinschaft. Von 1988 bis 2002 führte er die Kassengeschäfte mit aller Sorgfalt. Aufgrund seiner Vorschläge konnten einige zweckdienliche Änderungen durchgeführt werden. Gerne erinnern wir uns an seine sympathische Art zu diskutieren. Leider verstarb seine Ehefrau bereits fast zwanzig Jahre vor ihm.

Herbert Zakfeld verstorben

Herbert Zakfeld aus Saberau ist am 24. November 2015 ganz plötzlich an einem Herzinfarkt verstorben. Der 1932 Geborene war sehr stark mit seiner ostpreußischen Heimat verwurzelt. Es gab wohl kaum ein Heimattreffen, ob in Bochum, Norddeutschland, Mekklenburg-Vorpommern und auch in Ostpreußen, bei dem Herbert Zakfeld und seine Frau nicht anwesend waren. Stets gut gelaunt hing er bis zum Ableben an seinem Geburtsort beziehungsweise seinem Heimatkreis Neidenburg. Als Ausdruck der Verbundenheit wurde anlässlich seines Todes sein Wunsch erfüllt, anstelle von Blumen und Kränzen unserer Schicksalsgemeinschaft eine Spende zukommen zu lassen.

Zwei heimattreue Landsleute sind von uns gegangen. Wir werden uns gerne derer erinnern. Danke Herbert Zakfeld und Heinz Laurien. *Jürgen Szepanek*



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tagung des Vorstands

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit trat zu seiner ersten Tagung im neuen Jahr im Forsthaus Grüna zusammen. Schwerpunkt der Zusammenkunft war die Vorbereitung der Jahrestagung der Stadtvertretung am 22. April und des Heimattreffens der drei Nachbarkreise am 23. April in Gera.

Im Bericht des Schatzmeisters wurde ein Rückgang der Spendeneinnahmen ausgewiesen, welcher sich noch in Grenzen hält. Die Ausgaben konnten gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. Gleichwohl wurden weitere Einsparungsmaßnahmen beschlossen.

Großen Raum nahm eine Aussprache über personelle und inhaltliche Aspekte der künftigen Vorstandsarbeit ein. Es konnte eingeschätzt werden, dass sich der Vorstand in den zurückliegenden fünf Jahren unter dem Vorsitz von Hans Dzieran zu einem leistungsstarken Team entwickelt hat, welches alle Aufgaben bewältigt und die Stadtgemeinschaft vorangebracht hat.

Die gemeinsamen Bemühungen der Vorstandsmitglieder verfolgen das strategische Ziel, die Kreisgemeinschaft Tilsit-Stadt schrittweise auf die Fusionierung mit der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit hinzuführen. Eine wichtige Aufgabe besteht in der Gewinnung von jungen Kandidaten aus der Bekenntnisgeneration, um die Leitung zu verjüngen. Auch wenn ordentliche Wahlen erst nach Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 2018 fällig sind, werden jetzt schon für eine Nachwahl in die Stadtvertretung Cornelia Fiedler (51) und Norbert Subroweit (63) vorgeschlagen.

In seinem Schlusswort sagte der Erste Vorsitzende, dass die Stadtgemeinschaft Tilsit auf einem guten Weg ist, um die Erinnerung an Tilsit, seine Menschen, seine Geschichte und Kultur dauerhaft zu bewahren. Sie wird auch im Jahr 2016 ungeachtet außenpolitischer Spannungen die grenzüberschreitende Arbeit mit der Administration und dem Museum für Stadtgeschichte in Tilsit [Sowjetsk] fortsetzen und einen Beitrag zur deutsch-russischen Völkerverständigung leisten.

Geburtstagsfest und Barbarafeier

45 Jahre Stiftung Haus Oberschlesien: Zum Jubiläum schlossen SHOS und VdG ein Partnerschaftsabkommen

Die Stiftung Haus Oberschlesien empfing bei ihrem 45. Jubiläum hochkarätige deutsche und polnische Gratulanten.

Wenn der Museumsdirektor in Ratingen-Hösel einen schwarzen Bergkittel mit goldenen Knöpfen trägt, ist das kein Zufall. Es ist eine Hommage an die Bergleute aus Schlesien und dem Ruhrgebiet. Und dass die Stiftung Haus Oberschlesien vor 45 Jahren, just am Barbaratag gegründet wurde, hat auch einen tieferen Sinn. Denn die Heilige Barbara war und ist die Schutzpatronin der Bergleute, die bereits seit dem 15. Jahrhundert in den deutschsprachigen historischen Bergbauregionen Sachsen, Schlesien und Böhmen verehrt wurde.

Verständlich also, dass das Geburtstagsfest der Ratinger Stiftung auch durch eine traditionelle Barbarafeier bereichert wurde.



Marie-Luise Fasse am Pult: Feierstunde zum 45. Stiftungsjubiäum — Bild: D.G.

An der Veranstaltung zum 45. Jubiläum der Stiftung Haus Oberschlesien nahmen zahlreiche hochrangige Gäste aus dem politischen, kulturellen und öffentlichen Leben Deutschlands und Polens teil.

Beim Festakt, der von Marie-Luise Fasse MdL, Vorstandsvorsitzende der Stiftung Haus Oberschlesien (SHOS), moderiert wurde, sprachen Henryk Mercik, Marschall der Woiwodschaft Schlesien, Staatssekretär Thorsten Klute vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und SHOS-Stiftungsratsmitglied, Direktor Stephan Kaiser, sowie Bernard Gaida, Vorsitzender der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), und Bogusław Szyguła, Leiter der Bergbautraditionsstube in Knurow. Für den musikalischen Rahmen beim Festakt und bei der Barbarafeier sorgten das Oberschlesische Blasorchester Ratingen und der Heimatchor aus Gleiwitz-Stroppendorf.

Mercik blickte in die Jahre seiner Kindheit zurück, als noch der Eiserne Vorhang kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ost und West unmöglich machte. Inzwischen leben Deutsche und Schlesier in einem gemeinsamen Europa, in dem die Rolle der Stiftung und des Oberschlesischen Landesmuseums sogar noch wichtiger ist als früher. Sein Wunsch sei, dass die Rolle der Ratinger Stiftung und des Museums als Brückenbauer zwischen Ost und West noch größer wird und die Geschichte Oberschlesiens zusammen mit Partnerinstitutionen fortgeschrieben werden kann.

Vor dem Hintergrund der Integration von deutschen Vertriebenen im wirtschaftlichen Aufschwung der 60er Jahre und dem folgenden Zuzug von Aussiedlern aus dem polnischen Oberschlesien entwickelte sich die Idee einer Begegnungsstätte für die schlesische Volksgruppe in Deutschland. Bereits 1964 wurde eine Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen über die Oberschlesier beurkundet und bald danach, im Jahr 1970, auch die Gründung der Stiftung sowie das Errichten eines Stiftungsbaus beschlossen. Eröffnet wurde die Einrichtung im Jahre 1983 als aktive Begegnungsstätte mit musealer Dauerausstellung. Fünf Jahre später wurde dank Bundes- und Landesunterstützung ein separater Museumsfunktionsbau eingeweiht.

Stephan Kaiser, Museumsdirektor und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Haus Oberschlesien, erinnert an die Anfänge und den späteren Werdegang: „Die Gründung der Stiftung und ihre Entwicklung waren ein Teil in der Selbstfindung einer insoweit damals klarer wahrnehmbaren sozialen Gruppe, im Sinne der ebenfalls noch jungen Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, durch dieses gefördert und bis heute anhaltend unterstützt. Der zentrale politische Wandel kam 1989. Da war die Stiftung ‚in Saft und Kraft‘. Sie hat sich sofort auf den neuen Dialog mit dem Osten eingelassen. Es war für Ost und West ein Herantasten und Kennenlernen nach langer Trennung. Die folgenden 25 Jahre sind so substanziell erfolgreich genutzt worden. Die erworbene Kompetenz und vor allem das aufgebaute Vertrauen, somit durch jede Begegnung als gute Tat, sind jedenfalls für Schlesien einmalig.“

Und Kaiser schlussfolgerte: „Ganz konkrete Auswirkung hat dies in der Unterzeichnung der zahlreichen Kooperationsabkommen. Keine andere deutsche Einrichtung über den Vertriebenenbereich hinaus hat eine derart breite und vielfältige Ausgestaltung ihrer Beziehungen und damit auch das Signal der Ausrichtung gegeben, wie eben die Stiftung Haus Oberschlesien mit ihrem zugehörigen Oberschlesischen Landesmuseum.“

Getreu dem Leitspruch „Kein Rückblick ohne Perspektive“ beschrieb Museumsdirektor Kaiser die zukünftige Strategie der Stiftung: „Zu aller erst werden wir die Kooperationen entsprechend dem Motto ‚Wir beleben Zusammenarbeit‘ inhaltlich im Auge behalten. Sodann ist die Idee der Begegnungsstätte so aktuell wie eh und je, aber eben für Schlesier und Nichtschlesier aus allen Regionen. Jedoch soll und wird das Wirken der Stiftung erheblich dazu beitragen, die Mentalität, die Besonderheiten sowie die Denk- und Lebensweise von Oberschlesiern kennen- und verstehen zu lernen. Das ist ein Dialog und insoweit ist die Einrichtung über den Standort Ratingen hinaus ein Botschafter der heutigen polnischen Woiwodschaft Schlesien sowie der angrenzenden tschechischen Landesteile Schlesiens.“

Als Bestätigung dieses Engagements gab es am Jubiläumstag gleich zwei neue Vertragsunterzeichnungen. Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel erneuerte sein seit 2010 bestehendes Kooperationsabkommen mit der Bergbautraditionsstube in Knurow. Ein neues Kooperationsabkommen wurde zwischen der Stiftung Haus Oberschlesien und dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), dem Dachverband der deutschen Minderheiten, geschlossen. Das Museum und die Stiftung weisen mittlerweile eine stattliche Leistungsbilanz von elf Kooperationsabkommen mit Partnern in Polen und Tschechien auf.

Dieter Göllner

Wer war Barbara?

Der Legende nach ist St. Barbara eine der frühchristlichen Frauen, die für ihre Überzeugung in der Römerzeit den Märtyrertod erlitt. Sie gilt in der römisch-katholischen, der griechisch-orthodoxen aber auch in der russisch-orthodoxen und in der koptischen Kirche als eine bedeutende Heilige.

Barbaradarstellungen finden sich oft in der bildenden Kunst wieder – so etwa bei Hans Holbein, Jan van Eyck, Dürer, Riemenschneider oder Lucas Cranach aber auch in der Ikonenmalerei.

Da die Heilige laut Überlieferung von einem Felsen geschützt wurde, der sich öffnete und sie verbarg, wurde sie von Bergleuten zur Schutzpatronin gewählt. Auch heute noch finden in ehemaligen Bergbauregionen zum Barbaratag am 4. Dezember bergmännische Umzüge statt.

Übrigens: Zur Bergmannsuniform gehört der Bergkittel, dessen schwarzer Stoff die Dunkelheit des Schachtes symbolisiert. Die 29 vergoldeten Knöpfe stellen die Sonne dar und stehen für die 29 Lebensjahre der Schutzpatronin. Die oberschlesischen Bergleute brachten den Barbaratag um die Jahrhundertwende mit an Rhein und Ruhr.

Jedes oberschlesische Bergwerk hat seine jährliche Barbarafeier und auch eine Gedenkstätte, zu-mal Polen ein katholisches Land ist. *D.G.*

Kreuzworträtsel

elektronische Post (engl.) – griechischer Held vor Troja – Gebiet eines Erdteils – Zusammenwirken, Kooperation – Leberabsonderung – ohne Kabel, durch Funk – tropisches Gewächs – Handelsgut – kratzen, eingravieren – gemächlich gehen – eine der Gezeiten – zugunsten einer Person, Sache – Einfall, Gedanke – kleiner Sportrennwagen – wenig befriedigend – Funkortung – großartig, toll (ugs.) – Turkvolkangehöriger – Nebenbuhler – Stadt in NRW, am Hellweg – Unordnung, wirre Masse – poetisch: Wache – d. Lesens u. Schreibens Unkundiger – nach hinten – Bruder Kains – innige Zuneigung – Klagelied – Abfolge von Augenblicken – Zukunftstraum – Ährenborste – steiler Abfall einer Küste – süddeutsch: Junge – großer schwarzer Vogel – Zacke einer Burgmauer – linker Nebenfluss der Fulda – ein Europäer – Unterkunft, Asyl – früher: Steuereinnehmer – astrologisches Kartenorakel – Kanton der Schweiz – giftiger Belag auf Kupfer, Messing – Teil der mechanischen Uhr – Zierde, Schmuck (Kurzwort) – Grazie – Teil eines Körpergliedes – eurasischer Staat – Söller, balkonartiger Vorbau – Kfz-Zeichen Braunschweig – Zitterpappel – Fluss im Sauerland (NRW) – als Anlage zugefügt – später Nachkomme – Campingartikel – nicht außen – Bienenzüchter – Baustoff – Tierabrichter – Hauptstadt Kenias – Schienenstrang – verfallenes Bauwerk – sittliche Gesinnung – Gartenfrucht – erfreulich, wohltuend – Druckbuchstabe – Sammlung von Schriftstücken – germanische Gottheit – Dichtungs-, Klebematerial – Großvater – Pein, Seelenschmerz – Zustand der Eintracht, Harmonie – Geist, Witz (französisch) – wertloses Zeug – altgriechischer Dichter – Nordseeküstenbewohner – israelische Wüste – Rest im Glas – Weltreligion – bürgerliche Kleidung – Jagdkanzel – Pökelflüssigkeit – vermindern – Bad an der Lahn – aufgebrühtes Heißgetränk – unbestimmter Artikel – Strick – Fluss zur Lahn, in Hessen – Abkürzung für vor allem – jährlich wiederkehrendes Fest – gegen Bezahlung nutzen – Schaubild, Illustration – Beste, Siegerin – ein Blutgefäß – Hafendamm

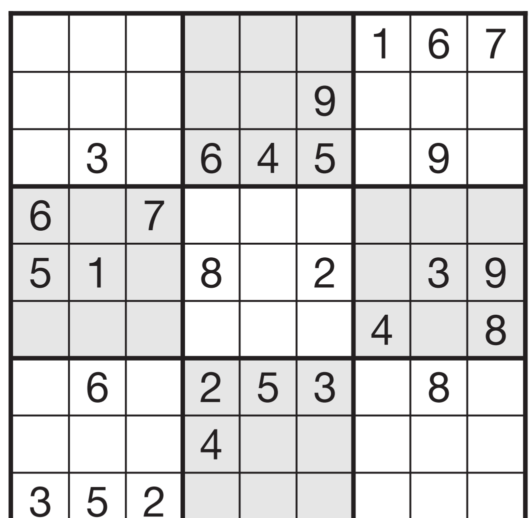
PAZ16_03

Sudoku

						1	6	7
					9			
	3		6	4	5		9	
6		7						
5	1		8		2		3	9
						4		8
	6		2	5	3		8	
			4					
3	5	2						

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



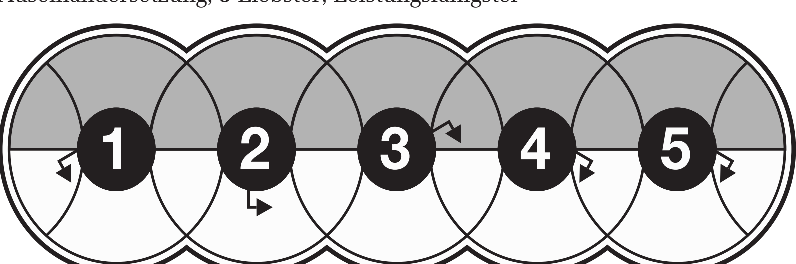
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe rund um das Thema Schifffahrt.

1 Aufständischer
2 schweiz.-dt. Kupferstecherfamilie
3 lieb, reizend
4 Reitermannschaft
5 span.-portugiesischer Prinzentitel
6 belanglos; wenig

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Begleiter von Touristengruppen.

1 Sportruderboot, **2** Dichtung, Dichtkunst, **3** flüssiger fossiler Rohstoff, **4** Zank, Auseinandersetzung, **5** Liebster; Leistungsfähigster



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Rebell, 2. Merian, 3. goldig, 4. Equipe, 5. Infant, 6. gering – Reling, Ladung

Kreiskette: 1. Zweier, 2. Poesie, 3. Erdoel, 4. Streit, 5. Bester – Reiseleiter

Sudoku:

9	4	5	3	2	8	1	6	7
8	2	6	7	1	9	3	5	4
7	3	1	6	4	5	8	9	2
6	8	7	9	3	4	2	1	5
5	1	4	8	7	2	6	3	9
2	9	3	5	6	1	4	7	8
4	6	9	2	5	3	7	8	1
1	7	8	4	9	6	5	2	3
3	5	2	1	8	7	9	4	6

Von Kesseln, Dampfschiffen und Lokomotiven

Das Königsberger Erfolgsunternehmen Union-Gießerei war Vorläufer der späteren Schichau-Werft

Um 1900 war die Schiff- und Lokomotivbau-Fabrik Union-Gießerei A.G. Königsberg der bedeutendste Industriebetrieb in der Hauptstadt Ostpreußens. 1930 ging das Werk infolge der Weltwirtschaftskrise in Konkurs. Die Werft blieb erhalten und wurde Zweigwerk der Schichau A.G. Elbing. Nach Erlöschen der Firma Union-Gießerei wurde die Werft unter dem Namen Schichau Werft Königsberg fortgeführt. Heute befindet sich an gleicher Stelle die „Kaliningrader Schiffswerft Jantar.

Der Ursprung der Union-Gießerei Königsberg geht auf eine Eisengießerei zurück, die der aus Birmingham stammende Engländer Charles Hughes (1781–1839) seit 1826 im Stadtteil Laak am Butterbarg 3 betrieb. Als eigentliches Gründungsdatum der Union-Gießerei gilt der 1. Mai 1828. An diesem Tag unterzeichneten die miteinander verschwägerten Investoren Gustav Schnell, Friedrich Laubmeyer und Carl-August Dultz hinsichtlich der Eisengießerei einen sogenannten Mascopie-Contract, der die Verteilung von Gewinnen und Verlusten regelte. Der Name Union-Gießerei wird allerdings erstmals in einer Urkunde von 1845 erwähnt. Gustav Schnell war für den Güteraustausch zwischen Russland, England und Deutschland zuständig.

1835 wurden Grundstücke hinzu gekauft, so dass das Firmengelände sich vom Butterbarg bis zur Oberlaak erstreckte. Die Firma schrieb jahrelang rote Zahlen. Am 1. April 1846 übernahm der 33-jährige Maschinenbauer und Eisenfabrikant Johann Gottfried Ostendorff aus Westfalen (1812–1876) die technische Leitung der Union-Gießerei. Ostendorff hatte in England den Bau von Schiffsmaschinen und Lokomotiven studiert. Unter seiner Regie wurden der Bau von Dampfmaschinen und die Kesselfabrikation in die Produktion aufgenommen. Am 5. Juni 1855 lief das erste eiserne Schiff mit einer Dampfmaschine von 40 PS vom Stapel. 1859 wurde ein von der Königsberger Kaufmannschaft in Auftrag gegebenes Dampfschiff mit dem Namen „Pregel“ abgeliefert.

Ostendorff verband sich durch seine Heirat mit Bertha geb. Schnell mit der Gründerfamilien. Seit 1852 verfügte er über das Alleinvertretungsrecht der Gießerei. Um diese Zeit wurden außer Kessel- und Dampfmaschinen in Serien angefertigt: Dreschmaschinen, Rostwerke, Häcksel- und Kartoffelschneidemaschinen, Schrotmühlen, Kleehau- und Getreidequetschmaschinen, Pflüge, Kopierpressen, Grabkreuze, Gitter, Pumpen, Ziegelstreichmaschinen, Mühlen, eiserne Öfen, Walzen, Lokomobilen, Chausseewalzen, hydraulische Aufzüge, Brennereien, Brauereien, Backöfen für Garnisonbäckereien, Feuerspritzen, Pferdestall-Einrichtungen, Meierei-Anlagen und anderes mehr.

Seit 1853 war Königsberg durch die Eisenbahn mit Berlin verbunden. 1854 erging der erste Auftrag der preußischen Regierung an die Union zum Bau einer Lokomotive für die Königliche Ostbahn. Die Lok mit offenem Führerstand und dreiachsigem Tender erhielt den Namen „Gilge“. Es war der Beginn des Lokomotivbaus in Königsberg, der bald schon wichtigster Geschäftszweig der Union-Gießerei wurde. Die 100. Lokomotive verließ das Werk 1874, die 500. 1890, die 1000. 1899. Zwischen 1896 und 1918 vermarktete die Union das patentierte Dultz'sche Wechselventil, das seit 1891 wesentlich zur Einführung der Verbund-Dampflokomotive beitrug, da es die Anfahrschwierigkeiten dieser Bauart überwand. Davon wurden bis 1912 5510 Stück zum Einbau in Nassdampf-Verbundlokomotiven produziert.

Am 11. August 1902 lieferte die Union ihre erste Heißdampflok ab, die schon kurz darauf zwischen Königsberg und Eydtkuhnen verkehrte. Die Belegschaft der Union-Gießerei nahm unterdessen stetig zu, von 100 Arbeitern und Angestellten im Jahr 1845 bis auf über 700 im Jahr 1869. 1911 hatte die Firma 1000 Mitarbeiter. Es heißt, Ostendorff habe vorbildlich für die Arbeiterschaft gesorgt. Er ließ einen Speisesaal errichten und gründete eine Krankenkasse.

Weiter wurden neben Maschinen aller Art auch Dampfschiffe gebaut. Bis zum sogenannten Zollkrieg von 1905 sollen insgesamt 45 flach gehende Schlepp- und Passagierdampfer mit einer Maschinenleistung bis zu 100 PS nach Russland geliefert worden sein. 1912 kaufte die Union die befreundete Werft von Fechter, wo Schlepp- und Passagierdampfer für die östliche Küstenbezirke und Flussmündungen gebaut wurden. Auch alle Klappbrücken der Stadt Königsberg sowie die Hansabrücke in Stettin sind in der Union-Gießerei konstruiert und gefertigt worden, desgleichen viele Eisenbahn- und Straßenbrücken in der Provinz. Dieselbe Abteilung befasste sich auch mit der Herstellung von Behältern, Kühlschiffen und Lagertanks für Brauereien.

1869 stellte Gottfried Ostendorff den aus Böhmen stammenden, hochbegabten Elias Radok (1840–1910) als Oberingenieur der Union ein. Empfohlen hatte ihn sein Freund August Borsig (jun.), Sohn des Gründers der weltbekannten Lokomotiv- und Maschinenbau-Fabrik A. Borsig in Berlin.

1881 erfolgte die Umwandlung des Unternehmens von einer offenen Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft. Die Aktien blieben in Familienbesitz. Im Aufsichtsrat saßen nur Verwandte, überwiegend Königsberger Kaufleute. Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde Rudolf Laubmeyer, während Radok und Ostendorff als technischer beziehungsweise kaufmännischer Direktor in den Vorstand gewählt wurden. Nach Ostendorffs Tod im Jahr 1891 war Radok alleiniger Direktor der Union-Gießerei. Mit großem Engagement widmete er sich der Entwicklung seiner Firma sowie der Region. Unter seiner Leitung erlebte die Gießerei ihre größte Blüte. Das Werk zählte zu den produktivsten Unternehmen im Deutschen Reich. Radok förderte auch die Entwicklung von Heimindustrien und wurde Mitbegründer einer neuen Bank. Im Dorf Neuhäuser an der Eisenbahnlinie Königsberg-Pillau besaßen die Familien Radok und Ostendorff Strandvillen. Einmal im Jahr fuhr die gesamte Belegschaft der Union-Gießerei mit der Eisenbahn nach Neuhäuser, um einen Tag gemeinsam am Ostseestrand zu verbringen und sich zu amüsieren.

1896 wurde Radok Ratsherr der Stadt Königsberg. Anlässlich der Fertigstellung der 1000. Lokomotive im März 1899 erhielt er seine Ernennungsurkunde zum Königlichen Kommerzienrat. 1902 vollzog die jüdische Familie Radok einen Konfessionswechsel, wobei Elias Radok den Vornamen Emil annahm. Längst waren die Montagehallen im Zentrum Königsbergs zu klein geworden. Auch gab es beständig Klagen aus der Nachbarschaft wegen der Geräuschbelästigung, die beträchtlich gewesen sein muss. Ein geeignetes Gelände zum Bau neuer Fabrikanlagen fand sich östlich von Königsberg am unteren Pregel beim ehemaligen Gut Contienen. Ohne Inanspruchnahme von Bankkrediten begann die Bebauung der Neuanlage 1907 mit einer Investition von 14 Millionen Mark, wobei lediglich zwei Millionen durch die Erhöhung des Aktienkapitals zusammenkamen. Das 1914 in Betrieb genommene neue Werksgelände verband ein Bahnanschlussgleis mit dem Bahnhof Ponrath. Auf dem Gelände verkehrte eine Schmalspurbahn. Den Verschiebedienst besorgte eine Kranlokomotive mit Oberleitung. Über Schiebebühnen und Drehscheiben waren alle Werkstätten mit dem normalspurigen Gleis verbunden. Die bebaute Fläche umfasste 61400 Quadratmeter. Erst 1921 war die Verlagerung der Gießerei und der Maschinenbauabteilung von der Oberlaak nach Contienen abgeschlossen.

Radok starb 1910. Seine Beliebtheit bei der Einwohnerschaft Königsbergs muss enorm gewesen sein, denn es wird berichtet, dass sich bei seiner Beerdigung ein langer Trauerzug bildete, wie ihn Königsberg bis dahin und auch später nicht gesehen hat. Sein Schwiegersohn, der Regierungsbaumeister a.D. Max Hartung, übernahm nach seinem Tod zusammen mit den Oberingenieuren Georg Panck und Paul Fischer die Werksleitung.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs erhielt die Union Aufträge der Regierung für den Umbau von Binnendampfern zu Hilfs-Kriegsschiffen, für Schiff- und Maschinenbau-Reparaturen für die Bootsabteilung „Oberost“ und für Neubauten von Minensuchbooten für die Kaiserliche Marine. In den 1920er Jahren wurden unter anderem Schleppdampfer für den Rhein, Lastenversetz-Dampfer für das Schifffahrtsamt Cuxhaven und Motor-Frachtschiffe für Hamburg gebaut. Besonders zu nennen sind die Eisenbahnbrücken über die Drewenz bei Wormditt (1924), die Insterbrücke bei Georgenburg. (1924), die Passarge-Brücke der Strecke Schlobitten-Wormditt (1926) sowie die Hubbrücke des Holzhafens der Staatswerft in Pillau (1926). Die Zahl der Arbeiter erreichte 1926 mit 1752 ihren Höchststand.

Von Mai bis Dezember 1922 wurden noch 36 Lokomotiven und zehn Kessel geliefert. Nach der Inflation geriet das Unternehmen in Not, da die neu geschaffene Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kaum Aufträge nach Ostpreußen vergab. Im Zuge der „Ostlandhilfe“ erhielt die Union 1927 noch einmal mehr als 70 Aufträge zum Bau der DRG-Baureihen 64 und 80. Die letzte Lieferung mit der Fabriknummer 2842 an die DRG erfolgte im August 1929. Einige dieser Loks sind als Museumsbahnen erhalten geblieben.

Paul Fischer trat 1920 aus gesundheitlichen Gründen zurück. Georg Panck starb 1923. Max Hartung übernahm die Werksleitung bis zum Eintritt von Paul Brehm im November 1925. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bereitete dem kurzen Aufschwung des Unternehmens ein Ende. Bis 1928 blieb die Union-Gießerei im Besitz der Familienaktionäre. Anschließend waren Banken beteiligt, die das Unternehmen 1930 in Konkurs gehen ließen. Die Werft blieb erhalten und wurde im März 1930 Zweigwerk der F. Schichau GmbH Elbing. 1931 wurde sie mit der überwiegend in Reichsbesitz befindlichen Schichau-Werft vereinigt und unter dem Namen Schichau Werft Königsberg fortgeführt. Der Schiffbau ging bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs weiter. Auf den neu errichteten Werftanlagen wurden im Auftrag der Kriegsmarine kleine Tanker vom Typ Norderney, Schlepper sowie U-Boote gebaut und lackiert. Die Geschichte der Union-Gießerei ist hauptsächlich durch die 1928 gedruckte Festschrift „100 Jahre Union-Gießerei 1828 bis 1928“ überliefert. Ein Exemplar befand sich im Besitz von Erich Lemmel, einem Enkel von Gottfried Ostendorff.

Dagmar Jestrzemski

Bei Union gebaut: Preußische Lokomotive T 14 von 1917
Bild: MPW57

Versager mit Note 1

Fidel Castro? Nie gehört! – Berufsschüler offenbaren immer größere Wissenslücken. Droht der Kollaps des Bildungssystems?

Mittlerweile hat die Bildungsmisere in der Bundesrepublik Ausmaße angenommen, die nur noch erschrecken können und Schlimmes für die Zukunft unseres Landes befürchten lassen.

Morgens um halb neun an einer deutschen Berufsfachschule: Der Gemeinschaftskunde-Dozent erwähnt den kubanischen Langzeitdiktator Fidel Castro, erntet damit aber nur verstörtes Stirnrunzeln – wer soll das denn bitteschön sein? In der Krankenpflegeklasse nebenan wird nach der Funktion der Herzklappen gefragt, woraufhin die großspurige Antwort folgt: „Die dienen natürlich der Erfrischung des Blutes – ist doch klar!" Im Unterricht zum Fach Rechts- und Staatslehre wiederum fällt der Begriff „Zechprellerei". Nie gehört dieses seltsame Wort, befinden die „Auszubildenden", und vermögen nicht einmal Vermutungen darüber anstellen, worum es sich hierbei wohl handeln könnte.

Ähnlich fällt die Reaktion in der Deutschstunde aus, als es um den Satz geht: „Bescheidenheit ist eine Zier." Hier sind endlose Erläuterungen nötig, die trotzdem keineswegs bei jedem fruchten. Andernorts schwitzt man gerade über einer Ethik-Klausur. Dabei ist es gang und gäbe, einfach alles klein zu schreiben und Satzzeichen wegzulassen, sodass der Text wie ein Manuskript aus dem frühen Mittelalter anmutet. Ein Zimmer weiter müht sich eine verzweifelte Lehrkraft zu erklären, wie logisches Denken abläuft: aus zwei Prämissen entsteht ein Vernunftschluss. Dies aber ist den Zuhörern viel zu komplex – Denken müsse doch irgendwie einfacher funktionieren.

Dabei erweisen sich nicht nur ehemalige Haupt- und Realschüler als hochgradig unbedarft, sondern auch Abiturienten. Dies resultiert aus dem Umstand, dass das Niveau des deutschen Abiturs seit Längerem kontinuierlich sinkt, wobei der Verfall in den letzten zehn Jahren am stärksten ausfiel. Dadurch wiederum erlangen heute viele die Hochschulreife, die unmöglich in der Lage sind, zu studieren oder eine anspruchsvollere Berufsausbildung zu absolvieren. Gleichzeitig werden die Noten immer besser, was einen Leistungsanstieg vorgaukelt: So hat sich die Zahl der Abiturienten mit dem Traum-Durchschnitt von 1,0 innerhalb von sechs Jahren fast verdreifacht. Dabei sagen Experten, dass das Fachwissen stark zurückgegangen sei, weil nur noch schwammig definierte „Kompetenzen" als wichtig erachtet würden.

Noch wesentlich schlimmer geht es außerhalb der Gymnasien zu. So entsprechen heute die Lese- und Mathematikkenntnisse zahlreicher Jugendlicher nach einer zehnjährigen „Bildungskarriere" an Haupt- oder Realschulen denen von Kindern des Jahres 1955 zum Ende der vierten Klasse der Grundschule. Und sechs Prozent unseres Nachwuchses schaffen nicht einmal den Hauptschulabschluss, obwohl der nahezu verschenkt wird.



Hier wird haargenau aufgepasst: Friseurlehrlinge in einer berufsausbildenden Schule Bild: Ullstein

Schuld an dieser Misere sollen vor allem die wachsende Kinderarmut, fehlende Hilfen für die Leistungsschwächeren, das föderalistische Bildungssystem der Bundesrepublik sowie die allgegenwärtige Fixierung auf Computer und Handys sein. Tatsächlich jedoch liegen die Ursachen eher auf anderem Gebiet.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Lehrer inzwischen meist darauf verzichten, realistische und damit auch motivierende Bewertungen abzugeben, und statt dessen nur noch Einsen verteilen, um sich Ärger mit den Eltern zu ersparen, welche lediglich auf die Noten, aber nicht auf das wirkliche Können ihrer Sprösslinge schauen. Dieses Vermeidungsverhalten funktioniert, weil die individuelle Schülerleistung sowieso kaum noch ermittelt werden kann, da die Gruppen- und Projektarbeit überhand nimmt. Das heißt, Wissen wird immer weniger auf dem Wege des sogenannten Frontalunterrichts vermittelt, der inzwischen fast als diktatorisch und somit irgendwie „rechts" gilt, sondern die Schüler sollen sich quasi selbst bilden. Allerdings steht spätestens seit Bekanntwerden der israelischen Lavy-Studie fest, wie sehr das die Normalbegabten überfordert und wie wichtig eine klar strukturierte Unterrichtsführung durch Autoritätspersonen ist. Außerdem verschlingen die zahlreichen und oftmals ziemlich dubiosen „Projekte", mit denen man die Schüler beschäftigt, derart viel Zeit, dass der ohnehin schon nicht mehr sonderlich anspruchsvolle Lehrplan auf der Strecke bleibt.

Darüber hinaus wird jedweder „Leistungsdruck" abgelehnt – ein Erbe der 68er. Hierdurch verlangen die Pädagogen am Ende nicht einmal mehr das, was unbedingt notwendig wäre. Oder, um es mit den Worten eines desillusionierten Lehrers zu sagen: „Wir fordern nichts mehr, wir fördern nur noch." Bis schließlich alle auf demselben – viel zu niedrigen – Stand angelangt sind. Aber genau das scheint die Absicht der verantwortlichen Bildungspolitiker zu sein: Gleichmacherei! Die nämlich ist das beste Rezept gegen die Entstehung einer geistigen Elite im Lande, vor der sich unsere unfähigen oder gegen deutsche Interessen handelnden Staatslenker so fürchten. Wenn man ein dummes, gut manipulierbares Volk haben möchte, muss man dafür sorgen, dass es von keinerlei intellektuellen Vorbildern zum Nachdenken angeregt oder vielleicht gar noch zum Widerstand aufgestachelt wird.

Deshalb gilt der unkontrollierte Zustrom von „Flüchtlingen", „Schutzsuchenden" und „Verfolgten" auch in dieser Hinsicht als absoluter Glücksfall, denn nun besteht die Möglichkeit, das Niveau an unseren Schulen, Universitäten und Ausbildungseinrichtungen noch weiter abzusenken – angeblich um der fremdkulturellen Klientel bei ihren fleißigen Integrationsbemühungen entgegenzukommen. Erste Stimmen, die dies anmahnen, sind bereits zu vernehmen. Damit droht Deutschland der endgültige Kollaps seines Bildungssystems, was dann auch das allgemeine Finis Germaniae bedeuten würde. Denn ohne brillante Köpfe hat unser ressourcenarmes Land, das nur durch den Erfindergeist und das intellektuelle Potenzial seiner Menschen zu Wohlstand gekommen ist, keinerlei Zukunftschancen. *Lydia Conrad*

Vorsicht, bissiger Dino

Skelett eines Tyrannosaurus Rex aus den USA fasziniert die Berliner

Er hatte den stärksten Biss aller Zeiten. Die mit einer steakmesserartigen Riffelung versehenen Zähne wurden beim Zubeißen mit einer Kraft von fünf Tonnen in das Opfer getrieben. Wie bei Haien wuchsen sie immer nach, sodass hinter jedem Zahn im Kiefer mehrere Folgezähne bereitstanden.

Die Rede ist vom Tyrannosaurus Rex. Jetzt kann man diesem gewaltigen Räuber im Original und voller Größe im Berliner Naturkundemuseum gegenüberstehen. Ein zwölf Meter langes Skelett und der fast vollständige Schädel des Raubsauriers sind seit Dezember in der Hauptstadt zu sehen. Der T. Rex wurde 2010 in den USA im US-Bundesstaat Montana in der Hell Creek Formation gefunden und gilt unter Experten als einmaliger Fund. In dieser Gegend im Nordwesten Amerikas mit viel Sedimentgestein aus der späten Kreidezeit konnten bereits mehrere andere Dinosaurier-Arten ausgegraben werden.

Forscher stellten bei Untersuchung der Erdschichten anhand von Samen, Pflanzenteilen, Fischschuppen, Sporen, Blüten und sogar Resten von Krokodilen fest, dass der Saurier in einer feuchtheißen Flusslandschaft lebte. Der Däne Niels Nielsen interessierte sich genau wie sein fünfjähriger Sohn Tristan, der zum Namensgeber für den Berliner T. Rex wurde, schon seit Kinderzeiten für Dinosaurier. Nielsen kaufte das Dino-Skelett und stellte es Berlin zur Verfügung. Es wird für Forschungszwecke nun drei Jahre im Naturkundemuseum präsentiert. Während der ganzen Zeit werden Wissenschaftler am Skelett Untersuchungen vornehmen. Die neuesten Erkenntnisse fließen stets in die Ausstellung ein. Mit modernster Technik will man herausfinden, was die 66 Millionen Jahre alten Knochen verraten. Zusammen mit der Berliner Charité scannte man den Kiefer des Tieres und fand bereits eine tumorartige Verdickung, die dem Dino zu Lebzeiten sicher extreme Schmerzen bereitet haben muss.



Kampfungeheuer: Der „Berliner" T. Rex Bild: Carola-Radke/MfN

Forscher gehen davon aus, dass ein T.-Rex-Skelett aus etwa 300 Knochen besteht. Von Tristan wurden 170 Knochen gefunden. Damit zählt er zu den vollständigsten Exemplaren weltweit. Die dunkle Färbung des Skeletts ist eine natürliche Folge der Einlagerungen in die Knochen durch Pigmente verschiedener Tonmineralien. Das Team des Museums baute in nur 30 Tagen das Skelett in einer Halle auf, die groß genug sein musste, um den vier Meter hohen Saurier zu fassen.

In einem Schaukasten wird der echte Kopf des Sauriers ausgestellt. Hier kann man dem Dino ins Gesicht sehen und seine Zähne bewundern. Der Kopf ist mit einem Gewicht von 180 Kilogramm so schwer, dass er nicht an das Skelett montiert werden konnte. Ein Abguss krönt den Saurier-Körper. Berlin sei jetzt zwar um Millionen Jahre gealtert, meinte Berlins Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Cornelia Yzer, zur Ausstellungseröffnung, aber dafür um eine große Attraktion reicher. *Silvia Friedrich*

Die Schau „Tristan – Berlin zeigt Zähne" läuft bis Dezember 2018 im Museum für Naturkunde, Invalidenstraße 42, 10115 Berlin, geöffnet Dienstag bis Freitag 9.30 bis 18 Uhr, sonnabends und sonntags ab 10 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Internet: www.naturkundemuseum.berlin

Närrische Sauberfrauen

Die Hemauer Waschweiber läuten Ende Januar den Fasching ein

Seit 40 Jahren sind sie eine konstante Größe im Hemauer Fasching und ein entscheidendes Element, das den Ruf der Stadt als Faschingshochburg in der westlichen Oberpfalz rechtfertigt. Denn mit nur wenigen, weltpolitisch oder privat bedingten Unterbrechungen bereichern die Waschweiber seit nunmehr vier Jahrzehnten die Fastnacht in der Tangrintelstadt.

Seit 1976 berichten die Waschweiber über Vorkommnisse in der Stadt und darüber hinaus. Motivation der damals acht Frauen, die sich schon zuvor im Fasching engagiert hatten, war, das bisherige Männermonopol beim Moritatensingen zu brechen. Bei der Premiere waren sie als Waschweiber um ihren mobilen Stadtbrunnen versammelt, um die schmutzige Wäsche des Vorjahres zu waschen. In Wäscherinnenkleidung mit Häubchen und Waschbrett lasen sie bei ihrem Zug durch die Wirtshäuser mit spitzer Zunge den Bürgern die Leviten. Das Lied „Wasser ist zum Waschen da" dient ihnen auch heute noch als Basis ihrer Ausführungen.

In den ersten Jahren experimentierte die Gruppe noch mit ihrer Identität. Von 1977 bis 1979 trat sie zwar unter dem Namen „Waschweiber", aber nicht jedes Mal in der ursprünglichen Kostümierung auf. So stellten die Damen 1978 Kaminkehrer dar, ein Jahr später verkündeten sie als Mitarbeiter der „Tangrintler Nachrichten" ihre Neuigkeiten.

1980 kehrten die Waschweiber zu ihrem ursprünglichen Stil zurück, dem sie bis heute treu geblieben sind. 1984 hatten sie einen „Azubi" dabei, der zwei Jahre später zur Stammbesetzung gehörte. Zum zehnten Jubiläum gönnten sie sich einen neuen Brunnen, dessen Gitter die Köpfe bekannter Hemauer zierten. Nach 1988 war für längere Zeit Schluss. Teils aus privaten und familiären, teils aus Gründen der Weltpolitik (Golfkrieg 1991) pausierten die Waschweiber für vier Jahre.



Waschweiber mit der Stadtbrunnen-Kuh Bild: Bauer

1993 kehrten sie zurück, wo sie aber umso kräftiger einseiften, schleuderten, spülten und trockneten. Nur noch im Fasching 2000 legten sie eine Pause ein, seither zünden sie jedes Jahr, inzwischen als letzte und einzige der an den Faschingssonntagen durch Hemau ziehenden Ausspiel- und Maschkerergruppen, ihr Feuerwerk. Kein Thema bleibt ausgespart: ob Kommunalpolitik, Geschäftswelt, Kirche, Fremdenverkehr, Post, Schwimmbad oder die Vereine der Großgemeinde. Aber auch überregionale Ereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft oder den Papstbesuch bearbeiten sie auf ihre ganz spezielle Weise.

Zum 40-jährigen Bestehen gibt es wieder neue Kleider und einen neuen Brunnen. Das Programm braucht sich kaum vor Programmen aus Kabarett- und Kleinkunstbühnen zu verstecken. Denn die fünf Damen Emmi und Bettina Strunz, Leni Haller, Christine Langer und Ruth Dettenwanger-Baumer bieten Musik, Gesang und Schauspiel: vom Schuhplattler mit weißen Gummistiefeln oder afrikanischer Musik über Rap-Gesang bis zu Mozarts „Kleiner Nachtmusik", gespielt auf Gläsern oder mit Schlagzeug.

Und beim Hemauer Bürgerfest am letzten Juni-Sonnabend betrieben sie einen Kaffee- und „Küchl"-stand. Seit 1980 haben sie damit für soziale und caritative Zwecke bereits viele Tausend Euro erwirtschaftet. Am Abend des 31. Januar ist ihr Jubiläumsauftritt in mehreren Hemauer Gasthäusern. *Markus Bauer*

Von Dogmen geheilt

Leben eines Kommunisten



Günter Lucks, geboren 1928, legt bereits das dritte Buch über seine Kindheit vor, mit Hilfestellung des Historikers Harald Stutte verfasst. Er wuchs auf in Hamburgs „rotem Osten“, in „bettelarmer“ Umgebung, „kommunistisch oder sozialdemokratisch“, wo der 1. Mai „mindestens so wichtig wie das Weihnachts- oder Osterfest“ war. Auch Lucks' Eltern waren „gestandene Kommunisten“, mit Lenin als „gottgleichem Übervater“, Stalin und Thälmann als höchste Autoritäten, obwohl der dröge Quassler Thälmann vielen auf die Nerven ging.

Nur in diesem Milieu konnte 1923 der kommunistische „Aufstand“ ausbrechen, den die Partei im restlichen Reich zurückpfiff. Sie setzte auf Terroristen wie den „23-jährigen Jungkommunisten mit Namen Erich Mielke“ und ihren schlagkräftigen „Rotfrontkämpferbund“, der es mit Hitlers SA aufnahm. Viele Erwachsene waren uniformiert, die Kinder wollten es auch, aber der Vater verbot es, auch als sich nach 1933 „eine ganze Nation über Uniformen definierte“.

Das liest sich so gut, dass man eine Fülle von Fehlern verzeiht, mögen sie auch strohdumm sein (Schlacht um Stalingrad endete am 2. Februar 1943, nicht am 2. Januar), oder als „Legende“ widerlegt (Kartoffelkäfer-Abwurf von Alliierten, Seife RIF aus „rein jüdischem Fett“) – nicht einmal Schlagertitel von Marika Rökk stimmen.

Ein ausgesprochener Vorzug des Buchs ist hingegen sein akribischer Umgang mit NS-„Sprache“. Was war noch „Elastolin“-Spielzeug, das derzeit stolze Preise bei eBay erzielt? Leichter zu dechiffrieren sind Eintopfsonntag, Feindsender, Kohlenklau, Kinderlandverschickung, erbtüchtig bis zu Wortungetümen wie „garnisonsverwendungsfähige Heimat“, wie es Verwandte waren.

Familie von Hitler-Stalin-Pakt schockiert

Der tiefrote Lucks-Klan war 1939 vom Hitler-Stalin-Pakt schockiert: „Die sowjetische Führung hatte dem Henker Tausender Kommunisten die Hand gereicht!“ Erst im Juni 1941 nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion hellten sich die Mienen wieder auf: „Jetzt hat das Großmaul den Krieg verloren.“ Auch später bewies die Familie „Weitsicht“, etwa der Stiefvater, als er „tschechischen Genossen“ prophezeite: „Am Ende wird zwischen den Nazis und ihren Gegnern kein Unterschied gemacht, wenn sie Deutsche sind. Und wer weiß, wo ihr dann seid.“

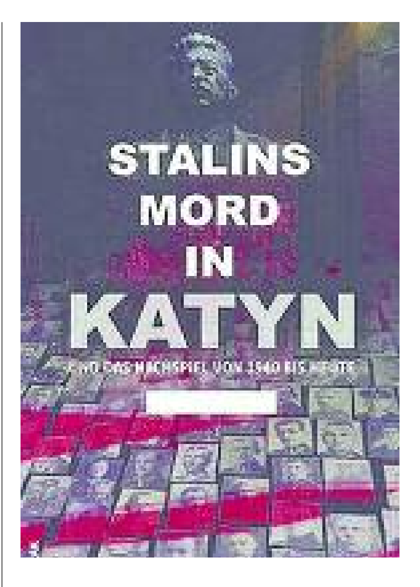
Der 15-jährige Günter kam noch ins Elend des Kriegsendes. Ab 1943 tat er, dessen Uniform-Begeisterung längst verraucht war, als „Flakhelfer“ Dienst an Geschützen, ab Oktober 1943 war er gar „Kindersoldat bei der Waffen-SS“, mit allen Attributen bis zur eintätowierten Blutgruppe unter dem linken Oberarm. Das und anderes wurde ihm nach Kriegsende „auf Grund meiner Jugend nachgesehen“, als er eine jahrelange Odyssee durch sowjetische Gefangenenlager bis nach Moskau antrat. Im Januar 1950 kehrte er nach Hamburg zurück, wo ihn seine Mutter mit der Frage empfing: „Du bist doch ein Kommunist?“ Er versuchte es, lebte 1956/57 sogar ein paar Monate in der DDR, war dann „endgültig geheilt von dogmatischen Ideologien“. Nicht so seine Mutter, die 1989 zornig das Ende der DDR erlebte, „die sie immer noch stets das Arbeiterparadies nannte“.

Wolf Oschlies

***Günter Lucks, Harald Stutte: „Der rote Hitlerjunge. Meine Kindheit zwischen Kommunismus und Hakenkreuz“**, Rowohlt Taschenbuchverlag, Hamburg 2015, broschiert, 235 S., 9,99 Euro*

Schwärende Wunde

Peter Johnsson wertete alle verfügbaren Quellen über Katyn aus



Es war eines der größten Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, aber es ist weder im europäischen Bewusstsein verankert, noch wurde den Angehörigen je eine Wiedergutmachung zuteil. Dafür hat zuletzt eines der höchsten europäischen Gerichte, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMGH) in Straßburg, gesorgt. Damit hat Europa, das gern die europäischen Menschenrechtsnormen als globales Modell verstanden wissen will, sich selbst ein Armutszeugnis ausgestellt. Wie will man Vorbild sein für die Welt, wenn man die eigenen Normen nicht einhält, wenn es politisch opportun erscheint?

Der Fall Katyn bleibt eine schwärenden Wunde am Körper Europas, die erst heilen wird, wenn die volle Verantwortlichkeit für dieses Verbrechen vom Rechtsnachfolger der stalinistischen Sowjetunion übernommen wird.

Die Fakten sind erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Im Frühjahr 1940 ließ Stalin mehr als 20 000 polnische Offiziere, Unteroffiziere, Beamte, Feuerwehrmänner im nach dem Hitler-Stalin-Pakt sowjetisch besetzten Ostpolen verhaften und in diverse Lager sperren. Einige Monate später wurden diese Menschen auf Beschluss des Politbüros der KPdSU hingerichtet und in Massengräbern verscharrt. Von den wenigen Überlebenden weiß man, dass die Todgeweihten bis zum Schluss nichts von ihrem Schicksal ahnten. Erst am Rande des Grabes realisierten sie, was ihnen bevorstand und leisteten zum Teil Widerstand. Bei Exhumierungen wurden Menschen gefunden, die an Armen und Beinen gefesselt waren.

Europa spielte Rolle bei Geschichtslüge

Mehr als ein halbes Jahrhundert verbreitete die sowjetische Führung erfolgreich die Lüge, die Polen wären Opfer einer nationalsozialistischen Gräueltat gewesen. Die ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion, die schon im Krieg die Wahrheit erfuhren, Churchill und Roosevelt, stellten diese Geschichtsfälschung nie in Frage. Während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses ließen sie sogar zu, dass der sowjetische Chefankläger Wehrmachtsoffiziere wegen der Verbrechen in Katyn anklagte. Es kam allerdings zu keiner Verurteilung, denn die Argumentation der Sowjets stand auf zu wackligen Füßen.

Die Geschichtslüge blieb dagegen erfolgreich bestehen. Die Akten mit den genau dokumentierten Ereignissen blieben geschlossen bis in die Ära Gorbatschow. Erst nachdem Boris Jelzin an die Macht gekommen war, wurden dem damaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa im Oktober 1992 Dokumente zu Katyn übergeben, darunter ein Schreiben von Geheimdienstchef Berija an Stalin, in dem er die Ermordung der polnischen Offiziere vorschlägt. Mehr als 50 Jahre hatte es gedauert, bis die Rechtsnachfolger der Sowjetunion bekannten, dass die polnischen Offiziere vom NKWD hingerichtet worden waren. Der russische Militärstaatsanwalt eröffnete 1992 sogar ein Verfahren, in dem die näheren Umstände untersucht werden sollten. Aber bereits ein Jahr später wurden diese Untersuchungen faktisch eingestellt, bis im Jahr 2005 das Verfahren offiziell beendet wurde. Mehrere Versuche von Memorial, andere Gerichtsverfahren zu erzwingen, scheiterten. Zuletzt urteilte das EMGH in Straßburg, dass Russland nicht verpflichtet werden könne, ein Katyn-Verfahren wieder aufzunehmen.

Es ist das große Verdienst von Peter Johnsson, Historiker, Journalist und Autor des Buches „Stalins Mord in Katyn“, alle verfügbaren Quellen ausgewertet und nicht nur die Umstände des Massenmordes, sondern auch die Geschichtslügen, die sich um dieses Verbrechen herumranken, genauestens untersucht und beschrieben zu haben. In all ihren makaberen Details ist es eine Geschichte, die Fragen nach dem laxen Umgang mit der historischen Wahrheit, auch in der Europäischen Union, aufwirft.

Das Kapitel Katyn ist, was die juristische Seite betrifft, abgeschlossen. Gegen eine, auch noch so fragwürdige, Entscheidung des EMGH in Straßburg ist kein Einspruch mehr möglich. Aber die politische und moralische Diskussion wird weiter gehen. Johnsson resümiert: „Katyn handelt von einem überlegten, durchdiskutierten und politisch beschlossenen und deshalb protokollierten Massenmord. Katyn handelt deshalb ... vom menschlichen Zynismus in der Politik. Katyn handelt auch von Gleichgültigkeit in der Politik ..., die im Grunde auf Unmoral baut. Etwas, was André Glücksmann ... den passiven Nihilismus genannt hat.“

Ein totalitärer, hasserfüllter Machtpolitiker und seine Nachfolger konnten mit unmoralischer Unterstützung demokratischer Machtpolitiker Europa über ein halbes Jahrhundert über ein Verbrechen belügen und vermeiden, dass die Frage nach der Verantwortung in den Korridoren der Macht gestellt wird.

So lange sich Europa nicht klar zum Unrecht und zu seiner Unmoral bekennt, wird der Fall Katyn nicht abgeschlossen werden können..

Vera Lengsfeld

***Peter Johnsson: Stalins „Mord in Katyn und das Nachspiel von 1940 bis heute“**. Aus dem Schwedischen übersetzt von Philipp Wagner, Klak Verlag, Berlin 2015, broschiert, zirka 210 Seiten. 16,90 Euro*

Dingen auf den Grund gehen

Buch erklärt Kindern anschaulich komplizierte Themen der Technik



Wer sich intensiver über das Thema „So geht Technik“ informieren will, sollte sich das gleichnamige Buch von John Farndon und Rob Beattie aus dem Gerstenberg-Verlag besorgen. Hier erfährt man fast alles über Technik und kann mittels aufklappbarer, großformatiger Seiten ins Innere vieler Geräte schauen. John Farndon hat Hunderte Bücher für Kinder und Erwachsene zu Naturwissenschaft und Umweltthemen geschrieben. Der Journalist Rob Beattie zeigt in diesem, seinem ersten Kindersachbuch wie man mit einfachen Worten komplizierte Dinge erklären kann. Das Buch beginnt mit einer Einführung darüber, wie sehr unser Leben heute von der Technik bestimmt wird. Noch vor 200 Jahren sah die Welt völlig anders aus. Weltbewegende Erfindungen und Entdeckungen, wie zum Beispiel die Elektrizität, waren nötig, damit wir es heute so bequem haben. Wer mal ganz genau wissen möchte, wie ein Toaster, wie Raketen, Fernseher, Autos, Solaranlagen, Satelliten, Tauchboote, Flugzeuge und vieles mehr eigentlich wirklich funktionieren, wird hier fündig. Keine Frage bleibt unbeantwortet. Schritt-für-Schritt-Erklärungen lassen Kinder komplexe Zusammenhänge leichter begreifen. Detaillierte, lustige Bilder machen das Verstehen einfach. Ein Glossar am Ende des Werkes erklärt schwierige Begriffe. Ein Buch nicht nur für den Zeitvertreib, sondern auch als Grundlage oder Vertiefung für schulische Themen.

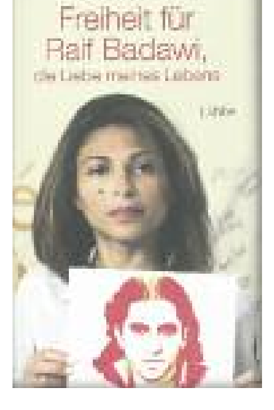
Wissen, wie ein Auto funktioniert

Silvia Friedrich

***John Farndon, Rob Beattie Margot Wilhelmi (Übersetzer): „So geht Technik. Warum Toaster toasten, Flugzeuge fliegen und Wasser aus dem Hahn kommt“**, Gerstenberg Verlag, 80 Seiten, farbig illustriert, gebunden, 14.95 Euro*

Hoffnungsträger gegen ein Unrechtsregime

Ehefrau des in Saudi-Arabien inhaftierten Bloggers Raif Badawi kämpft mit einem Buch für die Freiheit ihres Mannes



Am 16. Dezember 2015 wurde der inhaftierte saudische Blogger Raif Badawi vom EU-Parlament in Straßburg mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit gewürdigt. Seine Frau Ensaf Haidar nahm die Auszeichnung entgegen, da der 31-jährige Badawi seit Juni 2012 in Saudi-Arabien inhaftiert ist.

Haidar floh kurz vor der Festnahme ihres Mannes mit den drei gemeinsamen Kindern in den Libanon und lebt seit 2013 in Quebec, Kanada. Raif Badawi ist ein politischer Häftling, den die religiösen und politischen Machthaber Saudi-Arabiens ausschalten wollten, weil er im Internet kritische Dis-kussionen über das Regime angestoßen hatte. Als ein Novum galten die auf seinem Blog geführten Debatten über die Unterdrückung der Frauen nach den strengen Regeln seines Heimatlandes. 2014 wurde Badawi in einem zweiten Prozess wegen „Beleidigung des Islams“ zu zehn Jahren Gefängnis und 1000 Stockhieben verurteilt. Die Grausamkeit dieser Rechtsprechung rief weltweit Entsetzen hervor. Dennoch musste er im Januar 2015 50 Stockhiebe erdulden, die ihn fast das Leben gekostet hätten. Anschließend wurde die Prügelstrafe bis auf weiteres ausgesetzt.

Unermüdlich tritt Ensaf Haidar mit Unterstützung von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen für die Freilassung ihres Mannes ein, zuletzt mit der Gründung einer Stiftung. Dabei agiert sie äußerst vorsichtig, um die saudische Regierung nicht noch mehr gegen sie und ihren Mann aufzubringen. Gemeinsam mit der Redakteurin Andrea C. Hoffmann hat sie ein fesselndes, berührendes Buch geschrieben, betitelt „Freiheit für Raif Badawi, die Liebe meines Lebens“.

Folter, Grausamkeit und Verrat entlarvt

Man erfährt daraus erschütternde Einzelheiten über den Sittenkodex einer unerbittlichen Gesellschaft, über Verrat und Grausamkeit in der eigenen Familie. Das „Kollektiv“, in diesem Fall die Großfamilie, bestraft zuwiderhandelnde Mitglieder. So entfachten Ensafs Brüder ein Störfeuer, um eine Ehe zwischen ihrer Schwester und Badawi zu verhindern. In Saudi-Arabien gilt es bereits als Frevel, wenn die Partner aus Liebe und freiem Willen zueinander finden. Trotzdem heiratete das Paar 2002. Später denunzierte Raif Badawis Vater in Fernsehauftritten den eigenen Sohn, der als Kind wegen seiner Brutalität vor ihm geflohen war, als angeblichen Apostaten, wohl wissend, dass Abfall vom Islam in Saudi-Arabien mit dem Tod geahndet wird.

Haidar berichtet über den Hintergrund der absurden Bevormundung der Bürger in ihrem Heimatland. Sie beruht auf dem historischen Bündnis zwischen Macht und Ideologie, bis heute repräsentiert durch die al-Saud-Dynastie und die Religionspolizei Abd al-Wahhab. Wurde Badawis Internetblog „Netzwerk saudischer Liberaler“ anfangs noch von der Regierung toleriert, so änderte sich alles mit dem sogenannten arabischen Frühling. 2012 wurde sein Blog geschlossen. Mittlerweile wage niemand mehr, kritische Texte unter eigenem Namen zu veröffentlichen, so Haidar.

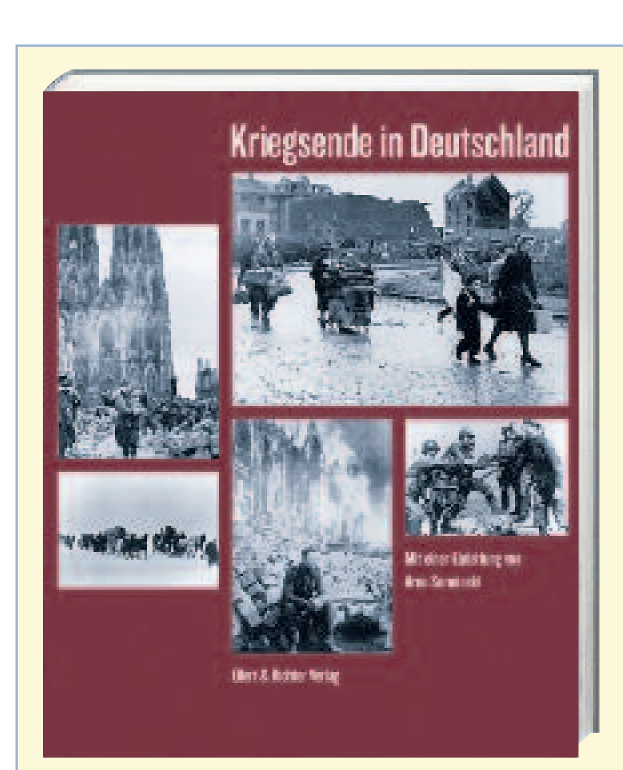
Nach dem Attentat auf die Redakteure des französischen Magazins „Charlie Hebdo“ demonstrierten am 11. Januar 2015 in Paris Staatsoberhäupter aus aller Welt in vorderster Reihe gegen den Terror der Islamisten, darunter auch Vertreter aus Saudi-Arabien. Internationale Berichterstatter geißelten daraufhin die Verlogenheit des Regimes: Zwei Tage zuvor war Raif Badawi in Riad öffentlich ausgepeitscht worden.

Im Frühjahr 2015 überwiesen die Saudis Badawis Fall zurück an den Obersten Gerichtshof, was Anlass zur Hoffnung gab, dass der kurz zuvor inthronisierte König Salman bereit sein könnte, Badawi zu begnadigen. Doch zum Entsetzen aller, die den Fall in den Medien verfolgen, wurde das Urteil von 2014 bestätigt. Obwohl nun keine Revision mehr eingelegt werden kann, hofft Haidar weiter auf eine Begnadigung ihres Mannes. Zahlreiche hochrangige Politiker und Journalisten haben an den saudischen König appelliert, Badawi freizulassen, zuletzt Außenminister Steinmeyer. Nur Barack Obama hat es bislang vermieden, bei den saudischen Partnern die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. Umso mehr Gewicht kommt diesem Buch zu, da sich eine hohe Publizität in vergleichbaren Fällen oftmals als Rettungsanker erwiesen hat.

Dagmar Jestrzemski

***Ensaf Badawi: „Freiheit für Raif Badawi, die Liebe meines Lebens“**, Verlag Bastei Lübbe, Köln 2015, gebunden mit Schutzumschlag, 256 Seiten, 19,99 Euro*

Anzeige Rautenberg Buchhandlung



Frank Bajohr/Mathias Beer/Nicolas Berg

Kriegsende in Deutschland

Mit einer Einleitung von Arno Surminski

Im Frühjahr 1945 ging für die Deutschen der von ihnen entfesselte Zweite Weltkrieg zu Ende. Der Einmarsch der alliierten Truppen bedeutete die Befreiung vom nationalsozialistischen Terror, das Ende der Kämpfe und Bombennächte, für viele aber auch den Beginn von Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft. Historiker und Zeitzeugen schildern in diesem Buch die politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und militärischen Operationen der letzten Kriegsmonate. Informative Karten und eine Chronologie ergänzen den mit historischen Fotos reich illustrierten Band. Eine Auswahl der Autoren: Frank Bajohr, Mathias Beer, Nicolas Berg, K. Erik Franzen, Ulrich Herbert, Heinrich Jaenecke, Axel Schildt, Manfred Zeidler. 256 Seiten

Nr. P A0856 Gebunden 19,95 €



Dieter Peeters

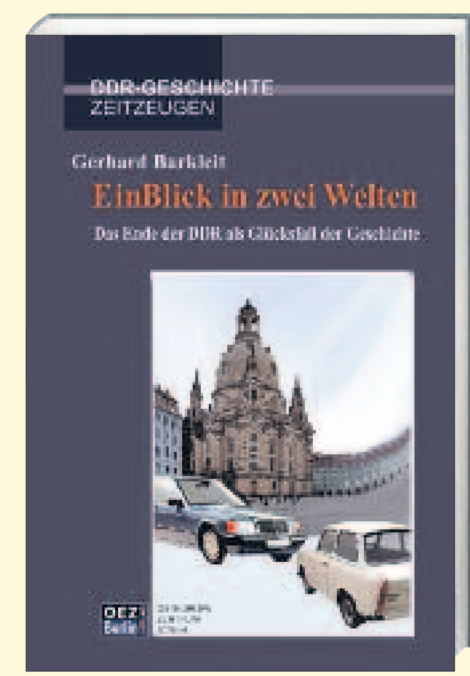
Vermisst in Stalingrad

Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager 1941–1945

120 Seiten/Kartoniert

Nr. P A0853 12,80 €

Am 2. Februar 1943 endet die Schlacht von Stalingrad. Kein anderer Ort ist seither so fest mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Die Katastrophe an der Wolga gilt als der Wendepunkt des Krieges im Osten. Dieter Peeters ist einer der letzten Überlebenden von Stalingrad. Er schildert die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 gilt er wie Zehntausende andere als „vermißt in Stalingrad". Er durchlebt das Grauen in einem Todeslager und sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrt er heim nach Deutschland. Seine Erinnerungen, ergreifend geschrieben, sind ein erschütterndes Dokument des Leidens. Nach seiner stieg er zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edelstahlunternehmen. Dieter Peeters lebt heute in Düsseldorf.



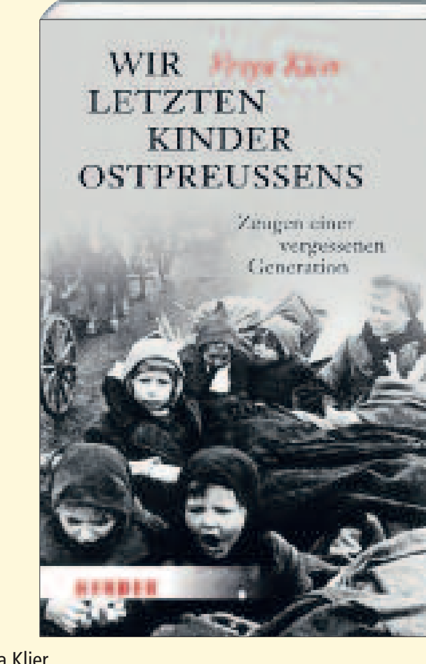
Gerhard Barkleit

EinBlick in zwei Welten

Das Ende der DDR als Glücksfall der Geschichte

Das Buch reflektiert einen Systemvergleich von DDR und Bundesrepublik, der zum einen die Abrechnung mit der SED-Diktatur bedeutet. Zum anderen werden Chancen aufgezeigt, die sich dank der Wiedervereinigung nun auch den Ostdeutschen bieten. Abrechnung bedeutet dabei keineswegs, die real existierende DDR als die Hölle und das demokratisch verfasste, wieder vereinte Deutschland als das Paradies zu beschreiben. Methodisch wird dieser Systemvergleich durch einen Wechsel von biografischen und systematischen Kapiteln geleistet, ergänzt durch einen Seitenstrang, der die zarten Anflüge von Kritik an systembedingten Dilemmata durch renommierte Literaten der DDR reflektiert, und sich wie ein roter Faden durch die Geschichte zieht. Persönliches Erleben und berufliche Erfahrung des Autors gewährleisten Authentizität und Fachkompetenz in der Darstellung. 660 Seiten

Nr. P A0966 Gebunden 24,90 €



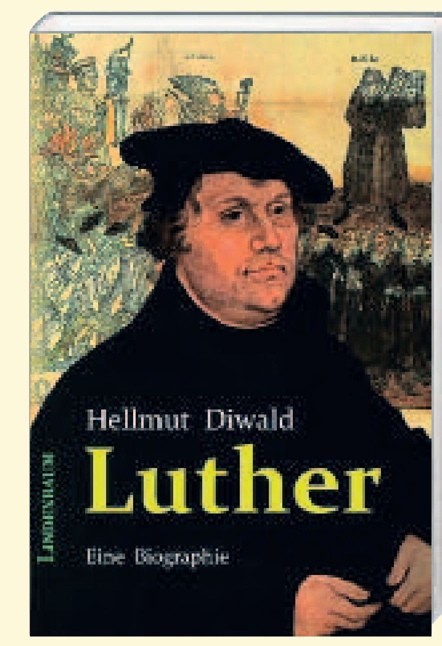
Freya Klier

Wir letzten Kinder Ostpreußens

Zeugen einer vergessenen Generation

Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Später arbeitete sie als Schauspielerin und Theaterregisseurin, 1980 war sie Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung. Freya Klier hat zahlreiche Preise und Ehrungen erfahren, unter anderem erhielt sie im Jahr 2012 das Bundesverdienstkreuz. 448 Seiten

Nr. P A0789 Gebunden 22,99 €



Hellmut Diwald

Luther – Eine Biografie

Der Mönch und Wittenberger Theologieprofessor Martin Luther war ein Revolutionär. In der Weltgeschichte findet sich keine Gestalt, die um des Glaubens und der Wahrheit willen entschiedener den Umsturz bewirkt, eine Revolution herbeigeführt und den geschichtlichen Ablauf der Jahrhunderte überspannte. Sie begann mit dem sogenannten Turmerlebnis Luthers um 1515, setzte mit Luthers 95 Thesen gegen den Ablasshandel im Oktober 1517 ein erstes öffentliches Fanal und wurde beendet vom Augsburger Religionsfrieden des Jahres 1555. Die Etappen dieses Prozesses sind identisch mit den Etappen der tiefgreifendsten Revolution, von der Europa jemals erfasst wurde. Hellmut Diwald (1924–1993), der 1978 mit seiner „Geschichte der Deutschen" großes Aufsehen erregte, setzt dem deutschen Revolutionär und christlichen Glaubenserneuerer Luther mit dieser packend geschriebenen Biografie ein großartiges Denkmal. 454 Seiten

Nr. P A0783 Gebunden 29,80 €



Victor Klemperer

Man möchte immer weinen und lachen in einem

Revolutionstagebuch 1919

Eine sensationelle Erstveröffentlichung: Einer der scharfsichtigsten Chronisten deutscher Geschichte über die „wilden Münchner Tage" 1919. Victor Klemperers Schilderungen des Chaos nach dem Ersten Weltkrieg und des Scheiterns der Münchner Räterepublik ist eine solch anschauliche und genaue Momentaufnahme aus der belagerten Stadt, wie man sie sonst nirgendwo findet. Ein bewegendes, mit Spannung zu lesendes Gesamtbild von diesem entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte – aus der Revolution von 1918/19 ging nicht nur die erste deutsche Demokratie hervor, zugleich kündigte sich in ihr bereits das kommende Unheil an. Das Werk enthält ein Vorwort von Christopher Clark und ein historisches Essay von Wolfram Wette. 263 Seiten

Nr. P A0925 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €

4. Auflage 2014

George Turner

Die Heimat nehmen wir mit

Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45

304 Seiten/Geb. mit SU

Nr. P A0253 26,50 €

Der Autor schlägt einen großen Bogen und schildert, wie seine Familie gezwungen wurde, ihre Heimat im Salzburger Land im Jahr 1732 aus Glaubensgründen zu verlassen, wie sie von keinem der Kriegsereignisse der folgenden mehr als 200 Jahre in Ostpreußen verschont geblieben ist, wie sie schließlich auch aus dieser inzwischen zur Heimat gewordenen Region vertrieben und in alle Winde verstreut wurde und verstreut hat, wieder Wurzeln zu schlagen. Dabei lässt er Verwandte zu Wort kommen, die wie er die Flucht der Jahre 1944/1945 als Kinder oder Jugendliche über sich haben ergehen lassen müssen und macht persönliche Berichte aus Nachlässen der älteren Generation zugänglich, die Vertreibung und Neuanfang als Erwachsene erlebt haben.



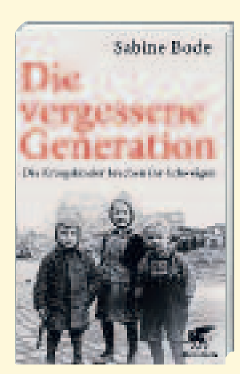
Kerstin Schweighöfer

100 Jahre Leben

Welche Werte wirklich zählen

Was uns die Weisheit hundertjähriger Menschen über das Leben, das Glück und die Liebe lehrt. – Denken wir an Hundertjährige, dann bekommt das ansonsten so gefürchtete Alter etwas Geheimnisvolles. Sie ziehen uns in ihren Bann. Umso mehr, wenn sie nicht aus Fernsehen steigen und verschwinden, sondern uns an ihren hundert Jahren Lebensklugheit teilhaben lassen. Denn wann, wenn nicht dann, weiß ein Mensch, worauf es letztlich ankommt? In wunderbaren Begegnungen und berührenden Gesprächen mit zwölf Hundertjährigen – von der Bäuerin zur Künstlerin, vom Priester zum Politiker – erfährt Kerstin Schweighöfer manch ein Geheimnis und oft verblüffende Antworten auf die großen Fragen des Lebens: Was macht eine gute Freundschaft, Beziehung oder Ehe aus? Wie kann die große Liebe zur Liebe des Lebens werden? Wie soll man umgehen mit Schmerz und Verlust? – Ein Buch voller bewegender Lebensgeschichten, die uns Lesern zeigen, welche Werte im Spiegel der Zeit wirklich zählen. 320 Seiten

Nr. P A0946 Gebunden mit Schutzumschlag 20,00 €



Sabine Bode

Die vergessene Generation

Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen

303 Seiten

Taschenbuch

Nr. P A0578 9,95 €

Noch nie hat es in Deutschland eine Generation gegeben, der es so gut ging, wie den heute 60- bis 75-jährigen. Doch man weiß wenig über sie, man redet nicht über sie – eine unauffällige Generation. Jetzt beginnen sie zu reden, nach langen Jahren des Schweigens. Die Kriegskindergeneration ist im Ruhestand, die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus. Bei vielen kommen jetzt die Erinnerungen allmählich hervor und mit ihnen auch Ängste, manchmal sogar die unverarbeiteten Kriegserlebnisse. Sie wollen nun über sich selbst nachdenken und sprechen. Mit den Holocaust-Opfern habe man sich eingehend beschäftigt, mit der Kriegskindergeneration nie.



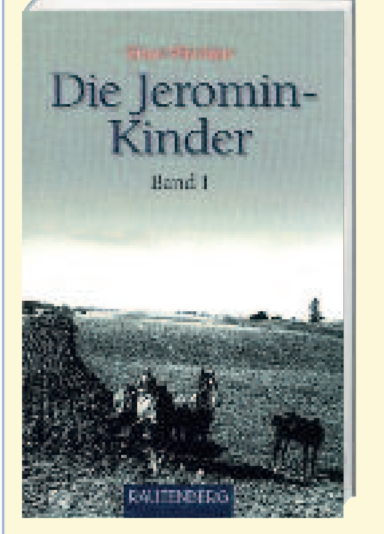
Stefan Lukschy

Der Glückliche schlägt keine Hunde

Ein Loriot Porträt

Vicco ante Portas! Ihr Hund kann überhaupt nicht sprechen? Macht nichts, dafür können Sie das Porträt eines der beliebtesten Humoristen Deutschlands lesen. Stefan Lukschy, langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Loriots, erzählt voller Respekt, Witz und Liebe von dem Mann, der die Deutschen das Lachen gelehrt hat. Loriots Sketche sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden – wer kann sich heute noch eine Liebeserklärung ohne Nudel vorstellen? Stefan Lukschy lernte Vicco von Bülow 1975 kennen, als er dessen Regieassistent wurde. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine langjährige Freundschaft – bis zu Loriots Tod im Jahr 2011. Beide verband nicht nur ihre Liebe zur Komik, sondern auch die Faszination für die Musik, insbesondere für die Oper. Er schildert den für seinen Perfektionismus berüchtigten Künstler ebenso wie den Privatmann Loriot, der seinen Freunden ein inniger und loyaler Vertrauter war. 345 S.

Nr. P A0888 Taschenbuch 9,99 €



Ernst Wiechert

Die Jeromin-Kinder – Band 1

Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder" (1945 und 1947 erschienen) verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Das Dorf, abgeschieden in der Tiefe der Wildnis gelegen, bildet den Mittelpunkt des Geschehens. Auch hier propagierte Wiechert ein sinnerfülltes ‚einfaches Leben' so der Titel seines Romans von 1939, im Einklang mit Gott und dem Rhythmus der Natur. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarzt zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will. 456 S.

Nr. P 533155 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher

Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm.
Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: **Waldgrün**

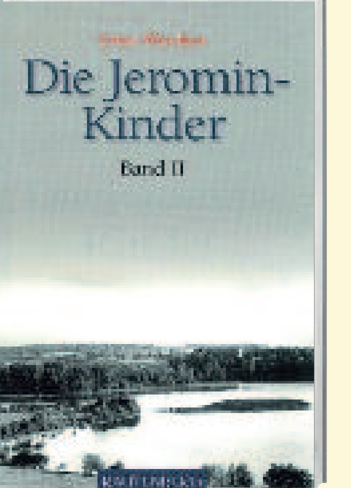
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 19,95 €

Leselupe mit Licht

(ohne Batterie)

Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung

Nr. P A0445 11,95 €



Ernst Wiechert

Die Jeromin-Kinder – Band 2

Dieser zweite Band der „Jeromin-Kinder" führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Ehrgeiz und Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Neben dem Studium arbeitet er in der kleinen Klinik des jüdischen Arztes Dr. Lawrenz, der auch arme Menschen behandelt und ihm viel an medizinischer, aber auch an Lebenserfahrung vermittelt. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück, wo er bald seine eigene Arztpraxis eröffnet.
Die „Jeromin-Kinder" gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat. 408 Seiten

Nr. P 533156 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Agnes Miegel

Ostpreußen – Es war ein Land

Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder.
(Laufzeit 40 Minuten)

Nr. P 5893 CD 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Deutschen droht Kollaps«

Washington – George Friedman, angesehener US-Experte für Geopolitik, sieht Deutschland infolge der Asylflut und der Krise in der Euro-Zone in einen Abwärtsstrudekl geraten. Gegenüber „Mauldin Economics“ sagte er, dies könne in einen Kollaps münden. Der drohende Zusammenbruch wäre sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich. Friedman war bis vor Kurzem Chef der US-Denkfabrik „Stratfor“, in der insbesondere ehemalige Geheimdienst-Größen tätig sind. *H.H.*

Europaweiter Pegida-Protest

Dresden – Für den 6. Februar hat die islamkritische Pegida-Bewegung zum europaweiten Protest aufgerufen. In mehreren europäischen Städten solle dann gleichzeitig demonstriert werden. Pegida-Sprecherin Tatjana Festerling hat unterdessen überraschend zum AfD-Wählen aufgerufen. Festerling war aus der AfD ausgetreten und vergangenes Jahr selbst zur Dresdner Oberbürgermeisterwahl angetreten. *H.H.*

ZUR PERSON

Die erste Frau in Taiwan

Kaum wird eine Frau zur Regierungschefin gewählt, wird sie mit Angela Merkel verglichen. Laimdota Straujuma: die Merkel Lettlands. Beata Szydlo: die Merkel Polens. Jetzt ist **Tsai Ing-wen** die Merkel Taiwans. Bei der zukünftigen taiwanesischen Präsidentin (siehe S. 2) finden sich tatsächlich Parallelen zur deutschen Kanzlerin. Beide fanden als Wissenschaftlerinnen auf Umwegen in die Politik. Und beide gelten als reserviert, still und zugeknöpft.

Jeder andere wäre nach einem Wahlsieg mit 56 Prozent der Stimmen in Jubel ausgebrochen. Nicht so Tsai Ing-wen. Sie bedankte sich demütig und mit brüchiger Stimme bei den Wählern – das war's dann. Sie ließ auch keine Genugtuung gegenüber dem Gegenkandidaten Eric Chu erkennen, dem sie 2010 bei der Bürgermeisterwahl für die Stadt Neu-Taipeh noch unterlegen war.

Als politisch Spätberufene tut sie gut daran, sich nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Bloß nicht den Kritikern Öl ins Feuer gießen, die der 59-jährigen ledigen Juraprofessorin politische Unerfahrenheit vorwerfen.



Nachdem sie in den 1990er Jahren Präsidentenberaterin war, startete ihre politische Karriere erst mit Millenniumsbeginn, als sie als parteilose Ministerin für Festlandsangelegenheiten für die Beziehungen mit der Volksrepublik China zuständig war.

Das aber war ein wichtiges Sprungbrett. Denn an der China-Politik hängt in Taiwan alles. Tsai Ing-wen gilt als erfahrene Verhandlerin, die auch schon an Taiwans Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) beteiligt war. Ihr muss nun der schwierige Spagat gelingen zwischen Forderungen nach Unabhängigkeit Taiwans und besänftigenden Tönen gegenüber der Volkrepublik. Da kann sie dann die Merkel spielen: „Wir schaffen das!“ *Harald Tews*



Fluchtversuch

Der Feind heißt Deutschland

Was die Kanzlerin im Geheimen antreibt, wie erfolgreich sie dabei vorankommt, und wie sich die Wahrheit trotzdem ans Licht kämpft / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Kanzlerin ist zur Sphinx erstarrt. Nachdem jedem, der sehen, hören und denken kann, das Scheitern ihrer „Willkommenskultur“ offensichtlich geworden ist, müsste man eigentlich meinen, dass die machtbewusste Angela Merkel blitzschnell umsteuert. So, wie sie nach Fukushima über Nacht ihre bisherige Atompolitik über den Haufen geschossen hat, um an der Macht zu bleiben.

Aber nichts da: Sie macht weiter und liefert Erklärungen und Versprechen ab, die keiner mehr glauben kann, selbst wenn er noch so sehr will. Die Deutschen reiben sich die Augen: Was treibt diese Frau an? Auf Seite 1 stelle ich die Frage, ob sie womöglich einen „teuflischen Plan“ verfolgt. Auf den ersten Blick eine vollkommen abseitige Vermutung!

Auf den zweiten nicht mehr so sehr: Der hier verdientermaßen öfter zitierte Michael Klonovsky hat uns in seinem Internet-Tagebuch „Acta diurna“ schon Anfang Dezember auf eine Fährte gesetzt, die uns mitten hineinführen könnte in die Gewölbe der Merkelschen Seele. Ich sage es gleich: Machen Sie sich auf was gefasst.

Als jahrelanger Star-Kolumnist des „Focus“ hatte Klonovsky enge Fühlung mit den Zirkeln der Macht in Berlin und begegnete dort allerhand gut informierten Leuten. Wie beispielsweise einem langjährigen Bundestagsabgeordneten, dem er die Frage nach Merkels Antrieb gestellt hat. Hauptsache, so der alte Polit-Hase, sei für Merkel natürlich das „oben bleiben“. Klar, haben wir bei Fukushima gesehen.

Heute passt das aber nicht mehr, denn mit ihrer Sturheit angesichts der Asylflut schadet sich Merkel ja selbst. Und richtig, da steuere sie tatsächlich noch ein anderer Beweggrund, so laut Klonovsky der Abgeordnete.

Merkel habe die DDR durchaus als „Nutznießer der Verhältnisse“ hinter sich gebracht. Vielleicht deshalb habe sie „ein gewisses Verständnis für die Tragik der SED-Generation wegen des „biografischen Bruchs“, den diese 1989 erlitten hätte. (Die wesentlich größere Tragik der Weltkriegsgeneration sei Merkel dagegen „völlig schnuppe“.) Aus diesem Grunde präge sie nach wie vor eine gewisse Reserviertheit gegenüber dem ehemaligen Klassenfeind im Westen. Diese „äußere sich in einer Handlungsweise, die man in einem Satz zusammenfassen könnte: Ihr im Westen sollt nicht glauben, dass ihr ungeschoren davonkommt“.

Als ich das gelesen hatte, musste ich erst mal trocken schlucken. Kann denn das wahr sein? Eine Kanzlerin auf Rachefeldzug gegen das eigene Volk?

Außerdem: Wie passt der angebliche Wessi-Hass dazu, dass Merkel, wie schon wieder in ihrer Neujahrs-Standpauke, so unerbittlich auf die mitteldeutschen Pegida-Anhänger eindrischt? Die letzte Frage ist leicht beantwortet: Mit ihrem Ruf „Wir sind das Volk!“ stellen sich die Pegiden in die Tradition gerade jener 89er Revolutionäre, die gemeinsam mit den Heerscharen von Übersiedlern, den „biografischen Bruch“ der von Merkel bemitleideten SED-Chargen angestoßen hatten. Also: Für die gibt es erst recht keine Gnade!

> »Ihr im Westen sollt nicht glauben, dass ihr ungeschoren davonkommt«

Dafür aber gewinnt Merkels scheinbar undurchsichtige Position plötzlich Kontur. Dem Feind will sie schaden, und der Feind heißt Deutschland. Was machte den Staat des alten „Klassenfeindes“, also die BRD, so reich und stark? Da wären beispielsweise solide Finanzen und eine stabile Währung, die starke Industrie und vor allem eine Nation, die – immer, wenn es geboten erschien – gemeinschaftlich handeln konnte, statt sich wie manch anderes Volk gerade in ernsten Situationen gegenseitig die Haare auszureißen.

Die Währung hatte uns schon Kohl genommen, mit Euro-Rettung und „Energiewende“ hat Merkel dann den Rest besorgt zur Schwächung von Finanzen und Industriestandort. Mit dem Hereinlassen von Millionen Fremden wird nun die Konsensfähigkeit des Volkes angegangen. Die allermeisten „Flüchtlinge“ können mit Deutschland nicht viel anfangen, einige stehen sogar feindselig zu unserer Kultur und der hier vorherrschenden Religion. So wird es immer schwieriger, zu gemeinschaftlichem Handeln zu finden. Stattdessen prägen mehr und mehr religiös und kulturell auseinanderstrebende Kleingruppen das bunte Volk und reißen es letztlich auseinander.

Im Herbst, ich glaube, es war Oktober, sagte Angela Merkel: „Wir sind genau auf dem Weg, den ich mir für Deutschland wünsche.“ Vor so viel virtuoser Geradlinigkeit, vor derart abgefeimter, unbeirrt durchgehaltener Planung kann man nur den Hut ziehen!

Um ihn gleich wieder fest aufzusetzen angesichts der vielen Millionen von Deutschen, die dieser Frau auf den Leim gegangen und ihr gefolgt sind. Wenigstens wird jetzt erklärlich, warum Merkel für ihre Asylpolitik von keiner Partei (nicht mal der eigenen) solch ungeteilte Zustimmung erfährt wie von den Grünen. In keiner Formation ist der Abscheu gegenüber unserem Land schließlich so ausprägt wie dort – „Nie wieder Deutschland!“ stand auf dem Transparent, hinter dem Claudia Roth her marschierte.

Auch wenn der Verdacht gegen Merkel und ihre Motive stimmen sollte, so versteht es sich natürlich von selbst, dass sie das niemals offen zugeben kann. So bleibt sie, gemeinsam mit ihren Mitstreitern, gezwungen, uns weiter mit aberwitzigen Ersatzerklärungen für ihr Handeln zu unterhalten.

Einer dieser Mitstreiter heißt Jean-Claude Juncker, der seine Felle zu Recht davonschwimmen sieht. Außer Deutschland will bald kein einziger EU-Staat mehr „Flüchtlinge“ aufnehmen, was die Europäische Union an den Rand des Zerfalls führen könnte. Das bringt den Luxemburger ins Schwitzen. Heute ist er als EU-Kommissionspräsident der große Zampano des Kontinents. Bricht die EU, würden die Karriere-Aussichten seiner Landsleute wieder auf den landkreiskleinen Horizont ihres Großherzogtums zurückschrumpfen. Um das zu verhindern, malt Juncker eine apokalyptische Kettenreaktion an die Wand: Scheitert die „gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik“, dann scheitern die offenen Grenzen innerhalb der EU. Scheitert die Grenzöffnung, dann scheitert der Euro, und scheitert der Euro, dann scheitert die EU. Warum das alles so zwangsläufig sein soll, enthüllt er uns nicht – wie auch?

SPD-Chef Gabriel ängstigt uns mit der Drohung von Millionen neuer Arbeitsloser, wenn es wieder Grenzkontrollen gäbe. Merkwürdig: Früher gab es regen Handel und Wandel über die Grenzen trotz der Grenzkontrollen. Warum das künftig unmöglich sein soll, kann uns keiner erklären.

In ganz Europa, so will einer errechnet habe, würde die Einführung von Grenzkontrollen die Wirtschaft jährlich drei Milliarden Euro kosten. Na und? Die geringste Schätzung über die allein in Deutschland anfallenden Asylkosten liegt beim Fünffachen.

Wahrheiten schleichen sich bei dem ganzen Gebrabbel nur unbeabsichtigt durchs Gebüsch. So wie hier: Es heißt, Deutschland werde die „Solidarität in der Flüchtlingsfrage“ auch wegen der Erinnerung an die Euro-Krise verwehrt. Ach ja? Ohne den Euro hätte es die Euro-Krise ja nie geben können. Heißt das also, die „europäische Solidarität“ ist weg wegen des Euro? Ohne „Gemeinschaftswährung“ wäre Europa heute viel einiger? Ein peinlicher Offenbarungseid – aber so läuft das manchmal, wenn man von den eigenen Lügen eingeholt wird: „Der Euro vollendet das europäische Einigungswerk“? Das Gegenteil tritt gerade ans Licht.

Warum die Staats- und Konzernmedien uns von solchen Widersprüchen so wenig erzählen? Eine WDR-Journalistin hat im holländischen Rundfunk verraten, dass man im Sender von oben angehalten werde, regierungsfreundlich zu berichten. Als das in Deutschland bekannt wurde, reagierte der WDR höchst verschnupft und bat die Kollegin zum „Gespräch“. Danach erklärte sie, dass sie in Holland nur Blödsinn geredet habe und alles ganz anders sei. Die Frau will schließlich ihren Job behalten.

MEINUNGEN

*Für die radikale **Feministin Zana Ramadani**, in Mazedonien geboren und in Deutschland in einer muslimischen Familie aufgewachsen, hat **Frauenverachtung auch mit Islam** zu tun. Der „Welt“ (14. Januar) sagte sie:*

„Das Frauenbild, das uns in der Silvesternacht entgegenschlug, wird im gesamten islamischen Kulturkreis gelebt. In Mazedonien, wo ich herkomme, hätte unter den Muslimen genau das Gleiche passieren können. Auch in Pakistan oder Bangladesch. In jedem islamischen Land hätte das passieren können und passiert dort auch täglich.“

*Die Schriftstellerin **Monika Maron** nimmt **Polen in Schutz** und kritisiert in der „FAZ“ (14. Januar) die deutsche Asylpolitik:*

„Sie beschwören die europäische Solidarität, während Herr Oettinger und Herr Schulz die Polen beschimpfen. Sie erklären ihre Handlungsohnmacht mit Gesetzen, an die sich außer Deutschland niemand hält, weil keines der Gesetze, auf die sie sich berufen, ein Volk zum kollektiven Selbstmord verpflichtet. Sie erklären, das Stück Grenze zwischen Deutschland und Österreich sei nicht zu sichern, und versuchen stattdessen, unsere Sicherheit für einen nicht zahlbaren Preis von Erdogan zu kaufen, der gerade für die nächste kurdische Einwanderungswelle sorgt.“

*Der renommierte Autor **Michael Klonovsky** stellt sich in seinem Netz-Blog „Acta diurna“ (15. Januar) eine interessante Frage zu den **Befürwortern offener Staatsgrenzen**:*

„Wie sonderbar, dass dieselben Leute, die behaupten, Nation, Staatsvolk und Landesgrenzen seien Kategorien von gestern, immer brav ihre Wohnungstür abschließen und argwöhnisch achtgeben, dass niemand außer ihnen Zugriff auf ihr Konto besitzt.“

***Dieter Schnaas**, Kommentator der „Wirtschaftswoche“ (17. Januar) hat die **Geduld** mit Kanzlerin Angela **Merkel** endgültig **verloren**:*

„Es ist genug. Seit fünf Monaten scheitert die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel .... Deutschland wurde seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so sprach-, plan- und hilflos regiert wie in den vergangenen Wochen ... Merkel versteckt sich hinter einer ‚europäischen Lösung‘, die sie nicht findet – und zieht zur ‚Bekämpfung der Flüchtlingsursachen‘ in einen sinnlosen Krieg.“

*Auch Staatsrechtsprofessor **Ulrich Battes verzweifelt** an der Kanzlerin. Gegenüber „NWZ-Online“ (13. Januar) klagt er:*

„Ohne Grenzkontrollen wird auf Dauer nicht nur der Sozialstaat aus den Angeln gehoben, sondern auch der Rechtsstaat. Geltendes Recht wird fortwährend gebrochen. Kanzlerin Angela Merkel setzt auf eine europäische Lösung und den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Aber das scheint nicht zu funktionieren. Es ist jetzt ein Punkt erreicht, an dem das jedem klar wird ... Ich verstehe Frau Merkel nicht mehr: Einerseits sagt sie, es sei nicht möglich, die deutschen Grenzen zu sichern. Andererseits will sie Europas Außengrenzen schützen. Wie soll das gehen?“